

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nellen oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Schriftschr.: Amt L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Sonnabend, den 3. März 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Im Dienst des Staats.

Im Abgeordnetenhause wird der Eisenbahn-Etat beraten. Aber auf die Denkschrift, die wertvolles Material zur Beurteilung der Lage der Angestellten im Betrieb der Eisenbahnverwaltung enthält, einzugehen, das fällt den Vertretern der Bourgeoisie im Massenparlament nicht ein. Um so mehr haben wir Veranlassung, den wesentlichen Inhalt dieser Denkschrift der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Was zunächst die an die Gehilfen im mittleren Dienst, die Hilfskräfte im unteren Dienst, die Handwerker und Arbeiter im Betriebe der Staatseisenbahn-Verwaltung gezahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne betrifft, so zeigen dieselben im großen und ganzen eine steigende Tendenz, bei einzelnen Kategorien jedoch sind sie gesunken. So betrug z. B. bei den Hilfs-Kartenausgebern und Ausgeberinnen der durchschnittliche Tagesverdienst im Jahre 1898/99 nur 2,51 M., während er sich im Jahre vorher auf 2,69 M. belief. Wenn der Bericht, gewissermaßen als Entschuldigung bemerkt, daß eine große Anzahl von Frauen, meist Angehörige von unteren Bediensteten, auf kleinen Haltestellen und Haltpunkten von Nebenbahnen mit der Ausgabe von Fahrkarten betraut gewesen ist, und daß diesen, da es sich bei ihnen nur um eine Nebenleistung handelt, eine geringere Vergütung gewährt wird, so mag ja diese eigenartige Entschuldigung auf die Bourgeoisie Eindruck machen. Wir lassen sie eher als eine schwere Auflage auf, als ein charakteristisches Zeichen für gewisse Zustände im Reiche des Herrn von Thielern. Sparbarkeit am unrechten Ort war ja von jeher eine der „Tugenden“, durch die Herr von Thielern zu glänzen sucht.

Diese Sparbarkeit veranlaßt ihn einmal, die unteren Beamten nicht ausreichend zu entlohnen, so daß sie, um ihr Leben fristen zu können, auf die Mitarbeit von Frau und Kind angewiesen sind. Andererseits erhält der Minister durch diese Frauenarbeit billige Arbeitskräfte, die nicht ohne Einfluß auf die Entlohnung der übrigen Angestellten bleiben. Auf diese Weise erzielt die Verwaltung ihre überaus hohen Ueberschüsse, die sie dann für kulturfeindliche Zwecke, für Militarismus, Marinismus und abenteuerliche Kolonialpolitik zur Verfügung halten kann.

Trotzdem die Löhne etwas gegen das Vorjahr gestiegen sind, giebt es doch noch eine ganze Anzahl von Gehilfen und Arbeitern, die noch nicht einen durchschnittlichen Tagelohn von 3 Mark erzielt haben. So bezogen im Durchschnitt an Vergütung oder Lohn für ein Tagewerk die Kanzleigehilfen 2,99 M., die Stationsgehilfen für den Bahnhofsdienst 2,87 M., die Stationsgehilfen für den Abfertigungsdienst 2,76 M. (im Vorjahr 2,90 M.), die Hilfs-Büchdrucker, Hilfsklassen- und Hilfsbureauandiere 2,78 M., die Hilfs-telegraphistinnen und im Telegraphendienst beschäftigten Frauen 2,61 M., die Hilfsstadenmeister und Hilfsrangiermeister 2,57 M., die Hilfsmagazinaufseher 2,56 M., Gasanstaltsarbeiter 2,50 M., Maschinenspinner 2,60 M., handwerksmäßig ausgebildete Werkstätten-Handwerker (im Tagelohn) 2,70 M., sonstige Werkstättenhandwerker 2,52 M.

Eine nicht geringe Zahl von Arbeiter-Kategorien erreicht sogar nicht einmal einen Durchschnittslohn von 2,50 Mark. Werden die Tagewerke und Löhne sämtlicher Klassen von Bediensteten zusammengesetzt, so ergibt sich für ein Tagewerk im Durchschnitt 2,55 M. gegen 2,48 M. im Jahre 1897/98 und 2,41 M. im Jahre 1896/97. Im ganzen sind im letzten Jahre 188 577 780 M. an Lohn gezahlt worden.

Aus der Nachweisung über die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals von 24 642 Köpfen ergibt sich, daß im Herbst 1899 bei 29 723 Angestellten der Dienst bis einschließlich 8 Stunden dauerte, bei 29 461 von 8-9 Stunden, bei 94 940 von 9-10 Stunden, bei 68 053 von 10-11 Stunden, bei 72 541 von 11-12 Stunden, bei 15 079 von 12-13 Stunden, bei 8832 von 13-14 Stunden, bei 3344 von 14-15 Stunden und bei 2696 von 15 bis 16 Stunden. Mit anderen Worten: fast 30 000 Bedienstete haben über 12 Stunden Dienst und 170 000, also über die Hälfte der Angestellten, haben einen Dienst von mehr als 10 Stunden, und noch dazu einen Dienst, von dessen sorgfältiger Ausübung so unendlich viel für die Betriebssicherheit abhängt.

Auch mit den Ruhetagen des Personals ist es nicht so bestellt, wie es in einem staatlichen Musterbetriebe bestellt sein sollte. In der tabellarischen Uebersicht der Denkschrift sind die dienstfreien Zeiten von weniger als 18 Stunden überhaupt außer Ansatz geblieben. Es wird mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der Dienstbefreiungen von mindestens 18stündiger Dauer bei einem Personal von 214 459 Köpfen 706 144 betragen, davon entfallen 416 014 auf Sonntage. Monatlich einen Ruhetag hatten 18 836, 1 1/2 Ruhetage 24 146, zwei Ruhetage 54 255 und mehr als 2 Ruhetage 117 229 Angestellte.

Gewiß sind in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren — wohl hauptsächlich infolge des fortgesetzten Drängens der Presse — schon manche Verbesserungen erzielt, aber es bleibt noch sehr viel zu thun übrig, ehe die Eisenbahn-Verwaltung auch nur das Mindestmaß der von einer vernunftgemäßen socialpolitischen Einsicht diktierten Aufgaben erfüllt. Noch immer ist die Zahl der im Betriebe

verunglückten Personen, wemgleich sie gegen das Vorjahr etwas abgenommen hat, erstaunlich hoch. Auf je eine Million Zug-Kilometer verunglückten 1898/99 3,82 Bedienstete gegen 4,00 im Jahre vorher und 3,92 im Jahre 1896/97. Im Jahre 1895/96 hingegen betrug diese Zahl 3,53. Es ist also der damalige Stand noch nicht wieder erreicht.

Will die Verwaltung etwas zur Hebung der Betriebssicherheit thun, so sorge sie vor allem dafür, daß das Personal vor übermäßiger Ausbeutung geschützt wird. Dazu ist aber ein völliger Bruch mit dem bisherigen System nötig. Gelegenheit zu wirksamen Reformen ist ihr gerade jetzt gegeben, wo sie förmlich im Golde schwimmt. Steht doch dem im Etat vorgesehenen Ueberschuß von 526 Millionen ein wirklicher Ueberschuß von 536 Millionen gegenüber. Es sind also 10 Millionen mehr erzielt worden, als veranschlagt ist.

Freilich wird so lange an eine wirkliche Aenderung des Systems nicht zu denken sein, als man die Eisenbahnen nicht in erster Linie als Verkehrsmittel, sondern als Einnahmequelle für den Staat ansieht. Erst wenn der fiskalische Standpunkt verlassen wird, wird die Verwaltung wirklich etwas für ihre Angestellten thun können. Ein Parlament aber, das in Wahrheit eine Volksvertretung ist, hätte die Aufgabe, der Regierung, die sich selbst ihrer Pflicht nicht bewußt zu sein scheint, durch unablässige Kritik den richtigen Weg zu weisen. Von dem Parlament, das aus den Klassenwahlen hervorgeht, ist das allerdings nicht zu erwarten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März.

Der Reichstag

beschäftigte sich am Freitag bei der zweiten Beratung des Marine-Etats zunächst mit dem Schutzbetriebe Kiautschou, dessen klimatische und gesundheitliche Verhältnisse den Abg. Eichhoff bei dem Gehalt des Staatssekretärs für die Marine veranlaßten, die Vertreibung des Etats dieses Schutzbetriebs an die Budgetkommission zu verlangen, wogegen sich die rechte Seite des Hauses sträubte. Bei der schwachen Besetzung des Hauses gelang es nun dem die Anszählung in petto haltenden Abgeordneten Richter im Verein mit dem verblühend sämlichen Ueberblide des Präsidiums über die stehenden und stehenden Mitglieder des Hauses, die Mehrheit für den Antrag zu bekommen. Der eigentliche Marine-Etat erledigte sich ziemlich glatt und ohne größere Debatten. Genosse Singer brachte die Arbeiterverhältnisse auf den kaiserlichen Werften zur Sprache und stellte vor allem ein neues Stück sozialer Reform an den Pranger, das auf den Werften eingeführt wurde. An Stelle einer früher üblichen Gratifikation sind seit einiger Zeit Dienstalterszulagen für die Arbeiter auf den Werften eingeführt. Nach fünf Jahren beträgt diese Zulage pro Jahr ganze 6 M., dann steigt die Zulage nach jedem Jahr um 1 M. und erreicht nach 24 Jahren — sage und schreibe — fünfundsiebzig Mark für den Arbeiter, der sich brav wie ein Lämmlein klein verhalten hat. Da nach Ansicht der Werftverwaltung die Arbeiter aber mit Geld nicht umgehen können, so erhalten die Arbeiter für gewöhnlich diese Zulage gar nicht, sie wandert, das ist das Beste an der Sache, nunmehr in eine Zwangspartasse, bis die 25 Jahre um sind. Der Staatssekretär konnte gegen die spöttische Kennzeichnung seiner socialpolitischen Fürsorge für die Arbeiter auf den Werften nichts Stichoaltiges vorbringen; doch meinte er ganz resigniert: „Wir haben uns nie gerühmt, daß unsere Betriebe Musteranstalten sind“. Das sind sie ganz gewiß nicht, denn sonst würde man nicht an dem Grundjage festhalten, ältere, nicht mehr auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit stehende Arbeiter in eine niedrigere Lohnklasse zu versetzen, wofür Abg. Singer einige Fälle angeführt hatte. Von den vielen einzelnen Beschwerden und Anfragen während der gestrigen Verhandlung sei noch diejenige des Genossen Schwarz über erwähnt, der die ungenügende Beschaffenheit eines Peilungsboots bei Vermessungsarbeiten anlässlich eines bestimmten Falls bemängelte. Am Schluß der Sitzung wurde noch eine Resolution des konservativen Abg. Stöckmann angenommen, der die Kommunalbesteuerung auf die Reichsbetriebe ausgedehnt wissen will.

Der Fleischwucher.

Die Bekanntgabe des Rheinbaben'schen Geheimerlasses, der zeigt, mit welchen Mitteln man bei uns die Fleischverwertung zu Gunsten der Agrarier fördert, hat natürlich bei den Agrariern eine ungeheure Wut hervorgerufen. Man ahnt, daß die Veröffentlichung dieses Schriftstücks es bedeutend erschwert, die „hygienische Komödie“ von der Gesundheitsgefährlichkeit der fremden Nahrungsmittel weiter zu spielen. „Kreuz-Zeitung“ und „Post“ schweigen bisher; sie haben das lösende Wort noch nicht gefunden. Dagegen erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ den Erlaß für „sehr verständig“. Der diesen Erlaß liest und dabei erwägt, wie die Amerikaner unsere industrielle Ausfuhr mit allen möglichen Mitteln auf das größtmögliche ausweitern, wie sie neuer in Deutschland umher-schnüffeln, um einerseits Fabrikationsgeheimnisse zu erkundigen, andererseits die deutsche Industrie noch mehr ausnützen zu können, der wird diese Verfügung des früheren Regierungspräsidenten für sehr vernünftig, sehr zweckmäßig halten. Man sollte

also meinen, daß der Abgeordnete Anert sie nur zur Sprache gebracht habe, um dem jetzigen Minister dafür zu danken. Aber weit gefehlt! Der genannte Abgeordnete fühlte sich berufen, die Sache der Amerikaner zu führen und die heftigsten Vorwürfe gegen die Regierung zu richten, die nach seiner Meinung die guten, trefflichen, freundlichen Amerikaner durch solche Verfügungen vor den Kopf stoßen müsse. Ein solcher Vorgang ist nur im deutschen Reichstag möglich. Wenn etwas Ähnliches im nordamerikanischen Parlament sich ereignete, so würden dem betreffenden Redner vorausichtlich die unangenehmsten Dinge passieren.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ den Erlaß für sehr verständig hält, so ist nicht begreiflich, warum er sich nur unter der Deckung strenger Vertraulichkeit hervortrug. Außerdem handelt es sich nicht um die „Erschließung“ von Fabrikations-Geheimnissen, sondern um die Aufklärung über die hygienischen Verhältnisse von Vieh, Lebensmitteln und Konsumartikeln. In demselben Augenblicke, in dem die Agrarier die Einfuhr von fremdem Fleisch und Vieh zu hinterreiben suchen, indem sie ihre Gesundheitsgefährlichkeit und ihre mangelhafte Kontrolle behaupten, finden sie es sehr verständig, wenn man über die Verhältnisse bei uns die Schleier zieht. Unsere Agrarier würden ein hübsches Gezeret anstimmen, wenn sie erführen, daß die Amerikaner die pflichtgemäßen Gründigungen unserer Konsula über die dortigen sanitären Verhältnisse durch amtliche Verfügungen zu hinterreiben suchten!

Plumper enthält sich der agrarische Grimm in der „Konservativen Korrespondenz“. „Ein gestohlenes Aktenstück unter dem Schutz der Immunität verbreitet“, überschreibt sie ihre Notiz, in der es heißt:

„Durch die von der Reichstags-Extraktion, also unter dem Schutz der Immunität, erfolgte Verlesung dieses ohne Zweifel gestohlenen Aktenstücks soll den Amerikanern gedient, soll die amerikanische Regierung gegen die deutsche „Korrespondenz“ gemacht werden. Derartige Fälle sind nur im deutschen Reichstag geschehen! Wer wagt es zu leugnen, daß das Ausfuhrrecht des „Genossen“ Anert gemeingefährlich war, daß es laut an Verrat des Vaterlandes freist? Stelle man sich aber einmal vor, es handle sich um noch wichtigere, die auswärtige Politik betreffende Geheimdokumente! Glaubt man, die Socialdemokratie würde sich gemieren, solche zu publizieren, wenn es in ihrem Partei-Interesse liegt? Man sieht, wie verkehrt es war, den konservativen Antrag auf Bestrafung dieser unrechtmäßigen Publikationen abzulehnen.“

Hart an Landesverrat streifend! Natürlich, wenn sich das Agrarierthum als „das Vaterland“ fühlt, so sind in der That die Interessen dieses Vaterlandes verraten worden. Das wäre aber ein um so größeres Verbrechen. Mag auch sein, daß die Amerikaner sich das Aktenstück zu nutze machen werden. Das schadet aber nichts; denn die Interessen der Amerikaner sind in diesem Falle identisch mit denen des gesamten deutschen konsumierenden Volkes. Die Veröffentlichung ist also, um in der Sprache der Konservativen zu reden, eine hervorragende nationale That, eine Verteidigung des deutschen Volks gegen die unerträgliche Gahucht einer besitzenden Minderheit. Uebrigens müßte es nach der Logik der „Kons. Korresp.“ zum mindesten Hochverrat sein, daß im englischen Parlament während eines Krieges Engländer die Kameraden ihres verantwortlichen Ministers zur Sprache gebracht haben, und zwar auf Grund von Aktenstücken, die zweifellos gestohlen waren! Niemand von unsren Konservativen hat an diesem „hochverrätherischen“ Gebahren Anstoß genommen. Im Gegentheil! Gerade unsere reaktionäre Presse hat die „gestohlenen Aktenstücke“ mit Wollust abgedruckt! Wenn deutsche Socialdemokraten aber in einem wirtschaftlichen Streite aufklärende Enthüllungen über das Verhalten der Regierung bringen, so ist das hart an Landesverrat streifend! Man verschone uns gefälligst mit dem lächerlichen Gerede, als ob es nur in unserem Parlament vorkommen könnte, Wahrheit und Ehrlichkeit zu verteidigen, während man in andren Parlamenten der Lüge und Heuchelei aus „nationalem Interesse“ huldige. Gerade umgekehrt wäre es zu wünschen, daß im deutschen Reichstag nur ein wenig der Brauch jener rücksichtslosen Ausschüsse herrschte, der in England, Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in allen Kulturländern als selbstverständlich geübt wird.

Die brave „Staatsbürger-Zeitung“, die in ihrer Mittelstandsfreundlichkeit die kleinen Handwerker dem Fleischwucher auszuliefern bereit ist, übertrumpft noch die „Kons. Korresp.“:

„Das Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands gefällt sich einmal wieder darin, fremde gegen deutsche Interessen auszuspielen. Das ist zwar bei diesem Partei-Organ nicht überraschend und auch nicht neu; diesmal geschieht es aber doch in einer so niederträchtigen, landesverrätherischen Weise, daß man dies Gebahren nicht streng genug verurteilen kann. Noch verächtlicher, als dies Treiben ist freilich das der Helfershelfer der „Genossen“, da diesen außerdem noch der niedrigste Trennbruch und Reueid zur Last fällt.“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht nämlich wieder einmal einen „Geheimen Erlaß“ des jetzigen Minister des Innern v. Rheinbaben als Regierungspräsident von Düsseldorf vom 24. Juli v. J., der zur Verhütung des Verrats wirtschaftlicher Interessen unsres Landes an das Ausland gegeben worden war. Diesen Erlaß, der als streng vertraulich bezeichnet worden, hat irgend ein Lump gestohlen und den „Genossen“ zugestekt, und der „Vorwärts“ beeilt sich jetzt, den Verrat, der verhängt werden sollte, zu begehen, und damit dem Auslande Waffen gegen Deutschland in die Hand zu geben.

Diese Handlungsweise charakterisiert sich als eine so empörende, daß jedes weitere Wort darüber sich erübrigt. Die Socialdemokratie zeigt hier ihr wahres Gesicht. Daß sie die Heuchelei von meineidigen, pflichtvergeßenen

Lumpen gestohlener Baviere gewerksmäßig be-
trachtet, ist ja eine alte Erfahrung. Ihr Haß gegen den Staat sucht
nach Befriedigung und Ichnit, um diesen Zweck zu erreichen, vor
keinem Mittel zurück; so erbärmlich, wie hier aber hat sie sich
doch kaum noch gezeigt.

Wenn der „Vorwärts“ hier den Haß gegen die Agrarier
vorzieht und mit widerlicher Pose von der beschämten Ge-
steuerung der Lebensmittel auf Kosten der Proletarier fabelt,
so kennzeichnet sich dies um so mehr als eine schlimme Heuchelei,
als das sozialdemokratische Centralorgan niemals ein Wort
des Tadels gegen den Stolz und Normwahn der jüdischen
Faschisten und die Ausbeutung des Volkes durch jüdische Vampirtätigkeit hat.

Zu ihrer Ehre, den Agrariern gefällig zu sein, vergißt
die „Staatsbürger-Zeitung“ ganz, das Attentat ihren Feiern
mitzuteilen und schwindelt von einem im „Vorwärts“ ver-
öffentlichten Geheimvertrag, zur Verhütung des Verrats wirt-
schaftlicher Interessen — die Sozialdemokratie hat in der
That damit den Verrat wirtschaftlicher Interessen unseres
Landes an die Agrarier wenn nicht verhütet, so doch er-
schwert! — während es sich doch um ein im Reichstag
publiziertes Schriftstück handelt.

Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ haben Be-
denken gegen den Erlaß, dessen „Formulierung nicht gerade
von einer diplomatischen Behandlung der Angelegenheit“
zeuge. Weiter meint das Organ der Großindustrie, dem die
agrarisches Brückstück Amerikas offenbar unbehaglich ist,
werden dadurch doch die industriellen Interessen geschädigt:

„Es wäre von Interesse, zu erfahren, ob der Regierungs-
präsident zu Düsseldorf zu diesen die internationalen Beziehungen
Deutschlands nahe berührenden Erlaß von einem preussischen
Reiseführer, dem Handelsminister oder dem Minister des Innern,
veranlaßt worden ist und ob dem betreffenden Auftrag eine An-
regung oder wenigstens ein Mitwissen des künftigen Amtes zu
Gunde liegt, wie das im Interesse der Einseitigkeit der Leitung
der Staatsgeschäfte als selbstverständlich angesehen werden muß.“

Von prächtigem Humor ist Schweinburg in seinen „Ber-
liner Politischen Nachrichten“:

„Während am Königsplatz der Sozialdemokrat Kunert unter
Benutzung eines durch Verletzung des Amtsgeheimnisses erlangten
Schriftstücks die Interessen der Vereinigten Staaten und ihres Fleisch-
exports gegen unsere Regierung und Landwirtschaft vertrat, spielte
sich im Abgeordnetenhaus der volksparteiliche Abg. Sängler als
Advokat jüdischer und braunschweigischer Interessen gegen die
preussische Staatsbahnverwaltung auf.“

Welchen herrlichen Begriff von der deutschen Einheit hat
doch der brave Schweinburg. Er stellt das Verbrehen, die
Interessen Amerikas wahrzunehmen, auf gleiche Stufe mit
der Verletzung jüdischer Interessen gegenüber den
preussischen! Kein Wunder freilich, daß sich in Schwein-
burgs Kopf die Begriffe verwirren, pflegt doch sein Herr und
Meister Krupp zärtlich die Interessen des Auslands
sogar hinsichtlich der Wehrhaftigkeit, indem er ohne
Unterschied der Rationalität seine Kriegswaffen liefert.

Die freisinnige Presse kritisiert nach Gebühr die agrarischen
Intriguen, die der Erlaß enthüllt hat, und die „Vossische
Zeitung“ meint, der Reichstag werde ein ernstes Wort mit
dem Minister Rheinbaben reden, „wenn er an die ungeheuer-
liche Vorlage tritt, welche die Einfuhr von Fleisch vom Jahre
1903 ab verbietet und damit die Ernährung des Volkes in
Frage stellt.“

Heer und Flotte.

Unter diesem Titel veröffentlicht der ehemalige Kriegsminister
Verdy du Vernois einen Aufsatz im Märzheft der „Preussischen Jah-
rbücher“, der die Flottenvorlage in strahlendes Licht setzen soll. Ent-
gegen den sonst üblichen Sitten sät der Verfasser seinem Namen
nach seine militärischen Chargen zu: „General der Infanterie und
Chef des Infanterie-Regiments Graf Schwerin (3. Pommersches)
Nr. 14“, nennt er sich in der Ueberschrift. Wir respektieren diese
hervorragenden Qualitäten, wie sich gebührt, aber in der Schrift-
stellerei haben sie vorläufig „nig to seggen“. Da kommt es in erster
Reihe auf Logik an, in der man gar nicht beschlagen zu sein
braucht, auch wenn man „General der Infanterie“ und selbst
„Chef des Infanterie-Regiments Graf Schwerin (3. Pommersches)
Nr. 14“ ist.

Heber die volkswirtschaftlichen Betrachtungen, womit der Herr
General beginnt, gehen wir mit wohlwollender Schonung hinweg.
Sein gesperrt gedruckter Satz: „Der Weltpolitik treiben will, muß
auch die Kraft dazu haben.“ erinnert an Osef Präsig's tiefsinnige
Behauptung, daß die große Armut von der großen Powerthe kommt.
Inmerhin würde Osef Präsig bei dem bescheidenden Maß seiner
Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge doch begreifen
können, daß die große Weltpolitik von dem großen Reichtum und
nicht von der großen Kriegskasse kommt, die wirklich ganz un-
schuldig an der bedeutsamsten Tatsache der deutschen Weltpolitik ist,
der Tatsache nämlich, daß die deutsche Industrie von ihren ganz
unerschöpflichen Anfängen in der Mitte der dreißiger Jahre sich bis
zur Mitte der sechziger die zweite Stelle auf dem Weltmarkt erobert
hat. Der Herr General würde das nicht verstehen, und so be-
schränken wir uns auf die Ausführungen, die er als Mann vom
militärischen Metier macht.

Er bezieht sich namentlich auf den dänischen Krieg von 1864 und
den französischen Krieg von 1870/71, um die Notwendigkeit einer
großen Flotte zu beweisen. Nach seiner Behauptung hätte 1864 der
dänische Krieg in wenigen Tagen beendet werden können, wenn
„wir“ eine zulängliche Kraft zur See gehabt hätten; nun habe er
mehrere Monate gewährt, gewaltige Opfer erforderte und durch seine
Länge mehr als einmal die Gefahr eines bewaffneten Eingreifens
anderer Mächte heraufbeschworen. Der Herr General beliebt die
Dinge von ihren Fühen auf ihren Kopf zu stellen. Die Tatsache,
daß nicht militärische oder maritime, sondern diplomatische Schwierig-
keiten die Länge des dänischen Kriegs verursacht haben, zielt den
historischen Wissenshaß jedes Primaners. Der Herr General hätte
sich nur erinnern sollen, daß selbst im Jahre 1848 die von den
Barrikadenkämpfern aus Berlin verjagten Gardebataillonen unter dem
Befehl des unerschrockenen Gamaßknopfs Drangel die dänische Macht sofort
niederwarfen, ohne daß Preußen auch nur ein Kanonenboot besaß,
aber daß diese militärischen Erfolge an dem diplomatischen Ein-
spruche namentlich Englands und Russlands scheiterten. Was die
„zulängliche Kraft zur See“ dabei zu thun hatte, zeigte dann im
Frühjahr 1849 der Tag von Cäternförde, wo zwei erbärmliche
Schonzen, mit 10 Kanonen und 92 Mann schleswig-holsteinischer
Truppen besetzt, eine dänische Kriegskasse von 5 oder 6 Schiffen
nicht nur abwehrten, sondern deren größte Schiffe, das Linienschiff
Christian V. mit 84 Kanonen und die Fregatte Gefion mit
38 Kanonen, sogar zur Kapitulation zwangen. Wie 1848, so ver-
schaltete auch 1864 die Eiferlust anderer Großmächte die Schwierig-
keit des dänischen Feldzugs. Wir halten, von andern, noch weit
gläubwürdigeren Beweisen abgesehen, in diesem Punkt sogar die
Denkwürdigkeiten Bismarcks für glaubwürdiger, als die Phantasien
des Herrn Generals Verdy du Vernois. Sein ganze Argumentation
bricht schon an der ziffernmäßigen Thatsache zusammen, daß die
österreichisch-preussische Flotte im Jahre 1864 der dänischen Flotte
mindestens gewachsen war.

Noch höher schwingt sich die Phantasie des Herrn Generals in
seinen Betrachtungen über den französischen Krieg von 1870/71 auf.
Es zielt abermals den historischen Wissenshaß jedes Primaners,
daß Frankreich damals eine kolossal überlegene Kriegskasse besaß,
aber damit nichts, rein gar nichts angedeutet, vielmehr sich selbst
geschädigt hat, indem sein Versuch, eine große Aktion zu Lande und
zu Wasser zu führen, nur zu einer verhängnisvollen Zerstückelung
seiner Kräfte führte. Der Herr General meint nun: Das ist schon
richtig, aber was hätte die französische Kriegskasse nicht alles aus-
gerichtet, wenn sie nicht durch gänzlich unzureichende Vorbereitung,
Inklartheit in den Absichten, Wechsel und Widersprüche in den Be-
fehlen“ gelähmt worden wäre. Mit demselben Rechte könnte der
Herr General beweisen, daß die Friedericianische Kriegsführung der
napoleonischen Kriegsführung unendlich überlegen sei. Würde man
darauf hinweisen, daß die friedericianischen Korporale bei Jena von
den napoleonischen Generalen doch gottsbarmlich zugerichtet worden
seien, so würde er antworten: Ja, das wäre umgekehrt gekommen,
wenn die preussischen Jünger bei Jena nicht durch „gänzlich un-
zureichende Vorbereitung, Inklartheit in den Absichten, Wechsel und
Widersprüche in den Befehlen“ gelähmt gewesen wären. Wenn
man von allen historischen entscheidenden Thatsachen abliest, kann man
freilich das Ganze vom Himmel herunterbeweisen.

Ein Glanz für Herrn Verdy du Vernois, daß Logik und Wissen-
schaft beim militärischen Abwägen nicht das entscheidende Wort
sprechen; wir hätten sonst nicht die Freude, ihn als „General der
Infanterie“ und gar noch als „Chef des Infanterie-Regiments
Graf Schwerin (3. Pommersches) Nr. 14“ unter uns zu sehen. —

Das preussische Abgeordnetenhaus

Legte am Freitag die zweite Beratung des Eisenbahn-Etats
fort. Die Debatte verlief sich in Einzelheiten. Von der Reform der
Personen- und Gütertarife war kaum mehr die Rede. Um so ausführlicher
wurde über die Ausnahmetarife für Kohlenfuhrungen
nach dem Auslande verhandelt. Von verschiedenen Seiten
wurde angeführt, daß die Kohlenfuhrungen im Inlande ihre Aufhebung gefordert.
Minister v. Thielen teilte mit, daß die Kohlenlieferanten zwar
augenblicklich an Verträge mit ausländischen Firmen gebunden wären,
daß sie sich aber bereit erklärten, nach Ablauf dieser Verträge
die Kohlen nicht mehr zu billigeren Preisen ins Ausland zu liefern.
Eine große Rolle in den Verhandlungen spielte die Kanalkfrage.
Neue Geschäftspunkte wurden dabei weder von den Anhängern noch
von den agrarischen Gegnern ins Treffen geführt. Noch wurden eine
Reihe Lokalwünsche vorgebracht, dann wurde die Weiterberatung auf
Sonnabend vertagt.

Deutsches Reich.

Deutsche Weltpolitik.

Wir haben kürzlich die schönen Worte des Philosophen Hilde-
brand über den deutschen Weltberuf angeführt. Unwissende oder
unehrliche Leute haben uns nun zu belehren gesucht, daß ja Hilde-
brand in seinen älteren Schriften dieser Gedanken gäugert, daß er
sich dann aber unter dem Einfluß der napoleonischen Weltbeherrschung
gründlich vom Weltbürger zum Nationalen bekehrt habe. Das ist
eine Fälschung der Thatsachen.

Hildegards Weltbürgertum sticht aus derselben revolutionären Ge-
stimmung wie sein Nationalismus, sie sind nicht Widersprüche, sondern
notwendige Ergänzungen, gleich wie die französischen Weltbürger
der großen Revolution, die der Welt die Freiheit zu volleren
gedachten, sich mit dem Ehrentitel „Patrioten“ bezeichneten. Dieser
Hildegards heldenhafte und gefahrvolle Nationalismus aber hat nichts
zu thun mit dem profitablen byzantinischen Chauvinismus der
Schneidmühlengigler von heute. Es war eine revolutionäre That
und zugleich ein Ausfluß seiner weltbürgerlichen Gesinnung, daß
Hildegards in einer Zeit, wo sich die gänzlich unnationalen Fürsten, die
ferge und lächerliche Junkerherrschaft, das ausländische Bürgerthum mit
Napoleons Weltbeherrschung schnell abtanden, — daß dieser tapfere
Denker das Recht der nationalen Selbstbestimmung zu solcher Zeit
in stürmisch anklingenden Worten verteidigte. Gerade wir „anti-
nationalen“ Sozialdemokraten verteidigen ja auch jetzt, ganz im
Sinne des Weltbürgers Hildebrand, gegenüber unsrer After-Nationalen
das nationale Recht der Polen, das unsre Chauvinisten gewaltsam
zu brechen suchen.

Die deutschen Freiheitskriege waren überhaupt im Geiste ihrer
idealistischen Teilnehmer nicht nur und nicht hauptsächlich ein Mittel
zur Zertrümmerung der ausländischen Fremdherrschaft, sondern man
strebte vor allem, das Joch der inneren Fremdherrschaft zu brechen:
die freie einige deutsche Republik, das was das Ideal jener
nationalen Umstürzler, auf die sich die jureblamen Parteien von
heute zu Unrecht berufen. Er habe den Jakobiner spielen müssen,
seufzte ja gelegentlich Friedrich Wilhelm III.

Wie wenig aber Hildebrand im Sinne der heutigen Weltpolitiker
„national“ war, das zeigen gerade auch die „Reden an die deutsche
Nation“, die zum Freiheitskrieg aufrufen. Dieser „Nationale“ —
übrigens auch ein gemäßigter Gelehrter — weiß nichts
von bloßem Chauvinismus. In seinen „Reden an die deutsche
Nation“ befragt er die Fürsten Deutschlands:

„Diejenigen, die euch gegenüber so thun, als ob man euch
gar nichts sagen dürfte oder zu sagen hätte, sind verächtliche
Schmeichler, sie sind euer Verleumder eurer selbst; weiset sie weit
weg von euch. Die Wahrheit ist, daß ihr eben so unwissend ge-
worden werdet, als wir andern alle, und daß ihr hören müßt und
lernen, gleich wie auch wir, wenn ihr herankommen sollt aus
dieser unglücklichen Unwissenheit.“

Und fordert Hildebrand die nationale Selbstbestimmung, um die
Welt unter deutsche Anrechtenschaft zu bringen? Am Schluß seiner
Reden ruft Hildebrand:

„Es bejahet euch selbst das Ausland, inwiefern dasselbe
nur noch im mindesten sich selbst versteht, und noch ein Auge hat für
seinen wahren Vorteil. Ja, es giebt noch unter allen Völkern Ge-
müther, die noch immer nicht glauben können, daß die großen
Verheerungen eines Reichs des Rechts, der Vernunft
und der Wahrheit an das Menschengeschlecht, eitel
und ein leerer Trugbild seien, und die daher an-
nehmen, daß die gegenwärtige eiserne Zeit nur ein Durchgang
sei zu einem bessern Zustande. Diese, und in ihnen die gesamte
neuer Menschheit, rednet auf euch.“

Man sieht, auch der „nationale“ Hildebrand ist und bleibt weltbürger-
licher Idealist, er will das Deutschthum befreien, um es frei für
seinen weltbürgerlichen Beruf zu machen.

Wie fremd aber Hildebrand dem weltpolitischen Anflug der heutigen
Mode gewesen ist, das zeigen abermals wichtige Ausführungen
seiner „Reden an die deutsche Nation“. Hildebrand besann sich den
„geschlossenen Handelsstaat“, d. h. eine sozialistische Gesellschaft auf
nationaler Grundlage. Wir brauchen das Utopische dieses Gedankens
nicht hervorzuheben, nachweisen wollen wir nur, daß Hildebrand aus
seinem „nationalen“ Welt der edle Weltbürger blieb, denn es ein
Wohlfühlen war und eine Schandung des deutschen Lebens, mit Kriegs-
schiffen die Welt erobern zu wollen. In seiner dreizehnten Rede an
die deutsche Nation sagt Hildebrand:

„Eben so fremd ist dem Deutschen die in unsern Tagen so
häufig gepredigte Freiheit der Meere; ob nun wirklich diese
Freiheit oder bloß das Vermögen, daß man selbst alle andern
von derselben ausschließen könne, beabsichtigt werde. Jahr-
hunderte hindurch, während des Wettstreits aller andern Nationen,
hat der Deutsche wenig Begierde gezeigt, an derselben in
einem ausgedehnten Maße teil zu nehmen, und er wird es
nie. Auch bedarf er derselben nicht. Sein reichlich aus-
gestattetes Land und sein Reich, gewährt ihm alles, dessen
der gebildete Mensch zum Leben bedarf; an Kunstfertigkeit,
daselbst für den Zweck zu verarbeiten, gebietet es ihm auch
nicht; und um den einzigen wahrhaften Gewinn, den der

Welthandel mit sich führt, die Erweiterung der wissen-
schaftlichen Kenntnis der Erde und ihrer Bewohner an sich
zu bringen, wird es sein eigener wissenschaftlicher Geist ihm
nicht an einem Landmittel fehlen lassen. — O möchte doch
nur den Deutschen sein günstiges Geschick eben so vor dem
mittelbaren Antheil an der Beute der andern Welt bewahrt
haben, wie es ihm vor dem unmittelbaren bewahrt! Möchte
Leichtgläubigkeit und die Sucht, auch fern und vornehm zu leben,
wie die andern Völker, und nicht die entbehrlichen Waren,
die in fremden Welten erzeugt werden, zum Bedürfnisse ge-
macht haben; möchten wir in Absicht der weniger entbehr-
lichen lieber unsern freien Mitbürger erträgliche Be-
dingungen haben machen, als von dem Schwitz und Blut
eines armen Sklaven jenseits der Meere Gewinn ziehen zu
wollen: so hätten wir wenigstens nicht selbst den Vorwand ge-
liefert zu unserm demaligen Schicksal und würden nicht be-
leckt, als Abläuser und zu Grunde gerichtet, als ein Markt-
platz. Fast vor einem Jahrhundert, ehe irgend jemand
vorandachten konnte, was seitdem sich ereignet, ist den
Deutschen geraten worden, vom Welthandel sich unabhängig zu
machen und als Handelsstaat sich zu stützen. Dieser Vorschlag
verfiel gegen unsre Gewöhnungen, besonders aber gegen
unsre abgöttische Verehrung der ausgeprägten Metalle und
wurde leidenschaftlich angefeindet und beiseite geschoben. Seitdem
lernen wir, wie durch fremde Gewalt genötigt, und mit Inne-
re, das, und noch weit mehr, entbehren, was wir damals mit
Freiheit und zu unsrer höchsten Ehre nicht entbehren zu können
versicherten.“

Hildebrand spricht dann weiter von dem „Schwindelnden Lehrgebäude
über Welthandel und Fabrikation.“

So verwarf dieser strenge Nationalist den Gedanken der heute
gepredigten Weltpolitik mit aller Schärfe. Man verteidige also die
Weltpolitik des Vongeschäfts mit so viel Gründen wie man will —
aber man verzichte endlich darauf, sie aus „nationalen Empfin-
dungen“ zu verteidigen. Der nationale deutsche Gedanke in seiner
Reinheit widersteht dieser Barbarei; des ist der Philosoph des
Deutschthums, Hildebrand, Zeuge. —

Ridelsahl-Panzerplatten für das Ausland.

Die „Frankf. Ztg.“ wirft die Frage auf, ob es richtig ist, daß
die ausländischen Patente für die Erzeugung der Ridelsahl-Panzer-
platten, die bei dem Kriegsschiffbau eine sehr wichtige und preis-
steuernde Rolle spielen, von Krupp und Stamm auch an das mit
und sondernde Ausland veräußert worden seien. So viel wir in
Erklärung bringen konnten, wird das Krupp'sche Fabrikations-
verfahren allerdings an Firmen ausländischer Staaten ver-
kauft und für die Zwecke der Kriegsmarine dieser
Staaten angewandt. In einem Fall ist diese käufliche
Uebersetzung des Veräußerungsrechts an das Ausland sogar bekannt
und als ein Triumph des deutschen Erfindungsgeistes gerühmt
worden. Vor dem Krupp'schen Verfahren wurden die Ridelsahl-
Panzerplatten nach einem Princip des Amerikaners Harvey her-
gestellt, der den sogenannten Cementationsprozeß zur Anwendung
brachte. Die Ridelsahl-Panzerplatte ist überhaupt amerikanischer
Ursprungs. Als man Ende der achtziger Jahre in den Vereinigten
Staaten dazu überging, das zum Kriegsschiffbau not-
wendige Material im eignen Lande herzustellen, machte
man die Entdeckung, daß ein Zusatz von Nickel die Widerstands-
fähigkeit des Stahls bis zu 20 Prozent erhöhe. Die Versuche waren
indes überaus kostspielig und mit dem Verfahren Harveys war es
zu verwerfen, die Entdeckung profitlos verworfen zu werden. Aber
auch das Harvey'sche Verfahren hatte noch den Fehler großer Lang-
wierigkeit. Da kam Krupp mit seinem technisch allerdings be-
wundernswürdigen Verfahren, das namentlich auch die Folge hatte,
daß das Gewicht der Panzerplatte von 40 auf 25 bis
höchstens 20 Tonnen bei gleichzeitiger Steigerung der Wider-
standsfähigkeit reducirt werden konnte. Das Veräußerungsrecht
auf dieses Krupp'sche Verfahren wurde im Jahre 1898
von den belannten amerikanischen Carnegie-Stahlwerken er-
worben, und in Amerika gegen das bisher übliche Harvey-
Verfahren ausgenutzt. Das amerikanische Marineministerium
weigerte sich erst, Versuche mit Platten nach dem Krupp'schen Ver-
fahren aufzunehmen, schließlich beantragte es das aber doch zu
ballistischen Versuchen auf dem Marine-Schießplatz zu Indianhead,
deren Resultat war, daß für den amerikanischen Kriegsschiffbau das
Krupp'sche Verfahren namentlich ungeeignet wird. Inher diesem in
der weiteren Deutlichkeit bekannt gewordenen Fall sollen aber
auch noch andre Staaten das Verfahren erworben haben, unter
andem sehr frühe schon England. Dort sind es die Fürstlichen
Admiralitätswerke in Solihull, die die Panzerplatten nach dem
Krupp'schen Verfahren herstellen, nachdem diesbezügliche Versuche
glänzend ausgefallen waren. Auf Grund dieser beiden hier mit-
getheilten Fälle dürfte die Veranlassung, der von der „Frankfurter
Zeitung“ aufgestellten Frage dahin möglich sein, daß die Firma
Krupp ihr Verfahren zur Herstellung von Ridelsahl-Panzerplatten
thatsächlich an das Ausland veräußert hat. Zur Würdigung dieses
eigenartigen Verhaltens verlieren wir kein Wort weiter, nachdem
wir den Geschäftspatriotismus der Flotteninteressenten und an ihrer
Seite ganz besonders der Firma Krupp schon wiederholt hinfänglich
gekennzeichnet haben. —

Englisches von Karl Peters. Der erste Vorkämpfer der deut-
schen Weltpolitik, der früheste Mäurer unsrer Kolonialherrschaft, der
Flottenapostel, lange vor dem jetzigen Stummel der Urheber der
alldutschen Bewegung, der nach Bismarck wohlwollende Deutsche, der
einsichtige Abgott unsrer Studenten — Herz Karl Peters, der
Franzosenhater und glückliche Besitzer eines ausgeprägten Tropenkollers
will — stirbt! zu sagen! — nicht von den Boeren wissen.

In einem Briefe an die „Ball Wall Gazette“ protestirt
Peters gegen die Behauptung, daß alle Deutschen in der
südafrikanischen Frage auf Seite der Boeren stehen. „Ich
erlaube mir zu bemerken“, schreibt er, „daß nicht bloß viele meiner
Landsleute daheim, sondern auch viele Deutsche in Südafrika (auch
die Schüler an Schuler mit den Boeren festenden), wie ich in der
Lage bin, zu beweisen, und manche von den leitenden
deutschen Staatsmännern die Anschuldigungen der Engländer
in der Boerenfrage teilen. Ich bin überzeugt, daß die strikte und
wohlwollende Neutralität des deutschen Kaisers viel dazu bei-
getragen hat, England in der gegenwärtigen Krisis continentale Ver-
wundungen zu eriparen, die andre Mächte gerne über das Land
gebracht hätten. In Deutschland repräsentirt der Kaiser die Nation
in ihren internationalen Beziehungen. Ich möchte mir deshalb die
Bemerkung erlauben, daß Ihre Landsleute auf die Meinungen
einzelner nicht zu groß Gewicht legen, sondern Deutschlands
Standpunkt aus seiner offiziellen Politik beurteilen sollten. Es wäre
schade, wenn eine ernste Entschiedenheit der beiden verwandten
Nationen die Folge des gegenwärtigen Krieges wäre.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt ihren
Liebling von neuem entrüstet einen „Engländer“. Aber was will
sie? Erstens steht Peters in englischen Diensten, zweitens ist
die. Zweitens ist er eben Imperialist, d. h. er vertritt dieselben
weltpolitischen Gedanken wie unsre Flottenchwärmer, deren Boeren-
freundlichkeit ganz unlogisch ist. Und drittens hält Peters es für
alle Fälle geratener, sich mit den deutschen Nachbarn gut zu stellen,
die bekanntlich im Gegenzug zum Jahre 1896 heute auch nichts
weniger als boerenfanatisch sind. —

Landwirtschaft und Flotte. Die wachsende Missstimmung
wider das Flottenwesen, die aus den ländlichen Bezirken herauf-
bricht, wird der Regierung allgemein bebenlich. Die „Berliner
Korrespondenz“ bringt eine Anweisung: Bei Einbringung
der Flottenvorlage habe die Frage der Lebensmittel-
einfuhr keine Rolle gespielt; diese Frage habe mit der ganzen
Flottenfrage nicht das mindeste zu thun; die Freunde der Marine-

Vernehmung würden daher gut thun, für die Fernhaltung dieses Moments Sorge zu tragen.

Ja, was sollen denn die Freunde der Marinevermehrung den Leuten alsdann noch vormachen? Die Gefahr der Blockade, durch welche die Äste gesperrt und die nötigen Lebensmittel ferngehalten werden würden, so daß die Deutschen millionenweise verhungern müßten — das war und ist doch das Haupt- und Obergespiß, mit dem man die Bevölkerung zur Marinebegeisterung zu erschrecken versucht. In den Flugblättern des Flottenvereins, in den Broschüren, mit denen man das Land überschwemmte, spielte stets die drohende Absehnung der Nahrungsmittelzufuhr die erste Rolle. Nun soll dem Flottenkapitel das laute Instrument genommen werden, da es den agrarischen Ohren nicht angenehm klingt. Arme Flottenprofessoren!

Und die Regierung selbst will das Ausbürgerungsargument niemals benutzt haben. Aber in der Deutschrift über die Steigerung unserer See-Interessen finden sich unerschöpfliche Tabellen, die den Umfang der überseeischen Ausfuhr und Einfuhr von Weizen, Roggen, Gerste, Fleisch etc. darstellen. So, wo zu dem alles, wenn die Verhinderung der Einfuhr dieser Waren gar keine Bedeutung in der Begründung der Flottenvorlage haben sollte?

Die Regierung mag jetzt noch so eifrig abwiegeln. Die ländliche Bevölkerung wird gegenüber der Marine- und Weltpolitik in stets wachsendem Mißtrauen verharren. Da nützen die Junkereien des offiziellen Organs nichts; man kann nicht den Ueberseeverkehr vermittelt durch Marineleistungen fördern und zugleich die agrarischen Wünsche befriedigen.

Die willkürlichen Fürsten. Mit einem recht verständigen Schreiben hat der Fürst von Neuchâtel seine Ablehnung der Flottenvorlage begründet. Auf eine Anfrage des Fürsten zu Wiederholung der Gründe für die Ablehnung des „Deutschen Flottenvereins“ ist die folgende Antwort ergangen:

Eurer Durchlaucht sehr geschätztes Schreiben vom 25. d. Mts. habe ich die Ehre gefaßt zu empfangen. Bei eingehender Erwägung der sehr gefälligen Mitteilungen Eurer Durchlaucht über die Bestrebungen des „Deutschen Flottenvereins“ und in erster Würdigung der Bedeutung und Wichtigkeit der Kriegsstärke des Deutschen Reichs kann ich die großen Gefahren nicht außer acht lassen, welche eine immer weitere Steigerung der finanziellen Lasten durch fortgesetzte Rüstungen für das allgemeine Volkwohl im Gefolge haben muß, und ich muß mir vorbehalten, hierauf bei Beachtung der Interessen des „Deutschen Flottenvereins“ gewissenhafte Rücksicht zu nehmen. Indem ich mit Vergnügen diesen Anlaß benutze, Ihnen die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung zu erneuern, verbleibe ich

Eurer Durchlaucht ergebener Diener
Heinrich XXII.

Burgl. 23. Oktober 1890.

Neuchâtel ist ein schuldenfreier Staat und will, was man begreifen kann, auch ferner schuldenfrei bleiben. Daher die Abneigung gegen die Militärflotte. Wir glauben, daß auch andre Einzelstaaten ähnliche finanzielle Bedenken haben; sie wagen sie nur nicht anzusprechen.

Flottenlatein. Man hat gemeint, die famose Uebersetzung des Wendischens Marinecicero: Gormanis felix — Wilhelmus faustus rühre von dem Redacteur der amtlichen Mitteilungen des Flottenvereins her. Diese Annahme ist ein Raub an dem geistigen Eigentum des Herrn v. Wendischen, der vielmehr selbst die Uebersetzung „das glückliche Deutschland und Wilhelm der Faust“ erdichtet hat. In seiner neuesten, wunderbar verrückten Flottenbroschüre heißt es Seite 51:

Es giebt für Deutschland nur ein Entweder — Oder. Entweder folgt es der Voraufsicht seiner leitenden Männer und verbündeten Regierungen, und wir sehen in der Zukunft ein starkes, blühendes Deutschland, in welchem unter gesicherten Frieden es auch gelingen wird, die so viel schwierigeren sozialen Fragen in friedlichem Wettstreit in Parlamenten und bürgerlichem Leben befriedigenderen Beschlüssen entgegenzuführen.

Oder es verachtet sich der Voraufsicht, und der grimmige Speer Hagens wird in kürzester Frist in seine Schulter dringen. Deutschland zum Lummelstück fremder Waren (zu deren „Schutz“ soll ja gerade die Schlachtflotte geschaffen werden, Red. d. „Borw.“), fremder wirtschaftlicher Prinzipien, schließlich fremder Rechts, fremder Verwaltung, fremder Sprache, fremder Nationen werden. Die Schöpfung der Seegenossenschaft ist in Deutschland die Verkörperung der faustischen Lebensideale.

Zu diesem Zusammenhang folgt dann der lächerlichste Spruch und seine flottenlateinische Uebersetzung. Der Reichs-Lintausleger der Uebersetzung will also sagen, daß Wilhelm II. das faustische Ideal und den Titanen Faust verlor. Und dieser Mann erwidert allerdings in den Tagen des Jasso-Krons damit den Befähigungsnachweis, die jungen Leute, welche sich der Berliner Universität anvertrauen, zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchengewaltens tüchtig zu machen.

Aber Herr v. Wendischen mag sich vorheben, daß er nicht der Uebersetzer des Byzantinismus zum — Majestätsbeleidiger werde. Es wird dem deutschen kirchlichen Kaiser schweulich willkommen sein, mit dem gott- und sittenlosen Himmelsstürmer und mit dem Helden einer Dichtung verglichen zu werden, der ganz bedenklich wider die lex Heinze frevelt.

Eine internationale Flottenschau ist während der Pariser Weltausstellung in einem französischen Hafen geplant. Wie dem „Köln-Anzeiger“ gemeldet wird, entsendet Deutschland dazu ein Geschwader, bestehend aus dem großen Kreuzer „Fürst Bismarck“ sowie den Linienschiffen „Kaiser Wilhelm II.“ und „Kaiser Friedrich III.“

Ist die Nachricht richtig, so werden wohl auch Rußland und England einige Panzerschiffe entsenden. Das wird eine originelle Illustration zu den friedlichen und kulturellen Zielen der Weltausstellung abgeben.

Wasserschene Studenten. Der von den Vertretern aller Fakultäten der deutschen Universitäten an ihre Kommissarien gerichtete Aufruf zum Beitritt in den „Flottenausbau-Verein deutscher Studenten“ hat bei den Studierenden der Breslauer Universität gar keinen Anklang gefunden. Trotzdem derselbe vierzehn Tage lang am „Schwarzen Brett“ ausgehängen und die Liste zum Einzelnamen der Beitrittserklärung ebenso lange im Sekretariat ausgelegt hat, haben sich, der „Dresd. Ztg.“ zufolge, nur zwei Juristen entschließen können, als Mitglieder beizutreten.

Trog Sombart! —

Der dritte Band der Bismarck-Memoiren soll nach der „Dresd. Ztg.“ demnächst erscheinen.

Christliche Gottlosigkeit. Das königl. „Dresdener Journal“, das sich laut gerichtlicher Entscheidung beamteter Redacteurs erfreut, bringt folgenden Nachruf:

Am 9. d. Mts. verschied der langjährige Vorstand ansehnlicher Kreis, Herr v. C. Derselbe hat den Interessen des Vereines alle Zeit mit hingebender Treue und hohem Verständnis gewidmet. Waldmannshank folgt ihm in die ewigen Jagdgründe. Dresden, den 18. Februar 1900. Der Landesverein Königreich Sachsen im allgemeinen deutschen Jagdclubverein.

Was für ein indianisches Heidentum in christlich-frommen Sachsen!

Aus Schlesien wird uns geschrieben: Dieser Tage starb der Schneidemeister Franz Schmidt in Ebersdorf, Kreis Neurode in Schlesien. Schmidt war Mitglied des Militärvereins und deshalb wollte, wie üblich, dieser Verein auch die Beerdigung über-

nehmen. Alles war schon in Ordnung gebracht, als auf einmal gegen die Beerdigung des Militärvereins Einspruch erhoben wurde von einer schönen Seele, der es kränkte, daß Schmidt einmal von socialdemokratischer Seite eine Unterstützung erhalten hätte. Der Militärverein beteiligte sich nun nicht an der Beerdigung. Der Verstorbene wird deshalb ebenso gut ruhen, aber bezeichnend ist es doch, daß der Haß gegen alles Socialdemokratische noch über den Tod hinaus geht.

Im Landtag von Sachsen-Weimar hatte der von den Agrariern gestellte Antrag zur Beseitigung der Grundsteuer insoweit Erfolg, als beschlossen wurde, vom 1. Januar 1901 ab den vierten Teil derselben nicht mehr zu erheben, und soll die Regierung bei Neuansstellung des Etats eine weitere Verminderung herabzusetzen. Der Abg. Vaudert sprach sich für gänzliche Aufhebung der Grundsteuer aus und empfahl den dadurch entstehenden Ausfall in der Staatskasse dadurch zu decken, daß die höheren Einkommen zu einer härteren progressiven direkten Steuer herangezogen würden.

Steuerreform in Württemberg. Stuttgart, 2. März. In der heutigen Sitzung der Steuerkommission der Kammer der Abgeordneten, welche sich mit dem Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Maßsteuer und einer anderweitigen Progression der Maßsteuer befaßte, beantwortete der Finanzminister v. Jeyer eine Frage, ob die im Frühjahr 1891 geschickte, dann aber wieder von der Abgeordnetenkammer verlangte Reform der direkten Steuern nun dem gegenwärtigen Landtag vorgelegt werde und sagte, diese Frage sei entgegen gewissen Meldungen in württembergischen Blättern nach dem letzten Beschluß der Abgeordnetenkammer von den beteiligten Ministerien sofort energisch in Angriff genommen worden. Gegenwärtig liege die Sache beim Gesamtstaatsministerium, das seine Entschliebung unter eingehender Erwägung der einschlägigen Gesichtspunkte, namentlich auch des Fortschritts der sonstigen Arbeiten des Landtags, treffen werde.

Vom Straßburger Carneval. Ueber die Faschingsstage hat sich die kaiserliche Polizeidirektion zu Straßburg i. E. neben der Beschlagnahme einer durchaus harmlosen Carnevalszeitung noch durch eine andre staatsrechtliche That hervorgethan. Sie verbot, daß ein in den Boerenfarben rot-weiß-blau-grün ausgeschlagener Wagen in dem in Straßburg arrangierten Carnevalzuge mitgeführt werde. Es wäre in der That auch eine bittere Ironie, wenn man im Reichslande mit den Farben eines freien Volks demonstrieren wollte. Auch der Aufzug eines Trupps gefangener Engländer, eskortiert von einer Boerenabteilung, verfiel der polizeilichen Censur. Dagegen sieht die Darstellung der Haager Friedenskonferenz, die sich in der Vertilgung von Sekt übte, und dem versammelten Volke eine riesige Pythianische Schlange mit Dum-Dum-Geschossen als wichtigste Ereignisheiten ihrer Verhandlungen präsentierte, merkwürdigerweise auf keinen behördlichen Widerstand.

Prinz Heinrichs Reden. In Hamburg hat der Bruder des Kaisers weitere Reden gehalten. Auf eine Ansprache des Senators Lehmann sagte er u. a.:

Eure Majestät hätten die Güte, des Wählpruchs des preussischen Königs „Sum cuique“ zu gedenken. Ich möchte den Gedanken verallgemeinern, welchen auch eure Majestät ausgesprochen, daß die Kriegsstärke sowohl als auch das ganze Heer und unsere Marine immer gern für die Interessen des gesamten Vaterlands thätig gewesen sind. Es ist dies die Pflicht und zugleich der Stolz der kaiserlichen Marine. Die Erwägung, ob die Kriegsstärke der Handelsflotte oder die Handelsflotte der Kriegsstärke vorzuziehen ist für mich stets von untergeordneter Bedeutung gewesen. Sie sind beide für einander da und beide haben sich behauptet und im Auslande immer verstanden. Sie dienen beide im gleichen Maße Kaiser und Reich. Mit großer Freude habe ich im Auslande gewiebt und die Landbesuche dort begrüßt. Freilich sind ja nicht alle die draußen sind, Hamburger, es sind aber unendlich viele und ich darf Ihnen wohl sagen, daß ich Ihnen und den Deutschen da draußen im Auslande vieles verdanke, daß ich vieles gesehen und gelernt habe. Mich indessen trifft kein Verdienst, sondern wir sind das Werkzeug eines höheren Willens, der uns alle geführt und der uns Soldaten gebietet und wir thun unter seiner Führung. Sie wie ich, meine Herren.

Da in der gestern veröffentlichten Rede sich der Prinz als das „Werkzeug“ des Kaisers bezeichnet hat, bezieht sich also auch der „höhere Willen“ auf den Kaiser.

Calbe-Acherleben. Das amtliche Wahlergebnis lautet: Bei der am 26. Februar stattgehabten Reichstags-Wahl wurden im ganzen 37 94 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Kaufmann Wlad. Klen (noll.) 10 224 und Schriftsteller und Stadtverordneter Albert Schmidt-Wagdeburg (Zoc.) 17 929 Stimmen.

Entgegnung.

Durch die Presse macht eine Erklärung die Kunde, die ein Herr v. Nathusius-Hundsbirg, wie verlautet ein Rittergutsbesitzer, in der „Magdeb. Ztg.“ veröffentlicht hat.

Darauf soll ich in der Reichstagsitzung vom 6. Februar folgendes geäußert haben:

Ein Herr aus der Magdeburger Gegend schreibt mir, daß dort allgemein jede Arbeiterin den Lüssen des Gutsheerra als gemein preisgegeben wird. Fügt sie sich nicht, so wird sie mit der schwersten Arbeit belastet, und verläßt sie die Stelle, so bekommt sie in der ganzen Gegend keine andre. Das Wohlthätigkeitswerk ist hier vollständig durchgefallen.

Hieran anschließend bemerkt Herr v. Nathusius-Hundsbirg:

Ich erlaube mir, die ergebene Anfrage an unsern Reichstags-Abgeordneten Herrn Hofang zu richten, weshalb er nicht Protest erhoben hat gegen diese ungebührliche Anshuldigung gegen einen großen, ehrenwerten Stand seines Wahlkreises, weshalb er nicht Bebel aufgefodert hat, durch Nennung der Namen der Schuldigen diese Behauptung zu beweisen? Ich bitte Herrn Hofang, das Versäumnis nachzuholen und den Abgeordneten Bebel zur Beweisführung aufzufordern in der nächsten Plenarsitzung des Reichstags und ihn zu veranlassen, diese Schmähungen zu widerrufen, falls ihm dieser Beweis nicht gelingt.

Ich empfehle dem v. Nathusius-Hundsbirg, wenn er künftig wieder einmal das Bedürfnis empfindet, auf Grund eines Zeitungsberichts über eine Reichstags-Sitzung einen Abgeordneten anzugreifen, er sich zuvor an kompetenter Stelle vergewissert, ob die betreffende Äußerung wirklich gemacht worden ist.

Am vorliegenden Fall ist der Herr v. Nathusius-Hundsbirg das Opfer eines falschen Berichtes geworden, denn was dieser nicht sagen läßt, habe ich weder dem Wortlaut noch dem Sinn nach gesagt, und so wird der Abgeordnete Hofang es wohl unterlassen, die von Herrn v. Nathusius-Hundsbirg gewünschten Erklärungen von mir zu verlangen.

Berlin, den 2. März 1900.

A. Bebel.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der fortschrittliche Parteiverband des Wiener Gemeinderats beschloß die gleichzeitige Niederlegung sämtlicher Gemeinderatsmandate, falls nicht zugleich mit der etwaigen Sanctionierung und Veröfentlichung des neuen Gemeindestatuts und der neuen Gemeinde-Verordnung die Ausschreibung von Neuwahlen aus allen vier Wahlkörpern erfolgen sollte.

Wien, 2. März. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge beabsichtigt die Regierung, die Verständigungs-Konferenz für nächste Woche einzuberufen.

Wien, 2. März. Von kompetenter Seite wird versichert, daß Oesterreich-Ungarn sich in süditalienischen Kriege streng neutral verhalten habe. Die Pferdeantäufse, sowie der Ankauf von Patronen seien von Privatpersonen, nicht von der englischen Militärverwaltung

gemacht worden. Die Duldung derselben könne daher keinesfalls als Realitätsbegriff bezeichnet werden.

Schweiz.

Bern, 1. März. (Fig. Ber.) Die wegen des italienischen anarchischen Kalenders vom Bundesanwalt Steiner veranlaßte strafgerichtliche Untersuchung ist beendet und liegen die Akten vor der Anklagekammer des Bundesgerichts in Lausanne, die darüber zu entscheiden hat, ob in Sachen Anklage erhoben werden soll. Derselbe würde sich gegen die drei Schweizer Covigierio, Bertoni und Held (Genfer) richten, da gegen den inzwischen freigelassenen Samaja in Genf der Bundesanwalt keinen Anklage-Antrag gestellt hat, was wohl bedeutet, daß an ihm keine Schuld gefunden worden ist.

Frankreich.

Amnestiegesetz. Die Regierung hat sich entschlossen, das von einem Abgeordneten eingebrachte Amnestiegesetz auf eigene Rechnung zu übernehmen, um die Bestimmung hinzuzufügen, daß alle mit dem Dreifus-Handel zusammenhängenden Streit- und Strafsachen niedergelegt werden.

Paris, 2. März. Deputiertenkammer. Laßed (Nationalist) begründet in längerer Ausführung seine seiner Zeit auf einen Monat vertagte Interpellation über den Prozeß vor dem Staatsgerichtshof. Redner beklagt sich über die Akte von Ungefährlichkeit, welche begangen seien durch die Hausdurchsuchungen und willkürlichen Verhaftungen.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erwidert, der Staatsgerichtshof habe als unabhängiger Gerichtshof sein Urteil gefällt und das Land dasselbe gebilligt. Niemand vorher sei bei einem Prozeß der Verteidigung ein so weiter Spielraum gelassen worden. (Beifall.) Der Ministerpräsident sagt, er beglückwünsche sich dazu, den Prozeß eingeleitet zu haben, der dem Lande die Ruhe wiedergegeben habe, wofür sich das Land täglich dankbar zeige. (Beifall.) (Beifall auf der gesamten Linken; Widerspruch rechts.)

Ein Antrag auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung, gegen den sich die Regierung ausspricht, wird mit 318 gegen 232 Stimmen abgelehnt und eine Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung billigt und der sich der Ministerpräsident anschließt, mit 287 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Italien.

Rom, 2. März. Deputiertenkammer. Das Haus legt die Generaldebatte über das „Decreto-Logge“ fort. Der Justizminister Bonosi verteidigt dasselbe und erklärt, wenn die Kammer ihr Urteil dahin abgeben werde, daß die Regierung vom Wege des Rechts abgeirrt sei, werde die Regierung ihre Pflicht thun. (Beifall in der Mitte und auf der rechten Seite; Lärm auf der äußersten Linken.)

Ministerpräsident Pelloux weist unter großer Aufmerksamkeit des Hauses die Beschuldigung zurück, die Verfassung und die Rechte der Kammer verletzt zu haben. Die Regierung habe zu dem „Decreto-Logge“ gegriffen, als sie erkannte, daß es unmöglich sei, andre Maßregeln zu ergreifen, um den regelrechten Gang wichtiger Bestandteile der Staatsmaschine sicher zu stellen. Ueber die Anschuldigungen seitens der äußersten Linken wüßere er sich nicht. Im Gegenteil: Je heftiger dieselben, um so feister sei er davon überzeugt, daß die Regierung richtig gehandelt habe. (Beifall und Zwischenrufe.) Auch über die Anschuldigungen des äußersten Flügels der konstitutionellen Linken, welche jetzt mit der äußersten Linken verbunden sei, wäre er nicht verwundert; aber über die Vorwürfe anderer Parteien der Kammer drüde er sein schmerzliches Bedauern aus. (Lebhaft Zustimmung.) Die Regierung sehe in dem Uebergang zur Beratung der einzelnen Artikel ein Vertrauensvotum ohne Hintergedanken. (Zustimmung und Beifall; der Redner wird beglückwünscht; Lärm auf der äußersten Linken.) Man verlangt unter großer Erregung die Abstimmung. Die Kammer beschließt den Schluß der Debatte. Nach Vordrängung der eingebrachten Tagesordnungen und Erklärungen hinsichtlich der Abstimmung erhebt Pelloux um die Annahme folgender von Giuseppe Frascara und Genossen eingebrachten Tagesordnung: Die Kammer nimmt Akt von den Erklärungen der Regierung an und geht zur Beratung der einzelnen Artikel über. Giolitti verlangt getrennte Abstimmung über die beiden Teile der Tagesordnung. Pelloux erklärt hierzu, er stelle hinsichtlich beider Teile der Tagesordnung Frascara die Vertrauensfrage.

Der erste Teil der Tagesordnung Frascara, wonach die Kammer von den Erklärungen der Regierung Akt nimmt, wird in namentlicher Abstimmung mit 222 gegen 180 Stimmen, bei 8 Stimmenthaltungen, angenommen. Der zweite Teil dieser Tagesordnung, wonach die Kammer zur Beratung der einzelnen Artikel des „Decreto-Logge“ übergeht, wird mit großer Mehrheit durch Erheben von den eigenen angenommen und die Sitzung sodann aufgehoben.

Rußland.

Rußland in Berlin. Die deutsche „St. Petersburger Zeitung“ meldet: Eine „Gesellschaft der perfischen Eigenschaften“ wird sich vornehmlich in nächster Zeit in Petersburg konstituieren. Es steht ziemlich fest, daß einer der perfischen Häfen unter ähnlichen Bedingungen wie Port Arthur gepachtet werden wird.

Der Streik der Berliner Möbeltischler.

Nachdem vom Gewerbeamt mit den Vertretern der Arbeiter behufs Anbahnung einer Einigung Nachsprache genommen ist, sind nunmehr auch die Unternehmer zur Meinungsäußerung aufgefordert worden. Es wird sich zeigen, ob die Unternehmer zur Verständigung geneigt sind, oder ob sie den Kampf mit den von ihnen beliebten Mitteln fortsetzen wollen. Die Arbeiter haben keinen Grund, dies zu fürchten, aber sie werden zu Verhandlungen geneigt sein, weil sie an einem unwillig fortgeführten Kampf kein Interesse haben.

Die Situation des Streiks ist dieselbe geblieben; gestern war eine Zunahme des Ausstands nicht zu verzeichnen, erst heute wird sich erweisen, ob der Beschluß der Unternehmer, sämtliche Arbeiter auszusperrn, zur Durchführung gelangt. Wahrscheinlich wird die Zahl der Ausständigen nicht unbedeutend vermehrt und der Kampf zieht sich für die Arbeiter immer mehr zu einem Ringen ihrer Organisation gegen Unternehmervillkür und brutale Unterdrückungsmassregeln. Wohl selten ist ein Kampf von den Unternehmern mit so niederträchtigen Mitteln geführt als hier. Tausende von Arbeitern werden auf die Straße geworfen, ohne daß sie eine Forderung an die Unternehmer gestellt haben, ohne daß sie selbst einen Einfluß auf den Streik hätten. Nicht genug, daß die Kapitalisten die Arbeiter bis zum äußersten ausbeuten, auch zur Belämpfung und Niederdrückung ihrer eigenen Klassengenossen jagt man sie aus Arbeit.

Wo sind heute die Verteidiger der Arbeiterwilligen, die den Schutz der Arbeiter verlangten für die, die da arbeiten wollen? Niemand rührt sich, frohlocken würden sie, wenn mit diesem niedrigen Mittel die Kapitalisten siegten. Jönen sind alle Mittel recht und der Führer der Großindustriellen, Herr Vry, proklamiert unter seinen Getreuen den jesuitischen Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Der Mann, der durch seinen Holzhandel Millionen zusammengebracht hat, der mit der Liskerei nur soviel zu thun hat, als er seinen Reichtum durch ein sehr gewinnbringendes Geschäft mit den Tischlermeistern erworben hat, tritt als Schurke auf in einem Kampfe, der ihn nicht trifft, an dem er nicht beteiligt ist. Der Geldhag stellt ihn zur Seite der Rühmänner und Genossen, für ihn ist es ein Sport, die Arbeiter leichtfertig aus Lohn und Brot zu bringen. Nun, die großen und kleinen Schurken im Tischlergewerbe, sie haben einen Ausstand angezettelt, der ihnen noch lange sehr unangenehm in die Einkommung fallen wird. Ihre Aussichten sind die denkbar schlechtesten, wie ein Mann stehen die Arbeiter und nicht eher werden sie in die Werkstätten zurückkehren, bis ihre berechtigten Forderungen Anerkennung gefunden. Die gesamten Gewerkschaften stehen hinter dieser werthvollen Ausprägung zahlreicher Arbeiter. Bei einer so starken Gewerkschaftsbewegung, wie sie Berlin hat, darf und kann die Arbeiterschaft nicht unterliegen, es ist

Ehrensache aller Arbeiter, in diesem Kampf zusammenzustehen!

Die **lokalsozialistischen Tischler** hielten am Freitagvormittag eine Versammlung ihrer streikenden Mitglieder ab. Die Ansichten der Redner gingen im wesentlichen dahin, daß man keine Ursache habe, den Streik in die Länge zu ziehen, daß es aber auch nicht angebracht sei, unter allen Umständen zu einer Einigung zu drängen. Allerdings würde man Einigungsverhandlungen nicht von der Hand weisen, aber eine Einigung mit den Meistern könne nur stattfinden, wenn die aufgestellten, ohnehin viel zu geringen Forderungen in vollem Umfang bewilligt werden. Andernfalls werde man im Streik ausharren, und wenn er noch 6 Wochen dauern und die Unterfertigung auch knapp werden sollte. Ein Antrag wurde angenommen, welcher besagt: Wenn vor dem Einigungsamt ohne Hinzuziehung von Vertretern der Lokalsozialisten verhandelt wird, ist dem Holzarbeiterverband die Verantwortung für die Einigungsbedingungen zu überlassen. Wenn aber Vertreter der lokalen Richtung hinzugezogen werden, dann sollen dieselben von den aufgestellten Forderungen nichts ablassen.

Au die Klavierarbeiter Berlins! Der erbitterte Kampf, zu dem die Lohnbewegung der Tischler geführt, zeigt uns, was wir von unserem Unternehmertum zu erwarten haben. Er führt uns mit großer Klarheit die Stumpfheit der freien Vereinigung der Berliner Holzindustriellen vor Augen und zeigt, wie diese Herren kein Mittel scheuen, um die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter zu unterdrücken. Auch einige unserer Betriebe sind bereits durch das terroristische Vorgehen des vereinigten Unternehmertums in Mitleidenschaft gezogen, indem sie die in Holzbearbeitungs-Fabriken herzustellenden Rohmaterialien nicht erhalten können. Dem gegenüber kann es nur unsere Pflicht sein, den ausständigen Tischlern sowie den in Betracht kommenden verwandten Berufen unsere Solidarität zu beweisen durch Zusicherung moralischer und vor allen Dingen pekuniärer Unterstützung. Darum Kollegen zeigt, daß Ihr gewillt seid, dies zu tun, indem Ihr Marken zum Streikfonds in größerer Höhe als bisher entnehmt. Wir hoffen, nicht umsonst an Euer Solidaritätsgefühl appelliert zu haben, um unsere nächsten Berufsgenossen zum Siege zu verhelfen. Der Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Die **Holzbildhauer** befinden sich in folgenden Werkstätten im Ausstand: **Rarichall**, Rammstraße; **Felder u. Plathen**, Frankfurter Allee 117; **Courtois**, Schwedterstr. 258; **Höhne u. Krämer**, Krausstr. 52. Wegen Nichtbewilligung der Lohnarbeit sind bei **Mehler**, Mantuffelstr. 58, und bei **Müller, Drechsler**, Königsbergerstr. 26/27, die Bildhauer im Streik. Kollegen, welche durch den Tischlerstreik in Mitleidenschaft gezogen werden, wollen sich an die Agitationskommission der Bildhauer wenden. Dieselbe ist täglich von 9-10 Uhr vormittags, sowie Dienstag und Sonnabend, abends von 8 Uhr ab, im Restaurant **Spiegelberg**, Köpckeplatz 62, anwesend. Dasselbst werden vom Vertrauensmann **Krippahle** Sammellisten ausgegeben.

Die **Holzarbeiter der Zahnfabrik Adlershof**, welche in Berlin im Streik stehen und in Adlershof, Alt-Glienide und Grünau wohnen, werden ersucht, sich täglich von 9-12 Uhr in Adlershof, **Hadenbergstr. 1**, im Lokal von **Senker** zur Kontrolle zu melden.

Außerdem findet daselbst am Montag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt. Die in Arbeit stehenden Kollegen werden ersucht, heute, Sonnabend, von 5-8 Uhr bei **Geise**, Bismarckstr. 16b, in Adlershof, die Streikfonds-Marken, welche laut Beschluß der letzten Versammlung 1 M. betragen sollen, abzugeben. Die Ortsverwaltung.

In **Hildorf** sind weitere 16 Mann ausgepeert. Es befinden sich nunmehr 102 im Ausstande, davon sind 8 abgereist. Die Zahl der Werkstätten, in welchen die Forderung bewilligt ist, ist auf 11 mit 46 Arbeitern gestiegen.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ stehen einige Änderungen bevor. In der gestrigen Nummer des „Vorw.“ wird die Stelle eines ersten politischen Redakteurs, die bisher Genosse **Lebedont** innehatte, ausgeschrieben und auch Genosse **Eichhorn**, der seit Jahren an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ thätig war, teilt mit, daß er diese Stellung am 1. April aufgibt. Er wird die Redaktion der „Mannheimer Volksstimme“ übernehmen.

Aus der Redaktion des „Vollblatts für Harburg“ scheidet Genosse **Adler** aus, um in die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ einzutreten an Stelle des Genossen **Ströbel**, der am 1. April in die Redaktion des „Vorwärts“ eintritt.

Die **Landeskonferenz der Sozialdemokraten Sachsen** wird vom sächsischen Centralkomitee für den 17. und 18. April nach Dresden einberufen. Der Hauptpunkt in der vorläufigen Tagesordnung ist das neue Gemeindeforschungsprogramm.

Die **deutschen Sozialisten in der Schweiz**. Der in Zürich domizilierte Landesauschuß der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1909. In demselben wird zunächst konstatiert, daß die Landesorganisation in der besten Weiterentwicklung begriffen ist und daß ihr im Berichtsjahre die Vereine in Genf, Zug, Luzern und Aargau beigetreten sind, so daß die Gesamtzahl der Sektionen 83 in 26 Orten und mit ca. 2500 Mitgliedern beträgt. Soweit Angaben gemacht sind, besitzen 22 Sektionen 7254 Bände in ihren Bibliotheken. Die Jahreserlöse des Landesauschusses betragen 1068,86 Fr., die Ausgaben 1165,57 Fr., der Kassenbestand 801,29 Fr. Der Fonds zu Gunsten der politischen Flüchtlinge hatte eine Einnahme von 806,80 Fr. und eine Ausgabe von 151,05 Fr., so daß am Schluß des Berichtsjahres ein Kassenbestand von 155,25 Fr. verblieb. Für die Mäßigkeit unserer Genossen in der Schweiz zeugt auch der Umstand, daß in den Sektionen für 4329,78 Fr. Schriften verkauft wurden. — Für den Monat August ist eine Zusammenkunft der Arbeitervereine und sozialdemokratischen Mitgliedschaften auf dem Berg **Nollen** im Kanton Thurgau geplant, wobei die Genossen **Liebkecht** und **Dr. Adler** Wien Antrache halten werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die „**Kühnenmänner**“ machen mobil gegen diejenigen Betriebe, in welchen die Arbeitszeit weniger als 10 Stunden beträgt. Die Generalversammlung der Berliner Eisengießereibesitzer und Maschinenfabrikanten vom 13. Februar d. J. beschloß sich mit dem Ergebnis der aufgenommenen Statistik über die Arbeitszeit in den Betriebswerkstätten. In dem am 19. Februar erschienenen Protokoll wird hierüber wie folgt berichtet:

„Nach den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden hat die im Jahre 1899 bei den Betriebsmitgliedern gehaltene Umfrage betreffend die Arbeitszeit das Resultat ergeben, daß bei etwa Dreiviertel aller Mitglieder der 10stündige Arbeitstag besteht. Unter Hinweis auf das Vorgehen der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten, welche — veranlaßt durch die Erfahrungen beim vorjährigen Streik — für ihre familiären Mitglieder den zehnstündigen Arbeitstag obligatorisch eingeführt hat, ersucht der Herr Vorsitzende die Versammlung: sie wolle die Vertrauenskommission ermächtigen, bei denjenigen Mitgliedern unseres Verbands, welche geringere Arbeitszeit haben, auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages hinzuwirken und in der nächsten Generalversammlung hierüber zu berichten. Bemerkte sei hierzu, daß bereits seit einer Reihe von Jahren nur solche Firmen als Mitglieder unseres Verbands aufgenommen werden, welche sich zu dieser Arbeitszeit verpflichten. — Nach kurzer Debatte, an welcher sich die Herren **E. Becker** und **Hied** beteiligten, erklärt die Versammlung ihr Einverständnis mit dem geplanten Vorgehen der Vertrauenskommission.“

Soll dieser Beschluß in die Tat umgesetzt werden, so bedeutet dies den Kampf in einer großen Zahl von Betrieben. Die Metallarbeiter werden auf thun, sich begeben die Organisation, dem „Deutschen Metallarbeiter-Verband“, anzuschließen, um ihre be-

drohten Interessen zu schützen. Abzuwarten bleibt allerdings, ob diejenigen Fabrikanten, in deren Betrieben weniger als 10 Stunden gearbeitet wird, sich ohne weiteres dem Terrorismus der „Kühnenmänner“ fügen werden. Falls nicht, ist der Hinweis darauf, daß die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten nach dem letzten Streik die zehnstündige Arbeitszeit obligatorisch eingeführt habe. Im Gegenteil beträgt bei Dreiviertel aller Mitglieder dieser Vereinigung die Arbeitszeit weniger als 10 Stunden.

Die **Metallarbeiter** werden sich in zwei Versammlungen mit diesem Vorgehen der Eisenbarone beschäftigen: Dienstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im „**Roßbiter Gesellschaftshaus**“, Alt-Moabit 80-81, und Mittwoch, den 7. März, in „**Valtschmieders Saal**“, Wadstr. 16.

Der **Ausstand der Stallente** bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft scheint einen größeren Umfang annehmen zu wollen. Am Donnerstagmorgen gegen 4 Uhr legten die auf dem Bahnhof XIX der erwähnten Gesellschaft beschäftigten Stallente den Dienst nieder. Gleichzeitig brachten die in der Schönhauser Allee resp. in der Weichenburgerstraße aufgestellten Vorspannbüchsen die Pferde nach dem Depot zurück und erklärten sich mit den ausständigen Stallenten solidarisch. Hierdurch erlitt der Verkehr auf den einzelnen Pferdebahnhöfen einige Störungen. Es konnten die Vorspannpferde zum Transport der schweren Tramways den steilen Berg die Schönhauser Allee hinauf nicht gestellt werden und ebenso wenig konnte die Umwechslung der Pferde an den Endstationen erfolgen, was um so unangenehmer war, als bei dem Schneeeis der Tiere außerordentlich überanstrengt wurden. Ein Teil der Streikenden kehrte abends gegen 9 Uhr nach dem Depot zurück und nahm den Dienst zu den alten Bedingungen wieder auf. Am Freitagmorgen soll das ausständige Personal durch Hilfskräfte bereits ersetzt sein.

Achtung! Sattler! Bei der Firma **Edert**, An der Straßauerstraße 3, Reichelt, Straßauerstr. 58 und **Weiser u. Duwe**, Alexanderstr. 29, stehen sämtliche Kollegen im Streik. — Zugang ist fernzuhalten. Die Agitationskommission.

Achtung! Kleber (Tapezierer)! Die Werkstatt von **Reff**, Augsburgerstraße, ist gesperrt. Die Lohnkommission.

Achtung, Tischler! In der heutigen Annonce, in der zu einer Versammlung für Westen und Südwesten bei **Habel**, Bergmannstraße, eingeladen wird, muß es anstatt 1 Uhr heißen: **Mittags 12 Uhr**.

Die **Möbelpolierer** sind, wie in einer am Freitagabend abgehaltenen Versammlung berichtet wurde, in einer Anzahl von 619 Streikenden und 151 Ausgepeerten am Tischlerstreik beteiligt. Die Situation wurde als unverändert und die Einmütigkeit der Ausständigen als ungeschwächt bezeichnet. Eine Anregung, die Unberbeiteten zum Abreisen zu veranlassen, wurde als für die Möbelpolierer nicht ratsam bezeichnet und damit als erledigt betrachtet.

Deutsches Reich.

Vergarbeiterstreik.

Die Zahl der Streikenden hat auch heute im Revier Halle abgenommen. Klein ausfallend — man braucht nicht nach Gründen oder Entschuldigungen zu suchen — für den Ausgang des Streiks im mitteldeutschen Revier, ist die behördliche Niederwerfung des Streiks in dem sächsischen Revier. Nach den bekannten Vorgängen in **Widau** wurde, wie wir berichteten, die Stimmung der Streikenden gedrückt und die der Grundbesitzer gehoben. Es wird sich nun bald zeigen, ob die Unternehmer hier bei Beendigung des Streiks, trotzdem in einigen Gruben nur ganz wenig Arbeitswillige zu verzeichnen sind, in ebenso rigorer Weise verfahren wie in **Widau**.

In **Ostreich** dauert der Ausstand ungeschwächt fort, in bewundernswürdiger Weise, trotz der Ausständigen allen Entbehrungen, um ihre kapitalmässigen Unternehmervorgaben zum Durchgehen zu zwingen. Sollten aber auch sie der Macht des Unternehmertums weichen müssen, wie es ihren sächsischen Kameraden erging, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Kampf kein vergeblicher war. Schon jetzt giebt sich in dem Verhalten des Parlaments und der Regierung die Einwirkung des Streiks kund; die Regierung ist gezwungen den mächtigen Kapitalmagnaten Beschränkungen aufzuerlegen. Wie dieser große mit so vielen und schweren Lehren gefüllte Kampf auch enden mag, er bleibt ein ehrendes Beispiel von Ausdauer und Opferwilligkeit großer Arbeiterkategorien, die um eine bessere Lebensstellung ringen.

Wegen Bedrohung Arbeitswilliger wurden in **Leipzig** zwei Formen, der eine zu einer Woche, der andre zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Die **Errichtung eines Volkshauses für die Nürnberg Arbeitervereine** ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Den Gewerkschaften ist vom Stadtmagistrat das günstige Anerbieten gemacht worden, die **Rosenau** (ein dicht an der inneren Stadt gelegenes Wohngebiet mit prächtigen Parkanlagen) um die Hälfte des Schätzungswertes zu übernehmen, und dieses sehr coulante Angebot wurde bereitwillig angenommen. Auch hat die Stadt einen ziemlich bedeutenden jährlichen Zuschuß in Aussicht gestellt. Der Umbau wird demnächst beginnen und man hofft, daß die Einweihung des Volkshauses im Herbst dieses Jahres erfolgen kann.

Ausland.

Die **Steinhaner in Teslin**, die sich durch die Drohung der Ausbeuter, die Steinbrüche für die Dauer eines Jahres außer Betrieb zu setzen, nicht einschüchtern ließen, haben nun doch noch einen Sieg errungen. Die Arbeitszeit wurde von 1 1/2 auf 11 Stunden herabgesetzt. Die Lohnzahlung findet monatlich statt mit wöchentlichen Abschlagszahlungen, während sie bisher nur alle fünf bis sechs Wochen erfolgte, die Lohnkautions ist auf den Betrag eines Wochenlohns beschränkt, während er bisher zwei bis drei Wochenlöhne ausmachte. Ferner erklärte die Regierung, zur Regelung dieser Verhältnisse ein besonderes Gesetz und zwar schon für die nächste Zeit auszuarbeiten zu wollen.

Die **Buchdrucker in Bern** erreichten durch Unterhandlungen mit den Unternehmern eine Erhöhung des Wochenlohn-Minimums von 35 auf 37 Fr. und des Records von um 3 Proz. pro tausend Buchstaben gleich 2 Fr. mehr die Woche, für Ueberarbeitete wird entsprechend höherer Lohnzuschlag, für Sonntags- und Feiertagsarbeit doppelter Lohn gezahlt. Der Nachmittags des 1. Mai wird freigegeben. Die „**Nichtverbändler**“ lebten eine Mitwirkung bei den bezüglichen Unterhandlungen ab, das Erringen aber nehmen sie an.

Aus der Frauenbewegung.

Die **Versicherung des häuslichen Gesundes gegen Unfall** wünscht eine Petition, die der Bund deutscher Frauenvereine an den Reichstag gerichtet hat.

Berufsbildung der weiblichen Handelsangestellten in der Schweiz. Der Bundesrat will die vom Bund subventionierten kaufmännischen Unterrichtskurse auch dem weiblichen Geschlecht zugänglich machen, wie dies die Union für Frauenbestrebungen verlangt. Der sämigerische kaufmännische Verein verhält sich aber dagegen ablehnend aus Furcht vor der weiblichen Konkurrenz. Offenlich wird dieser Widerstand überwunden.

Erweiterung der Frauenrechte in der Schweiz. Die Regierung des Kantons **Neuchâtel** hat in dem Entwurf für ein neues Wahlgesetz die Wählbarkeit von Frauen als Mitglieder der Schulkommission vorgesehen. Die Jahresgebälter der Lehrerinnen sind mit 1290 bis 1800 Fr. in den Städten und mit 1140 bis 1740 Fr. auf dem Lande normiert (für Lehrer 2160 bis 2760 Fr. bzw. 1900 bis 2400 Fr.).

Frauenstudium. An der Pariser Universität studieren 3. 129 Frauen Medizin; in der meisten davon, nämlich 91, sind Russinnen.

An der **schönwissenschaftlichen Fakultät** sind 206 Französinen und 57 Ausländerinnen eingeschrieben; an der **Rechtswissenschaftlichen Fakultät** 2 Französinen und 2 Russinnen; an der **naturwissenschaftlichen Fakultät** 21 Französinen und 14 Ausländerinnen.

Die Zahl der Studentinnen an der Universität **Helsingfors** beträgt dieses Jahr 345.

Vom Kriegsschauplatz

liegt heute an neuen Nachrichten nicht viel vor. Die einzige Meldung von Belang ist die folgende:

Der „**Morning Post**“ wird aus **Paardeberg** vom 28. Februar gemeldet, in östlicher Richtung hätten **Vorposten** mit dem **Feinde** **Kämpfe** genommen. Die Zahl der dortigen Boeren werde auf 7000 Mann geschätzt. Der „**Standard**“ und die „**Daily News**“ bestätigen diese Nachricht.

Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Wenn die Thatsache aber wahr ist, so könnte sie bedeuten, daß die Boeren der **Robertsochen Armee** schon auf dem Marsche nach **Wormfontein** entgegengetreten wären.

Ueber **Beunruhigungen**, die **Roberts** und **Kitchener** erfahren, wird schon jetzt allerlei gemeldet. So berichtet man aus **Kimberley** vom 1. März: **Roberts** und **Kitchener** kamen heute morgen hier an und werden morgen **Kimberley** wieder verlassen. — Eine **Abteilung Boeren** zeigte sich gestern bei **Klipdam** und zerstörte einige Geschäfte. Sodann kamen sie nach **Windfontein** Station, wo sie ebenfalls einige Geschäfte beschädigten und plünderten. Es verlautet, daß sich die Boeren der **Maschinen der Frank-Smith Mine** bemächtigt und dieselben stark beschädigt haben. Ein Teil der Boeren zog nach **Barly West** und beschießt gegenwärtig diese Stadt.

Die letztgenannte Stadt liegt nicht allzu weit von **Kimberley** in nordwestlicher Richtung, und aus der Thatsache der Beschießung geht hervor, daß die Engländer das weitere Gebiet um **Kimberley** noch keineswegs sicher beherrschen.

Ladysmith.

Ein Telegramm des **Generals Buller** aus **Kellhorpe** vom heutigen Tage besagt: 73 Wagen mit Nahrungsmitteln rüden soeben in **Ladysmith** ein.

Aus **Ladysmith** wird berichtet: Seit dem Beginn der Einschließung sind 24 Offiziere und 225 Mann getötet, 70 Offiziere und 520 Mann verwundet worden; 6 Offiziere und 340 Mann starben an Krankheiten. Die weiße Zivilbevölkerung ist in diese Ziffern nicht miteinbegriffen.

Englische Hoffnungen.

Den „**Times**“ wird aus **Laurens Marquet** vom 28. Februar gemeldet: Leute, die aus **Transvaal** kommen und glaubwürdig sind, versichern, es sei ganz unwahrscheinlich, daß die Boeren sich nach **Victoria** zurückziehen und dieses zum Punkt eines letzten verzweifelten Widerstandes machen. Man glaube in Gegenteil, daß nicht nur **Bürger des Orange-Freistaats**, sondern auch viele **Bürger von Transvaal** nach ihrer Heimath zurückkehren, ohne abzuwarten, bis sich die Boerentruppen in aller Form ergeben. Die Boerengenerale, heißt es weiter, schenken den fremden Ratgebern kein Gehör und ihre früheren Erfolge werden mehr ihrem Glück und den von den Briten gemachten Fehlern, als ihrer militärischen Befähigung zugeschrieben.

Daß diese Schilderung der wirklichen Stimmung unter den Boeren entspricht, dürfte doch noch sehr zu bezweifeln sein.

Ein Urteil Major Albrechts.

Mit **Cronjes** Armee wurde auch der frühere preussische Wachtmeister und Organisator der Boerenartillerie, **Major Albrecht**, mitgeführt. Nach **Cronjes** Empfehlung durch **Lord Roberts** nahmen die vornehmsten Boeren-Kommandanten am **Freilicht** beim **Stade** teil. Bei der Unterhaltung daselbst äußerte **Kommandant Albrecht** die Ansicht, daß die englische Taktik bis einschließlich der Schlacht von **Magersfontein** nicht nur dumm, sondern nahezu wahnwitzig gewesen sei. In den **Magersfontein** Schützengräben seien nur 4000 Mann gewesen, und nur die Hälfte derselben habe am Kampf teilgenommen. Der Krieg würde die vorgefaßten Meinungen europäischer Sachverständiger umstoßen. **Albrecht** drückte die höchste Bewunderung für die englischen Soldaten aus und lobte die seit **Roberts** Ankunft eingeschlagene Strategie, daß sei der Krieg keineswegs zu Ende, noch ständen 75000 **Republikaner** im Felde. Die **Uebergabe**, **sub Albrecht** fort, sei direkt auf den **Fehler Cronjes** zurückzuführen, daß er seine Leute in einem **Loch** einschloß, anstatt die **Kühnen** zu besetzen. In der That sei **Cronjes** Taktik fast ebenso fehlerhaft gewesen, wie die englische, ehe **Roberts** erliefen.

Simonsion, 2. März. **General Cronje** ist hier eingetroffen.

Simonsion ist ein besetzter Platz in der **Kopkolonie**, nördlich vom **Kap** der guten Hoffnung.

Die Depeche des Kaisers.

Wien, 2. März. Nach einer Meldung des „**Fremdenblatts**“ aus **Berlin** wird in dortigen diplomatischen Kreisen der Abendung einer **Glückwünsch-Depeche** Kaiser **Wilhelms** an die **Königin Victoria** von **England** keinerlei politische Bedeutung beigegeben, da eine derartige Anteilnahme durch die engen Familienbeziehungen zwischen **Berlin** und **London** genügend erklärt werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englische Ausrücker.

Rangun, 2. März. (Meldung des „**Heuterschen Bureaus**“.) Die zur Bestrafung der **Wa-Leute** — welche seiner Zeit 2 Offiziere ermordeten und die **birmanisch-sinesische Grenzkommission** angriffen — entsandten **britischen Truppen** zerstörten am 26. Februar den **Palladenbau** der **Wa-Leute** zu **Rangun**, ohne daß sie selbst Verluste dabei hatten. Am folgenden Tage eroberten die **britischen Truppen**, vereint mit den **sinesischen Mannschaften**, die ganze Gruppe von **Dörfern**, die mit den **Nördern** in Verbindung stehen. **60 Eingeborene wurden getötet** und **2000 Behausungen niedergebrannt**. Die **sinesischen Truppen** hatten 4 tote und 20 Verwundete; auf Seiten der **Engländer** fiel ein **Gurka** und fünf **Sepoys** wurden verwundet.

Deutsch-türkische Flottenbegeisterung.

Konstantinopel, 2. März. Der **Feldadjuvant** des **Sultans**, **Kalau** vom **Hofe-Pascha**, sprach gestern Abend vor über hundert Mitgliedern des **Flottenvereins** über die **Notwendigkeit der Vermehrung der deutschen Flotte**. Nach Beendigung des Vortrages wurde an **Se. Majestät Kaiser Wilhelm** ein **Subdignitätstelegramm** abgefaßt. Der **deutsche Botschafter Freiherr v. Marschall** sprach dem Vortragsredner seinen Dank aus; **Kalau** u. **Hofe-Pascha** erwiderte mit einem **Hoch** auf den **Botschafter**.

Wien, 2. März. (**W. I. B.**) **Abgeordneter Haus**. Die Debatte über die **Regierungserklärung** wird fortgesetzt. **Abg. Wolf** führt aus, das **Regierungsprogramm** sei ihm **sympathischer** als das aller früheren Regierungen. Für das **wirtschaftliche Programm** könne man sich sogar begeistern. **Redner** bezeichnet die **deutsche Staatsprache** als **unbedingte Notwendigkeit**, ohne welche die **deutsche Armeesprache** unumgänglich sei. **Wolf** ergeht sich in **heftigen Angriffen** gegen die **politischen Behörden** **Böhmens** wegen deren **Einmischung** in die **Kos von Rom**-Bewegung und ihres **Vorgehens** bei der **Bildung politischer Vereine** und erklärt schließlich, es sei notwendig, daß alle **freirechtlichen Elemente** auf der **rechten** und **linken** Seite des **Hauses** sich **zusammenschließen** zur **Lösung** der **wirtschaftlichen Fragen**.

Reichstag.

158. Sitzung vom Freitag, 2. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Marine-Stats

in Verbindung mit der Beratung des Stats für Kiautschou.

Die Beratung beginnt mit den „fortdauernden Ausgaben“, Titel „Staatssekretär“.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Ich werde mich auf den Etat für Kiautschou beschränken und beantrage, ihn an die Budgetkommission zu verweisen. Wir sind niemals gegen Kolonialpolitik überhaupt gewesen, sondern haben nur den Erwerb von Kolonien bekämpft, die nach unserer Meinung von keinem Wert sind. So haben wir uns entschieden gegen weitere Aufkäufe zu der Mandarabahn gewandt. Wir haben nie den blinden Enthusiasmus der Herren Kolonialschwärmer geteilt. Wie weit dieser Enthusiasmus geht, mögen Sie daraus ersehen, daß Graf Armin seiner Zeit gegenüber Herrn Richter meinte, er werde schon für den Bahnbau in Afrika sein, wenn er nur einmal Mandarabahn trafen würde. (Lachen des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Ich möchte den Herrn Abgeordneten doch darauf aufmerksam machen, daß der Mandarabahn nicht in Kiautschou gebaut wird. (Große Heiterkeit.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Was nun Kiautschou anlangt, so billigen wir im allgemeinen die Gründe, aus denen die Reichsregierung uns seiner Zeit diesen wichtigen Stützpunkt in China sicherte. Die Entwicklung dort hängt vor allem ab von den Eisenbahnen, die von der Küste aus in das Innere gebaut werden sollen, um den Kohlenreichtum zu erschließen. Der sich im Hinterlande von Kiautschou befindet. Uebrigens hat uns Herr v. Bülow versprochen, den Vertrag mit dem Eisenbahnprivatist im Plenum vorzulegen. Das ist noch nicht geschehen, wohl aber giebt die Denkschrift einige Angaben darüber. Danach gehören die ersten Bau- und Handelskreise Deutschlands zu den Gründern der Gesellschaft, so daß also die Bekämpfung des Herrn Kolonialdirektors v. Bülow, das deutsche Kapital geht nicht gern nach den Kolonien, für Kiautschou nicht zutrifft. Uebrigens hat sich die Reichsregierung die Uebernahme der Bahn vorbehalten. — Mit den leitenden Verwaltungsgarantien in der neuen Kolonie sind wir einverstanden. Freilich fehlt noch die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Selbstverwaltung, die finanzielle Selbstständigkeit, die nach der Denkschrift auch für die nächste Zukunft nicht zu erhoffen ist. Jedenfalls hat aber der Marine-Offizier bisher besseres Verwaltungstalent gezeigt als der Lieutenant und Assessor in den anderen Kolonien. Ich werde mich nun zu der Denkschrift, soweit sie vom Gesundheitswesen handelt, da kann ich ihr den Vorwurf nicht ersparen, daß sie manches verächtelt, was besser klar und deutlich ausgesprochen wäre. In ihr ist zwar über die Todesfälle, aber nicht über die Zahl der Erkrankungen überhaupt Mitteilung gemacht. Früher wurde nur in Superlativen von den Gesundheitsverhältnissen in Kiautschou gesprochen. In dem ersten Bericht des Hafenbau-Direktors Franzius heißt es, „das Klima von Tientsin ist das gesunde von ganz China“. Auch Herr Tirpitz hat gesagt, das Klima sei dort sehr gut, ebenso die sanitären Verhältnisse. Im vorigen Jahre wurden dann die ersten acht Todesfälle festgestellt und da meinte der Herr Staatssekretär, die sanitären Verhältnisse seien noch nicht günstig. Die Denkschrift behauptet nun zwar nach den unglücklichen Erfahrungen des letzten Sommers, daß die Gesundheitsverhältnisse dort nicht „wesentlich von kinautischen Verhältnissen abhängig“ seien und daß das Krankheitsbild der Malaria niemals in den Vordergrund getreten sei, anderweitige Meldungen sprechen aber fast überstimuliert von Malaria. Von 200 Soldaten sind durchschnittlich 50-60 krank. Letzte Woche sind 8 gestorben. Dazu nehmen Sie den Satz der Denkschrift, daß die durch schwere Erkrankungen geschwächten Marinemannschaften zur Erholung ins Marine Lazarett in Yokohama geschickt seien. Wie läßt sich damit die frühere Behauptung vereinbaren, daß Kiautschou noch einmal der Erholungsort für die jüdischen Gegenden Chinas werden würde? Keinerdings wird ja gemeldet, daß die Krankheiten nachgelassen haben. Das ist im Winter nicht zu verwundern. Im Sommer aber, wo die Wärme und die Feuchtigkeit der Luft sehr lästig auftraten, werden die Krankheitsfälle wiederkehren. Daß die Gesundheitsverhältnisse in Tientsin nicht weniger als allseitig sind, geht auch daraus hervor, daß für ein zweites Lazarett dort die Summe von 210 000 Mark gefordert wird. An Krankheiten sind Darmtyphus und Ruhr besonders häufig aufgetreten. Der Grund wird in der mangelnden Wasserreinigung und in den Wohnungsverhältnissen gesucht. Für die Verbesserung der Wasserreinigung werden 475 000 M. gefordert, für Kajenenbau und Dienstwohnungen 750 000 M. Es ist demnach zu hoffen, daß in absehbarer Zeit jene Krankheiten nachlassen werden. Ob das aber auch mit denjenigen Krankheiten geschieht, die mehr oder minder auf kinautischen Verhältnissen beruhen, ist mehr sehr zweifelhaft. Die Reichsregierung scheint da ihrer Sache selbst nicht ganz sicher zu sein. Das schreie ich auch aus dem Satz des Vertrages mit China: „Sollte sich Kiautschou als für den in Aussicht genommenen Zweck nicht geeignet erweisen, so muß es Deutschland überlassen sein, sich an einem anderen Punkte Chinas niederzulassen.“ Um so verständlicher muß der Optimismus erscheinen, mit dem die Vertreter des Reichs bisher über die dortigen Gesundheitsverhältnisse geurteilt haben. Herr Bülow meinte in seiner ersten Mitteilung über den Stat an der Sonne, er habe sich jeder Schönfärberei enthalten, und er meinte, die Diplomaten könnten nicht sachlich und ruhig genug über die Verhältnisse in den Kolonien urteilen. Das ist auch meine Meinung, aber Theorie und Praxis sind leider häufig verschieden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Tirpitz:

Wir haben uns bemüht, in der diesmaligen Denkschrift im wesentlichen nur Tatsachen anzuführen und Spekulationen auf die Zukunft nach Möglichkeit zu vermeiden. Mit Genehmigung kann ich sagen, daß sich die Chinesen allmählich unter deutscher Herrschaft wohl zu fühlen scheinen. Es haben sich namentlich wohlhabende Chinesen in größerer Zahl auf unsere Gebiete niedergelassen und alle einseitige Häuser haben dort Jüliaken errichtet. Die erste Eisenbahnstrecke wird voraussichtlich in zwei Jahren eröffnet werden können. Auch die Sanitverhältnisse haben sich sehr verbessert. Es ist eine Schule begründet worden, die etwa das einjährige Examen als Abschluß wird leisten können. Die Gesundheitsverhältnisse liegen ja allerdings nicht so gut. Die Gründe dafür liegen aber auf kinautischen Gebieten. Die Zahl der Erkrankungen konnte bei Abfassung der Denkschrift noch nicht angegeben werden, weil das Material noch nicht vorlag. Ich bin gern bereit, es Ihnen in der Kommission zu unterbreiten. Natürlich ist China nicht zu vergleichen mit einer Sommerfrische in Deutschland. Im allgemeinen werden immer ungünstigere Verhältnisse dort sein als bei uns. Dennoch glaube ich die Bekämpfung aufrecht erhalten zu können, daß Kiautschou verhältnismäßig ein sanitär günstig gelegener Ort ist. Malaria ist unter den Krankheiten nicht vorderrangig gewesen. Es ist überhaupt nur ein einziger Todesfall darauf vorgekommen und dieser ist wahrscheinlich auf die Verhältnisse an einem nördlicheren Punkt zurückzuführen, wo der betreffende stationiert war. Die Malaria tritt nun häufig auf in den chinesischen Orten, die an Küsten liegen. Die Krankheiten in unserem Gebiete beschränken sich auf den Typhus und den Darmtyphus und sind auf die unzureichende Wasserreinigung zurückzuführen. Es ist in diesem Sinne zu hoffen, daß wir bis zur nächsten heißen Zeit eine Central-Wasserleitung dort gebaut haben werden. Natürlich

werden auch dann noch einzelne Fälle von Darmkrankheiten vorkommen. Das ist in ganz China der Fall. Seit Dezember haben sich die Gesundheitsverhältnisse gebessert und neue Erkrankungen sind nicht mehr vorgekommen. Zweifellos hat das ganze Personal in Tientsin unter besonders schwierigen Verhältnissen gearbeitet; das liegt in der Natur der Aufgabe, die ihm gestellt ist. Ich glaube aber, daß Deutschland mit der Arbeit seiner Pioniere durchaus zufrieden sein kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Sasse (natl.):

Ich möchte nicht, was in der Kommission mit dem Etat für Kiautschou gemacht werden sollte. Die Budgetkommission könnte auch nichts daran ändern, daß in Kiautschou im vergangenen Jahre eine Epidemie ausgebrochen ist. (Lachen links.) Im übrigen habe ich mich gefreut, daß ich diesmal mit Herrn Eichhoff übereinstimmen kann in der günstigen Beurteilung der Art, wie dieses Schutzgebiet durch unsere Marine verwaltet wird. Ich möchte bitten, von einer Verweisung an die Kommission abzusehen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wir haben bei Ihrer Kolonialbegeisterung schon manches erlebt, aber der Gedanke, diesen Abschnitt der Beratung der Budgetkommission zu entziehen, übersteigt doch alles bisher Dagewesene. Hier handelt es sich um eine erhebliche Mehrausgabe, die unter keinen Umständen der Nachprüfung der Budgetkommission entzogen werden darf. Die Verweisung an die Budgetkommission ist von so grundsätzlicher Bedeutung, daß bei einem so schwach besetzten Hause am allerwenigsten dazu geraten werden kann, die zweite Lesung gleich im Plenum vorzunehmen.

Abg. Graf Noon (L) spricht sich gegen die Verweisung an die Kommission aus.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Bei Kap. 60 (Flotte und Werften) bemerkt

Abg. Singer (Soz.):

Es sei mir gestattet, zu diesem Kapitel einige Bemerkungen zu machen. Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß auf den Kaiserlichen Werften eine Dienstalterszulage eingeführt sei. Diese Dienstalterszulage erweist sich schließlich nur als Versuch, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Diejenigen Arbeiter, die fünf Jahre im Dienst der Werft gestanden haben, erhalten eine Alterszulage von sage und schreibe 6 M. Nach Ablauf von 25 Jahren ist das Höchstmögliche erreicht, es beträgt dann 25 M. Wenn ein Privatunternehmer eine derartige Zulage machen wollte, so würde er einfach ausgelacht werden. Man kann nicht behaupten, daß in der sozialen Fürsorge ein erheblicher Fortschritt gemacht ist, wenn man einer Arbeiterfamilie schließlich 25 M. Dienstalterszulage giebt. Dazu kommt, daß der Arbeiter, wenn seine Leistungsfähigkeit im Laufe der Zeit geringer wird, in eine niedrigere Lohnklasse versetzt wird. Und diese Zulage wird dem Arbeiter nicht etwa ausbezahlt, sondern sie wird auf einem Sparfassenbuch angelegt. Steht dann der Arbeiter 25 Jahre im Dienste der Werft, dann bekommt er das Geld auch nicht, sondern die Zulage wird nur bis zum vierten Teil sofort ausbezahlt, der Arbeiter könnte sonst zu verschwendisch leben. Die Bewilligung der Dienstalterszulage hängt auch von der Pflichttreue des Arbeiters ab. Nur die Arbeiter, die artig sind, erfreuen sich dieser Wohlthat. Wohl ist die Werftverwaltung so freundlich den Arbeitern, denen sie selbst kündigt und die später wieder bei ihr eintreten dürfen, die Zulage zu gewähren; nicht aber ist das der Fall bei den Arbeitern, die selbst gekündigt haben. Im Laufe der 25 Jahre werden die Zulagen nur in besonderen Fällen, aber die die Verwaltung selbst einsetzt, den Arbeitern ausbezahlt. Eine solche Dienstalterszulage, die noch dazu materiell so unbedeutend ist, kann als soziale Fürsorge nicht bezeichnet werden.

Es wird in den Werften auch darüber gesagt, daß die älteren, minderleistungsfähigen Arbeiter in niedrigere Lohnklassen versetzt werden. (Hört! hört! links.) Ein langjähriger Werftarbeiter, dessen Kräfte für seine Abteilung nicht mehr ausreichen, wird in eine andere Abteilung versetzt. In der ungewohnten Beschäftigung leistet er nicht, was dort üblich ist. Er kommt in die frühere Abteilung zurück, wird aber in eine niedrigere Lohnklasse versetzt. In einem anderen Fall wird ein Mann, der lange als Materialverwalter gedient hat, wieder seinem eigentlichen Beruf zugewiesen und an den Schraubstock gestellt. Er leistet hier nichts, kommt deshalb auf den Verwaltungsstellen zurück, aber bei geringerer Lohn. Das nennt man soziale Fürsorge, wenn man fleißigen Arbeitern auf ihre alten Tage geringeren Lohn zahlt. Die Werften sollten in der sozialen Fürsorge Musteranstalten sein. Daran scheint aber der Werftverwaltung nichts gelegen zu sein.

Es wird dann ferner mitgeteilt, daß in einigen Werkstätten Arbeiter bei einem Lohn von 2,40 M., 2,60 M. und 2,80 M. beschäftigt werden. Daß das kein Lohn ist, mit dem ein verheirateter Arbeiter auskommen kann, liegt auf der Hand. Ueberhaupt ist seitens der Werftverwaltung der Wunsch ausgesprochen, es möchten einheitliche Lohnsätze für ein und dieselbe Arbeiterkategorie eingeführt werden. Jetzt kann von der Werftverwaltung ein einmal zugestandener Lohn wieder reduziert werden. Da sollte die Werftverwaltung gründlich Wandlungen eintreten lassen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch einen anderen Punkt zur Sprache bringen, der auch ein merkwürdiges Licht auf die Art und Weise wirft, wie man auf Werften wirtschaftet. In Wilhelmshafen wurde kürzlich ein Vagabund an die Privatindustrie übertragen. Der betreffende Privatindustrielle beschaffte überwiegend vollständige Arbeiter, die auf den Schiffen wohnter und deshalb von dem Unternehmer billiger entlohnt wurden als die Werftarbeiter, die vorher das Vagabund ausführten. Aufgabe der Werftverwaltung dürfte es kaum sein, einen Teil des Betriebes an Privatindustrielle zu verpachten, nur um billiger dazu zu kommen. Die früher mit dem Vagabund beschäftigten Arbeiter kamen in andere Abteilungen und wieder zu niedrigeren Löhnen als sie bisher gehabt hatten. (Hört! hört! links.)

Bei diesen Zuständen muß ich der Werftverwaltung nahelegen, das zu sorgen, daß die Lohnverhältnisse der Arbeiter recht bald besser werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß die Werftverwaltung nicht in die Reihe derer eingetretten ist, denen die sociale Fürsorge für ihre Arbeiter am Herzen liegt. Es würde mich freuen, wenn nach diesen Verhandlungen die Werftverwaltung sich entschloße, mehr sociale Fürsorge den Arbeitern gegenüber walten zu lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Tirpitz:

Die Dienstalterszulagen sollen dem Arbeiter das Recht auf erhöhte Bezüge geben, ihn nicht mehr als freiwillige Gaben angewiesen sein lassen. Die Zulagen stellen sich wesentlich höher, als Herr Singer angegeben hat. Außerdem sollen die Zulagen den Sparsinn der Arbeiter anregen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen, daß sich die Arbeiter bei uns wohl fühlen. Bei der Verlegung in niedrigere Lohnklassen soll mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Ich habe eine dementsprechende Verfügung erlassen. Wenn aber die Leistungsfähigkeit des Arbeiters abnimmt, so ist es doch natürlich, daß sich der Lohn verringert. Mehr als mit großer Milde verfahren, kann eine Reichsverwaltung nicht thun. Die Werften haben sich noch nie gerühmt, Musteranstalten zu sein. (Lachen links.) Herr Singer sagte, die Arbeiter können wegen der Zulagen nicht von der Scholle weg, wenn sie das erreichen, so können sie für den Arbeiter doch nicht so wertlos sein. Die Verwaltung kann aber mit diesem Erfolge nur zufrieden sein. Im ganzen giebt die Marineverwaltung für die Alterszulagen 110 000 M. mehr aus.

Abg. Singer (Soz.):

Ein feinerer Kollege von uns, der Direktor von großen industriellen Anlagen war, hat einmal hier ganz offen geäußert: „Meine Herren, Sie können es mir glauben, die Fabrikanien machen mit den Wohlfahrtsanstalten das beste Geschäft.“ In dieses Wort würde ich erinnern, als ich die Entgegnung des Herrn Staatssekretärs hörte. Der Staatssekretär steht in der Alterszulage ein billiges Mittel, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Er will damit auch den Sparsinn der Arbeiter anregen. Die Arbeiter sind doch aber keine unmündigen Kinder, für die andre sparen müssen. Sie müssen über ihr Einkommen freies Verfügungsrecht haben. Der Staatssekretär hat sich dann offen zu dem Grundgesetz bekannt: Geringere Arbeitskraft, geringerer Lohn. Das ist ein recht verfehlter Standpunkt, bei dem es nicht darauf ankommt, ob der Staatssekretär persönlich wohlwollend ist oder nicht. Wie steht es denn bei den Beamten in dieser Beziehung? Bei den Beamten steigt das Gehalt mit den Jahren. In tro verminderter Leistungsfähigkeit werden die Beamten ganz abstrahiert so lange im Dienst behalten, bis sie das höchste Gehalt erreicht haben. Ueber die niedrigen, ganz unanständigen Löhne hat sich der Staatssekretär gar nicht geäußert. Er holt das hoffentlich noch nach. Weiter hat Herr Tirpitz gesagt, er habe sich noch nie gerühmt, daß die Werften Musteranstalten seien. Wir bedauern es lebhaft, daß der Staatssekretär dazu nicht in der Lage ist. (Heiterkeit.) Wir fänden es viel lieber, wenn die Werften wirklich Musteranstalten wären. Hoffentlich sorgt der Herr Staatssekretär dafür, daß er diesen neuen Rufm seinen übrigen Pflichten recht bald noch hinzufügen kann. (Heiterkeit und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Tirpitz:

Ich wiederhole, es handelt sich bei den Alterszulagen nicht um eine Wohlthat, sondern um ein Recht des Arbeiters. Die niedrigen Lohnsätze, die Herr Singer angeführt hat, treffen höchstens für Handlanger zu. Die Arbeiterauskünfte haben die Alterszulagen mit Dank begrüßt. Die Arbeiter sind nicht so ohne weiteres mit den Beamten zu vergleichen, zudem werden doch z. B. Offiziere, sobald ihre Arbeitskraft nachläßt, in ihren Bezügen vermindert.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Es ist wünschenswert, daß alte Arbeiter, die lange treu gedient haben, nicht in ihren Bezügen gekürzt werden. Der Herr Staatssekretär sieht ja der Frage wohlwollend gegenüber, es ist also zu hoffen, daß das von Herr Singer gestiefte Ziel erreicht wird. Ueber die Alterszulagen denke ich nicht so gering wie Herr Singer. Ich möchte schließlich den Staatssekretär fragen, ob es richtig ist, daß der Accordlohn nicht mehr als 30 Proz. den Tagelohn überschreiten darf.

Staatssekretär Tirpitz:

Es ist nicht richtig, daß die Accordlöhne herabgesetzt worden sind.

In demselben Kapitel beantragt die Kommission statt der für die Werften geforderten 45 Schuylente nur 42 zu bewilligen (neben zwei Wachmeistern). Das Hans beschäftigt debattellos demgemäß. Im übrigen wird das Kapitel bewilligt.

Im Kapitel „Vermessungswesen“ bemerkt

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.):

Ich habe eine Frage an den Herrn Staatssekretär. Ist es nicht möglich, während der großen Flottenaufbauten die Vermessungen einzustellen, wenn die Peilboote und Dampfmaschinen der Stationen abkommandiert sind? Die hohe Bedeutung der Küstenvermessung läßt mich gewiß, hängt doch die Sicherheit der Schifffahrt ganz wesentlich von der genauen Kenntnis der Küstenformation, Meeresströmungen, Meeresstiefen und vor allem der Beschaffenheit des Meeresbodens ab. Wenn aber diese Vermessungsarbeiten mit einzelnen unzulänglichen Fahrzeugen vorgenommen werden, ist es besser, sie für wenige Wochen einzustellen. Zu meiner Anfrage veranlaßt mich ein Unfall aus dem Jahre 1898. Am 25. August 1898 sanken an der kinautischen Küste nördlich von Königsberg die Vermessungsarbeiten der ersten Küsteninspektion mit einer zur Korvette „Oiga“ gehörigen Jolle vorgenommen werden. Die Peilboote und die Pinasse, die sonst hierzu dienen, waren damals an das Küsten-Bezirksamt 2 in Stettin wahrscheinlich zum Wandler abkommandiert. Die Jolle sollte 19 Mann aufnehmen. Der Kommandierende aber hatte schon die Unzulänglichkeit eingeschätzt und 2 Mann nach Cranz beordert. Die Jolle fuhr mit 11 Mann ab. Es ging auch so weit ganz gut. Aber als die überlabende Jolle um 3/4 Uhr nachmittags in Cranz landete und die Veranordnungen passierten wollte, kam eine sehr hoch auflaufende See hinter der Jolle her und warf sie über Bord. Die gesamte Besatzung fiel ins Wasser. Die Cranger Fischer kamen hinzu und retteten von der Mannschaft alle bis auf drei. Der Signalmann Dittmann aus Genu, der Obermatrose Walle aus Gleseth wie der Matrose Hofmann aus Willshaus fanden ihren Tod. Ich will der Marineverwaltung keinen Vorwurf daraus machen; es liegt im Dienst. Alle die Vorschriften sind, muß die Arbeit ausgeführt werden. Aber die Arbeiter müssen mit Fahrzeugen vorgenommen werden, die dazu befähigt sind. Ueber sollte man doch die Vermessungsarbeiten auf 2 oder 3 Wochen einstellen. In dieser Richtung sollte der Herr Staatssekretär eine Änderung eintreten lassen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Tirpitz:

Ich wäre dem Herrn Vorredner dankbar gewesen, wenn er mit diesem Fall nicht zwei Jähre gezwungen hätte. Soweit ich orientiert bin, kann ich folgendes sagen. Im allgemeinen werden Peilboote und Dampfmaschinen nicht zu den Mannschaften abkommandiert. Doch ist es möglich, daß es im Einzelfalle vorkommen ist. Dieser Umstand hat aber mit dem Sinken der Jolle nichts zu thun. Ueberladen war dieselbe nicht. Inwiefern der betreffende Vorredner, der ja mit ungelassen ist, einen Versuch gemacht hat, durch die Veränderung zu kommen, der besser unterblieben wäre, ist jetzt nicht mehr zu entscheiden. Jedenfalls hat es ganz in seinem Ermessen gestanden, ob er die Vermessungsarbeiten hat fortsetzen wollen oder nicht.

Der Rest der „fortdauernden Ausgaben“ wird hierauf bewilligt.

Es folgen die „einmaligen Ausgaben“.

Unter „Verschiedenes“ werden zur Gewährung von Beihilfen an die Gemeinden Gaarden und Ueberbed 25 000 Mark gefordert.

Dazu beantragt die Kommission folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu eruchen, die Beihilfen für die Gemeinden Gaarden und Ueberbed dem Bedürfnisse entsprechend zu erhöhen.

Die Abgg. Dr. Stockmann (Sp.) und Genossen beantragen folgende Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag möglichst noch in dieser Session einen Bescheidentwurf vorzulegen, durch welchen die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den kommunal-lastigen grundsätzlich anerkannt und gleichseitig der Maßstab festgestellt wird, nach welchem die Beitragspflicht zu bemessen ist.

Abg. Stockmann (Sp.) bittet seinen Antrag anzunehmen, der allein den Gemeinden dauernd Nutzen bringe. Wenn das Reich durch Errichtung ungeheurer Betriebe Unmassen von Arbeitern den Gemeinden zur Last stellen läßt, so ist es auch ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß das Reich zu den kommunal-lastigen herangezogen werden darf. Das ist aber bisher nicht möglich, es liegt daher ein dringendes Bedürfnis nach dem von uns vorgeschlagenen Gesetz vor. Geh. Rat Plate: Der Wunsch nach Heranziehung der Reichsbetriebe zu den kommunal-lastigen ist leicht ausgesprochen, aber schwer zu erfüllen. Die Betriebe in Gaarden und Ueberbed sind keine

Gr. Verbetriebe. Deshalb ist die Grundlage für die Heranziehung zur Steuer so schwer zu finden. Doch der Wunsch der Billigkeit entspricht, unterliegt keinem Zweifel.

Abg. Dr. Vachnig (fr. Sp.): Mir scheint weniger die Grundlage als der gute Wille zu fehlen. Nehmen Sie doch die Kopfzahl der Arbeiter zum Maßstab. Wir unterstützen den Antrag Stadtmann.

Abg. Stadtmann (Rp.): Wir wünschen die Heranziehung der Reichsbedriebe nach dem Muster von Preußen. Die Grundlage für die Steuer kann man vielleicht dadurch gewinnen, daß man Wert der geleisteten Arbeit bemisst. Ich denke nur daran, Betriebe eine Steuer aufzuerlegen, die Arbeiter herstellen, die sonst in der Privatindustrie hergestellt würden. Post und Telegraphie würden natürlich ausgeschlossen bleiben.

Abg. Graf Stolberg-Bernigerode (l.): Wir werden für den Kommissionsantrag, aber nicht für den Antrag Stadtmann stimmen. In den Gemeinden Gaarden und Ellerbae besteht ein Notstand, der im allgemeinen nicht vorhanden ist. Die meisten Kommunen würden es sehr schmerzlich empfinden, wenn die Betriebe verlegt würden. Die Gemeinden reihen sich um solche Betriebe und können schon deshalb kein Recht auf Steuer erheben.

Abg. Kirch (C.) hält es nicht für zweckmäßig, eine so wichtige Frage hier so aus dem Stegreif zu entscheiden.

Abg. Dr. Zettler (natl.) hält es für das Beste, den Antrag Stadtmann der Budgetkommission zu überweisen. (Zuruf: Dort ist er ja lang und breit verhandelt worden. Weiterheit.)

Abg. Zinger (Soe.): Was in den Einzelstaaten möglich ist, muß auch im Reich möglich sein. Wir unterstützen den Antrag Stadtmann, dessen Tendenz wir durchaus billigen. Petitionen ähnlicher Art sind übrigens schon mehrfach dem Reichskanzler vom Hause zur Berücksichtigung überwiesen worden. Die Einwände des Grafen Stolberg sind hinlänglich. Die Gemeinden müssen nachgehenden Aufwendungen machen. Wenn sie dann vor die Frage gestellt werden, ob diese Aufwendungen umlos vertragen werden sollen, wollen sie natürlich von einer Verlegung der Betriebe nichts wissen.

Abg. de Witt (C.) erklärt für seine Person, für den Antrag Stadtmann stimmen zu wollen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) konstatiert zunächst, daß der Antrag Stadtmann die Budgetkommission noch nicht beauftragt habe und beantragt Verweisung des Antrags an die Kommission. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, werde er für den Antrag Stadtmann stimmen, dessen Tendenz er billigt.

Die Resolution der Budgetkommission wird einstimmig angenommen.

Die Ueberweisung des Antrags Stadtmann an die Budgetkommission wird abgelehnt, der Antrag wird vielmehr sofort im Plenum angenommen.

Der Rest der „Einmaligen Ausgaben“ wird debattelos bewilligt, ebenso die Einnahmen.

Es kommt nur der Antrag Sidhoff (fr. Sp.) auf Verweisung des Etats für 1900 an die Budgetkommission zur Abstimmung. Der Antrag wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, Stempelabgaben usw.)

Schluß 3 1/4 Uhr.

Arbeiter-Sanitätskommission.

Also eine Krankenhausnot giebt's nicht in Berlin — Herr Bail hat's gesagt und an einem Stadtratswort soll man nicht denken. 100 Betten und mehr stehen noch täglich zur Verfügung und alle gegenteiligen Nachrichten in der Presse entstammen lediglich der Phantasie gewissenloser Zeitungsschreiber, welche damit „eine ganz bestimmte Absicht“ verfolgen (ergänzen wir — unserer unangelegentlich Stadtverwaltung etwas am Neuge zu fassen) und „aus ein und dieselbe“ (ergänzen wir — socialdemokratische) „Duelle“ zurückzuführen.

Dah heute trotz des beständigen Bevölkerungszuwachses in allen Berliner Krankenhäusern zusammen weniger Betten als vor zehn Jahren vorhanden sind, ist zwar unbestreitbare Tatsache, die allein genügt, um eine Krankenhausnot zu bedingen, aber Herr Bail weiß davon nichts.

Und daß wir seit ebenfalls 10 Jahren in den Monaten November—Februar eine erhöhte Erkrankung- und Sterblichkeit durch die Influenza haben, ist nicht etwa ausreichende Erklärung für die stärkere Inanspruchnahme der Anstalten zur Winterzeit, sondern das kommt lediglich von nicht kranken, sondern arbeitslosen Volk, welches sich an den wellberühmten Pfeilstöpseln der städtischen Krankenhäuser gütlich thun will. Beiläufig gesagt: ein artiges Kompliment das, für die Ärzte innerhalb und außerhalb der Krankenanstalten: nur auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung (des Armen-, Kassen- oder Privatartzes) resp. auf Grund einer Untersuchung seitens des Krankenhausarztes erfolgt doch die Aufnahme. Wir schlagen Herrn Bail eine Anfrage bei den Ärzten vor: In wie vielen Fällen wurden den Anstalten überwiesene Kranke vorzeitig entlassen, ohne arbeitsfähig zu sein, und wie viele von diesen erlitten in unzureichender häuslicher Pflege sofort wieder eine Verschlechterung ihres Befindens? Wie viele zur Ausnahme Empfohlene wurden abgewiesen und in wie vielen Fällen nahmen die Ärzte von vornherein davon Abstand, Kranke den Anstalten zu überweisen, weil ihnen die Ueberfüllung derselben bekannt war?

Bei der Gelegenheit könnte Herr Bail, der sich darüber beklagte, daß von den Ärzten häufig Sätze der Hospitäler überwiegen würden, welche besser und Sicherer als gebühren, zugleich erfahren, mit welchen Schwierigkeiten sie und die Angehörigen solcher Sätze zu kämpfen haben, wenn sie die Aufnahme ins Städtchen beantragen.

Glauben Herr Bail und die Krankenhaus-Deputation wirklich, mit der einfachen Ablehnung der Ueberfüllung und der Verdächtigung der Presse die Sache aus der Welt zu schaffen?

Seit unsrer letzten Veröffentlichung im vergangenen Jahr sind uns wieder eine große Reihe von Beschwerden über ungeheure, nasse Wohnungen zugegangen, von denen einige hier Platz finden mögen:

Schliemannstraße 22, der parterre links gelegene Laden und Stube sind kalt und naß, die Wände und Möbel mit Schimmel befallen. Nachdem die früheren Mieter, deren drei Kinder erkrankten, endlich nach zwei Monaten es durchgesetzt hatten zu ziehen, sind andere ein- und nach 14 Tagen wieder fortgezogen.

Reichenbergerstr. 181, Hof 2, Aufg. I 4 Tr., nasse Wohnung. Nach Mitteilung der Gesundheitsbehörde entließ der Wirt den Mieter aus dem Kontrakt.

Gartenstr. 50 im Quergeb. 3 Tr. nasse Wohnung, aus Stube und Küche bestehend. Die Tapeten fallen von den Wänden und sind mit Pilzen bedeckt. Die Wirtin entläßt den Mieter nicht aus dem Kontrakt, hat einen Teil der Möbel einbehalten, 1 und 2 Treppen dieselben kalten, nassen und gesundheitsgefährlichen Wohnungen. Die Bewohner kränkeln.

Sachsenberg, Margaretenstr. 7, Hof 1 Tr. Im ganzen Hause vom Keller aufsteigende Nässe. Stockflecken an den Wänden, Schimmel im Fußboden, muffiger Geruch.

Charlottenburg, Luthersstr. 50, Hof rechts parterre. In ebener Erde gelegene Gartenwohnung, dunkel und naß, mit Schimmel an den Wänden und schlechter Luft. Die Bewohner kränkeln und dürfen nach langen Bemühungen bei Wirt und Polizei jetzt ziehen.

Welle-Allianzstr. 96, die Schlafstelle für zwei Schlächter im Ankergebäude eine halbe Treppe, besteht in einem Bett in einem Raum, dessen Höhe 1,75 Meter ist.

Gräferstr. 25, Ecke Müllenhoffstraße. Eine Mieterin wies häufig den Unrat, der in den Müllkasten gehört, zum Fenster hinaus und verunreinigt damit die Straße und die auf den Hof hinausgehenden Badwaren der darunter befindlichen Bäder. Beschwerden bei der Polizei bisher fruchtlos.

Weiter sind uns aus Fabriken und Werkstätten eine Reihe von Klagen zugegangen, deren Prüfung zum Teil unmöglich gemacht wurde, da unsere Controlleuren der Zutritt verweigert wurde.

Ueber Mangel an Trinkwasser klagen die Arbeiter in dem Fabrikgebäude Raunysstr. 68. Das Gebäude, hat seine eigene Leitung aus einem Wasserbassin auf dem Boden; das Wasser soll ungenießbar sein. Auch über das Wasser des Hofbrunnens wird geklagt.

Ueber mangelhafte Klosett-Einrichtungen klagen die Arbeiter der Fabrikgrundstraße

Petersburgerstr. 86 im 2. Hof, 1 Klosett für einige 30 Arbeiter, darunter etwa 20 minderjährige und 2 Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren. Das Klosett grenzt unmittelbar an den Klosettflur. Außerdem besagen sich die Arbeiter der dort befindlichen Cellulose-Fabrik von Döbdelein über die Enge der Räume; alle Gänge seien so verstellt, daß bei Feuergefahr Rettung kaum möglich sei;

Königsbergerstr. 7, 2. Hof. In der Glasmalerei und Kunstglaserie von Markus befindet sich das Klosett im Arbeitsraum und verpestet die Luft, umso mehr, als die Fenster nicht geöffnet werden sollen und sich keine andere Ventilation in der Werkstatt befindet. In der Werkstatt werden Scheiben zugeschnitten, in Viel gefäht und gelötet, die dabei sich entwickelnden giftigen Gase finden keinen Abzug, ebensowenig wie der feine Staub, der sich massenhaft am Boden mit Schlemmcreide und Sägespänen entwickelt. Handtücher und Seife werden nicht geliefert.

Noch aus 2 andren Glas-Werkstätten sind uns Klagen über den gesundheits-schädlichen Betrieb zugegangen: Aus der Glasmalerei von Heideprim, Brandenburgstr. 21. Beim Glasblasen entwickeln sich saure Gase, so daß die Fenstergehänge blind werden. Diese Dämpfe müssen die Arbeiter einatmen, ebenso wie die Jim- und Weidämpfe, wenn in der Werkstatt gegossen wird. Letzteres müßte ebenso wie das Metallbrennen im Ofen in einem besonderen Raum mit Abzug (Keller) vorgenommen werden, wenn es die Gesundheit des Arbeiters nicht schädigen soll.

In der Werkstatt des deutschen Luxer-Brismen-Syndikats, Ritterstraße 26 soll ebenfalls die Ventilation mangelhaft sein, so daß die beim Löten und Galvanisieren sich entwickelnden Gase nicht genügend abziehen können. Auch hier wird zuweilen in einem eisernen Ofen im Arbeitsraum Blei gegossen. Ein besonderer Speiseraum existiert nicht, auch ist nicht für genügende Waschgelegenheit und Handtücher gesorgt.

Für die Arbeiter-Sanitätskommission gingen im vergangenen Jahr ein: 5 B. von der Central-Hilfskasse der Schuhmacher.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Parteigenossen die Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schneider **Oskar Schindler** am 1. März verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. März, um 11 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs zu Friedrichshagen statt.
Hochachtungsvolle Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein beehrter Vater, unser hochachtungsvoller, unser hochachtungsvoller Vater, der Metallarbeiter **Hermann Weber** am 28. Februar, abends 9 Uhr, nach langen schweren Leiden verstorben ist. Alle die untern Leuten Entschlafenen können, werden unsere großen Schmerzen empfinden. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. März, um 11 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofs zu Friedrichshagen statt.
Marie Weber, geb. Bartels, nebst Kindern Willy u. Lucie, Grunewald, G. 5.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, welche bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Metallarbeiters **Wilhelm Lottorf**, die letzte Erde erwiesen haben, insbesondere dem Vorstand der Metallarbeiter, sowie dem Gesangsverein, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.
Ww. Sophie Lottorf geb. Hertel.

Nur 4 Mark
Recht sehr groß zu empfehlen, alle Reize zu beseitigen, schone Reize, 7-10 Mark für 10 Mark H. Oberwall, auch Kammeranzelle, Valeriotrefe, Eisenrefe, so lange der Bedarf reicht.
im Nierenstofflager
14 Kranen-Strasse 14, 1 Tr.
Kein Laden. 378L

Für die streifenden und ausgeperrten Tischler
gingen folgende Beträge ein:
Lindemannstr. 200, —, Geburts-
tagfeier Pfaffe von Bredow 2,50,
Festlo 5, —, Tischlerin Heine 4,50,
Sänger 16, —, Neumann u. Bauer
20, —, Schubert 9, —, Triebel 4, —,
Reichmann, Scholtenstr. 8,50, Otto
Abgeleiteter 0,50, Bodenleger 100, —,
Montefario, Schuberger 2,50, Tisch-
lerin Gratz 8,50, Sanger 10, —,
Hicke, Rasthor.

Gardinen-Fabrik
von **Bruno Güther,**
80 Grüner Weg 80, parterre,
(Eingang vom Fux)
kein Laden,
verkaufte in meinem seit 31 Jahren
bestehenden
Special-Gardinengeschäft
500 bis 1000 Reize in Zwirn, Mull,
Zell und malische Gardinen, 1 bis
4 Fenster passend,
spottbillig
um damit zu räumen.

Pflanzendünger.
Wem seine Pflanzen lieb sind,
düngt nur mit Hallmayer's.
Es ist rein, geruchlos, lo-
sentlicher, lauter Dünger.

Laabs
Eisenerstr. 39.
Behandlung aller Haut-, Genu-
und Blasenleiden
ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst. 9-2, 6-9.
Freitag und Sonntag nur 9-2.
Verband-Martin's Grunewald.

Linde* giebt dem Kaffee nicht nur eine schöne Farbe, Essenz sondern auch einen exquisiten Geschmack.

Restaurant Wüggelshlöbchen
bei Friedrichshagen.
Vorläufige Anzeige
für die Herren Vereinsmitglieder, daß ich auch Sonntags meinen neuen großen Saal (ebenso groß wie der alte bekannte) unentgeltlich an Vereine und Gesellschaften verleihe. Die geschätzten Vorstände jeder zum Beluche freundlich ein.
G. Ritz.

Redacteur gesucht.
Die Stelle des **I. politischen Redacteurs** an unserer Zeitung ist vakant und baldigst zu besetzen. Bewerber wollen ihre Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Thätigkeit umgeben an den Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dresden-A., Zwingerstr. 22, richten.

Konkursmassen-Verkauf.
Aus der **Bamminer & Bröckerschen Konkurs-** masse, hier, Fruchtstr. 35, sollen die vorhandenen Möbel, Werkzeuge, Journiere, Holz usw. bei annehmbarer Gebot freihändig verkauft werden.
Nähere Auskunft erteilen **Pristaff & Bieger**, Fruchtstr. 35.
Berlin, den 2. März 1900,
Rönigerstr. 61.
Bohme,
Konkursverwalter.

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne besichtigt sofort **KROPP'S Zahnwalle** (70% Carboradwalle) in einer Flasche 4 SO3 zu haben in allen Drogerien. **Hans Kayser** Götliner Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Blasen- und Genuleiden ohne Berufs-
scheidung. 3575L.
Sprechstunden 9-2, 6-9.
Bei Fortziehung der Verhandlungsarten 10 Proz.

30 Mark!!
elegante
Herren-Anzüge
nach Mass
30 Mk.
hochfeine
Sommer-Paletots
nach Mass.
Für 10 Mark hochelegante Bein-
kleider nach Mass. (377L)
guter Stoff, tadelloser Sitz.
Riesentofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Genu- u. Blasenleiden.
Frauen-Krankheit, heißt immer ohne Berufs-scheidung. (3444)
R. Wagner, Wallstraße 23, 9-2, 5-9, 11-3

3000 Mark Belohnung!
Am 13. December v. J. wurden uns allein über 1100 Stück Zithern bestellt und zahlen wir obige Belohnung jeder hiesigen Konkurrenzfirma, die uns nachweisen kann, daß ihr jemals die gleiche Anzahl von diesen Instrumenten bis dahin in einem einzigen Tage bestellt worden ist. Es ist dieses wohl der beste Beweis für die Güte unserer Instrumente und den heillossten Umfang unserer Geschäfte.
Unsere Harmonikas mit gewaltig geschulten Neuhölzern sind unübertroffen, stark und solide gebaut und kosten mit sämtlichem Zubehör mit 10 Tasten in garantiert Echtheit nur noch 4 1/2 Mk., Schräge 7 1/2 Mk., Gebirge 11 1/2 Mk., 2 rechte mit 15 Tasten, 4 Bässen 8 1/2 Mk., mit 21 Tasten 10 Mk., sämtliche in- und voll-
ständige mit ständigem Tremolando-
Zitter-Register und voll-
ständiger Zitter-Apparat in allerbesten Ausführung 30 Pfg. oder mit vorzüg-
licher Glockenbegleitung 30 Pfg. extra. Versand gegen Nachnahme, Paris **Kein Risiko.** Unentgeltlich Geld zurück.
30 Pfg. Schale gratis.
wenn unsere Instrumente nicht gut klingen. Bestellen Sie stets zuerst gratis und trackt unsere Preisliste, wenn Sie noch nicht überzeugt sind, bei uns thät-
sam zu sein und billiger zu kaufen.
Herfeld & Comp., Neuenrade (Westfalen.)
Thatsächlich größte Harmonika-Fabrik am Platze.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die **Leberhose Herkules** tragen.
Klein-Verkauf. Sehr kurze Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hüften u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nicht heiß u. Rapp-
nähte. Beste Leder-Bügel-Zeichen, die Hofe
(bei Entnahme von) **4 Mk. 50**
(6 Stück 26 Mk.)
Gibt indigoblaues Fadent für
Wäscheleinen, Monture etc. 1 Mk. 90
Gibt indigoblaue Hofe bis 1 Mk. 50
Prima Randscheife Hofe 8, —, 5,50, 3,50
Bestimmter Randscheife Fadent 14, —, 9, —
Kerze u. Mittel, gebildet Kessel 2 Mk.
Waler-Mittel in Weizen-Mehl 2 Mk. 25
Mechanischer Mittel (Kraus) 2 Mk. 40
Weißes Leder-Kaffee, ge-
färbter, zweifach 7 Mk. 50
Weißes Leder-Hofe, Prima
Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussee, 21a. Branderstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 14te Schular-Festliche 1900
über gelandete Herren- und Damen-Be-
kleidung (Kaufge 1 Million) ist er-
schienen und wird schnell und portio-
frei zugelandet. 34572
Verband von 20 Mk. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Str. u. Hausnummer u. Schriftlänge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 3. März.

Opernhaus. Die Stumme von Portici. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Der Eisenbahn. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Probenabend. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7 1/2 Uhr.

Rosam. 3 Uhr: Amphitryon. 8 Uhr: Polentanz.

Neues. Radae Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Der Probenabend. Anfang 8 Uhr.

Wesien. Der Gardier von Sevilla. Hierauf: Die schöne Galathee. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reißens. Die Dame von Karim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen. Drei Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weisk. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr.

Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Kotschöpfchen.

Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Dame von Karim und der Probenabend. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verleiht Welt. Anfang 8 Uhr.

Spolka. Spezialitäten: Vorstellung. Am Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.

Polak. Spezialitäten: Vorstellung. Großes Hochler - Jubel - Fest. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Hranis. Invalldenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Im Hörsaal: Dr. Donath: Röntgenstrahlen.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Probenabend.
Lustspiel in 4 Akten von D. Blumenthal.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
In Behandlung.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Probenabend.

Belle-Alliance-Theater.
Gesp. des J. Hoffmanns
Emil Richard.
Novität: Die Reise nach Amerika.
(Durchschlagender Erfolg der Saison).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr (ermäßigte Preise): Ganze Räte oder Te luste Jubel.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Riefenlacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Dietscher, Schneider,
Junkermann, Baustillker.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Metropol-Theater.
Täglich um 9 Uhr 30:
Verkehrte Welt!
mit der hochbegabtesten
Weiber-Parade.
Vorher: Das große März-Spezialitäten-Programm:
The 8 Diamants,
Deltorelli Trio, Fred Gillet,
Sandor Trio, Georg Kaiser,
The Dayton, Mary Wolf
etc. etc.
Anfang an Wochentagen um 8,
an Sonntagen 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute Sonnabend, den 3. März:
Gr. Bockler-Jubel-Fest.
Extra-Vorstellung und Tanz.
Große Gratis-Preisverteilung
an die drei schönsten Damen und drei
schönsten Herren nach dem Urteil von
12 Damen und 12 Herren mit dem
Publikum. - Um 8 1/2 Uhr Wieder-
auftreten des Fr. Wih. Fröbel
in der unvergleichlichen Gesangs-
darstellung
Der seltsame Zwieselmann.
Hauptrollen: Dr. Winkler u. Fröbel.
Durchweg neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. - Tanz 11 Uhr.
Vorverkauf von 11-1 Uhr. Besucher
der Vorstellung haben Frei-Tanz-
Ehren, Vorsorgekarten und Gutscheine
sind gültig.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“
Hörsaal:
Dr. Donath: Röntgenstrahlen.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Öffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Neueste Sensation!
Katakomben
zu Palermo.
Anatomisches Museum
Dienstage für Damen.
Passage-Theater
15 erstklassige Debüts.
Vorstellung von 7 bis 10 1/2 Uhr.

CASTANS
PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe.
(La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vor-
spiel von Erdmann und Sturgh.
Musik von Ed. Aubran.
Morgen und folgende Tage: Die
Puppe (La Poupée).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben
Preisen: Die Fledermaus von
Johann Strauß.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung zu
kleinen Preisen: Kotschöpfchen.
Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Morgen und folgende Tage: Von
Stufe zu Stufe.

W. Noacks Theater,
Strunnenstr. 16.
Heute Sonnabend, den 3. März:
Wegen Privatfälligkeit
keine Vorstellung.
Sonntag:
Familie Buchholz.

Apollo-Theater.
! Neue Debüts!
Nittes dreifache Stunde.
Piccolos Miniatür-Terzett.
Lucy Nannon, französische Soubrette.
Die 3 Harwen, Traubentänzer.
Nanomarinoff, russisches Ensemble.
Brothers Braas, Gantlirschen.
Charles Kämpfle, Minier.
Messers-Kosmograph,
Tramböck-Bilder.
Um 9 Uhr:
Im Reiche des Indra.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Eintritt 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.



Wiederauftreten von
Freiz Steidl.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute Sonnabend wegen
Bereinsfälligkeit:
Keine Soirée.
Sonntag, den 4. März:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Grössartiges Programm.
Nach der Soirée:
Tanzkränzchen.



Kösliner Hof
Köslinerstr. 8.
Jeden Sonntag: Ball.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 3. März,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
**15. Grande Soirée High-
Life.** Gala-Programm.
Kolojaler Erfolg d. neuen Programms.
Unter anderem: Der phänomenale
Reitkünstler **Mr. Wilkes Loyd**,
der fliegende Jodel. Die neuesten
Original-Dressuren des Direktors
Albert Schumann, der Schöpfer aller
neuen Dressuren.
Zum Schluss: Zum 28. Male:
Dr. Faust.

Dr. Faust.
Einer romantisch-phantasievolle Handlung
in drei Akten von Goethe.
mit einer
musikalischen Ausstattung
von **A. Siems.**
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm.
3 1/2 Uhr: Im Wehnachtsbazar oder:
Die Puppenkönigin. Abds. 7 1/2 Uhr:
Dr. Faust. Nachmittags 1 Kind frei.

Cirkus Busch.
Nur noch kurze Zeit!
Heute Sonnabend, den 3. März, abends
7 1/2 Uhr: **High Life Evening.**
Die Camorra. Außerdem: Sign.
Ricardo mit seiner dreifachen Reute.
Die weisse Dame zu Pferde. Herr
Burkhardt-Football auf „Rackolo“.
Gauisch. Karnavalszug von 30 Hengsten,
2 Elefanten u. Hr. Charles Clarke.

Concordia-Garten zum
Wasserwerk,
Landsberger Chaussee Nr. 1.
Zaal frei zu Vorstellungen.
Jeden Sonntag: 82227
Großes Konzert.
Pipenhagen.
Eintritt frei.

Achtung, Holzarbeiter
Westen und Süd-Westen!
Sonntag, den 4. März, vormittags 1 Uhr, bei Habel,
Bergmannstr. 5-7:
Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit der Rößelkötter und die jetzige Situation. 2. Dis-
kussion. 3. Berichtlesen. 80/5
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Eröberwältigung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Charlottenburg.)
Am Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal
des Herrn Wernicke, Wiemarstraße:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Aussperrung der Kollegen am Orte und unsere Stellung dem-
gegenüber. 80/5

Achtung! Lederarbeiter Berlins.
Dienstag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Cranz
(Victoriagarten), Badstraße 12:
Große öffentliche Versammlung
aller in der
Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
(als: Beizgerber, Voglergerber, Lederfärber, Jurist und Berufsgenossen).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Körsten über: Die wichtigsten Be-
stimmungen des Invalldenstr. 57/62. 2. Kassensbericht vom Vertrauens-
mann. 3. Kassensbericht der Revision. 4. Stellungnahme zum 1. Mai.
5. Generalschaftliches und Berichtlesen. 103/2
Kollegen, agitiert recht kräftig für einen zahlreichen Besuch zu
dieser Versammlung, beweist durch Euer allgemeines Erscheinen, daß Ihr
noch ein Interesse besitzt für derartige hochwichtige Vorträge.
Der Vertrauensmann.

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 6. März cr., abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung
im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Kaffeehaus der Kandidaten für den Verbandstag. 2. Kaffeehaus
vom Siedererzweigen. 3. Beratung der Anträge zum Verbandstag.
4. Verbandsangelegenheiten und Berichtlesen. 23/11
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird
dringend ersucht. Die Ortsverwaltung.
Billets a 75 Pf. zur Treptower Sternwarte sind in unserem Bureau,
Knechtstr. 50, zu haben.

Sonnabend, den 24. März cr.:
Feier des XIII. Stiftungs-Festes
in Kellers Festh. Kopenstr. 29.
Großes Vokal- u. Instrumental-Konzert
(Neues Berliner Konzert-Orchester), Dirigent: Herr Tieß, unter Mitwirkung
des „Buchbinder-Männerchor“.
Festrede, gehalten vom Reichstag-Abgeordneten Rosenow.
Auftreten des beliebten „Ulk-Trio“.
Billets 20 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach dem
Konzert: Großer Ball in beiden Sälen.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billets sind in allen Zahlstellen sowie in unserem Bureau zu haben.

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, in Cohus
Festh. Bernstr. Nr. 19-20:
Ausserordentl. Generalsversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Link. 2. Beschlußfassung
betreffs Anteil von 500 M. zum Gewerkschaftshaus. 138/6
Der Vorstand.

Achtung!
Dienstag, den 6. März cr., abends 8 Uhr:
Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
im Saale der Arendschen Brauerei, Turmstr. 25/26.
Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl im 44. Kommunal-Wahlbezirk.
Referent: Genosse Dr. Arons. 2. Diskussion. 210/12
Wähler des 44. Wahlbezirks, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
Das Wahlkomitee.

Metallarbeiter!
Dienstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81
und Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, in Balkquieders Saal, Badstr. 16:
2 große öffentliche Versammlungen.
Tages-Ordnung:
Das Attentat der „Kühnemann“ auf den Neunhunderttag durch den Beschluß auf
allgemeine Wiedereinführung der 10stündigen Arbeitszeit. Referent: Otto Käther.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonntag, den 4. März 1900, vormittags 10 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
für sämtl. in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Lokal des Herrn Stechert, Audreaststraße 21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Lage der deutschen Musikinstrumenten-Industrie. 2. Der Ausfall der Berliner Holz-
arbeiter. 2. Diskussion. 141/8
Der Gang der Situation erfordert die Anwesenheit sämtlicher Kollegen, sowohl der organisierten wie der
unorganisierten. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Former.
Sonntag, den 4. März 1900, nachmittags 4 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Große öffentl. Versammlung
der Former und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Kollegen Warnst und Gathelt über: „Das Unfall-
Urtel und Invalldenstr.“ 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Theodor Schwarz aus Lübeck ist anwesend. 61/1
Frauen haben Zutritt.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Um guten Besuch, auch von Seiten der Damen, bittet **Der Einberufer.**

Verband der Möbelpolierer.
Heute, Sonnabend, in Kellers Festh. Kopenstr. 29:
Grosser Wiener Masken-Ball.
Billets sind noch in den Zahlstellen sowie bei bekannten Kollegen zu
haben. Arbeitslose Kollegen haben gegen Vorzeigung ihrer Kontrollkarte
freien Eintritt. 145/17

Achtung! Böttcher.
Dienstag, den 6. März 1900, nachmittags 2 Uhr, bei Nümann,
Brannenstr. 188:
Oeffentliche Böttcher-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Der Central-Arbeitsnachweis der Ring-
brauereien. 3. Bericht des Generalschafts über den Janung. 3. Ber-
schiebenes. 39/4
Billets eines jeden Kollegen ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 6. März 1900, abends 7 Uhr,
im Lokale des Herrn Töpfer, Ober-Schönweide, Eimendstraße 5-6:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über: „Moderne Gewerkschaftsbewegung
und christliche Arbeitervereine.“ Einleitung durch den Kollegen F. Schlegel.
2. Verbandsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder und Berichtlesen.

Achtung, Rohrleger!
Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Dieke, Kefstr. 128:
Morgensprache.
In Rixdorf findet jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats
bei Dreher, Zieherstr. 69, Morgensprache statt.
Achtung, Klempner Moabits!
Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Farr, Patisstr. 10:
Morgensprache.

Achtung, Former!
Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 20:
Vertrauensmänner-Konferenz.
Jede Gheseret muß vertreten sein. 111/6
Die Ortsverwaltung.

Zum Landbau!
Gebrauchtes Kantholz, Bretter,
Latten, Weiden, Tähren, Reiser, Dach-
pappe, Zier, billig. **M. Rühle.**
Kottbuser Damm 22. 262/2

Offend-Oberhöneweide.
Restaurant Sporthaus.
Gast-Berliner, Gesellschaften in Saal
Garten, Regeld. u. Kaffee. Dohslaw

Achtung! Moabit!
Dienstag, den 6. März cr., abends 8 Uhr:
Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
im Saale der Arendschen Brauerei, Turmstr. 25/26.
Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl im 44. Kommunal-Wahlbezirk.
Referent: Genosse Dr. Arons. 2. Diskussion. 210/12
Wähler des 44. Wahlbezirks, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
Das Wahlkomitee.

Metallarbeiter!
Dienstag, den 6. März, abends 8 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81
und Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, in Balkquieders Saal, Badstr. 16:
2 große öffentliche Versammlungen.
Tages-Ordnung:
Das Attentat der „Kühnemann“ auf den Neunhunderttag durch den Beschluß auf
allgemeine Wiedereinführung der 10stündigen Arbeitszeit. Referent: Otto Käther.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonntag, den 4. März 1900, vormittags 10 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
für sämtl. in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Lokal des Herrn Stechert, Audreaststraße 21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Lage der deutschen Musikinstrumenten-Industrie. 2. Der Ausfall der Berliner Holz-
arbeiter. 2. Diskussion. 141/8
Der Gang der Situation erfordert die Anwesenheit sämtlicher Kollegen, sowohl der organisierten wie der
unorganisierten. **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Former.
Sonntag, den 4. März 1900, nachmittags 4 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Große öffentl. Versammlung
der Former und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Kollegen Warnst und Gathelt über: „Das Unfall-
Urtel und Invalldenstr.“ 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Theodor Schwarz aus Lübeck ist anwesend. 61/1
Frauen haben Zutritt.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Um guten Besuch, auch von Seiten der Damen, bittet **Der Einberufer.**

Verband der Möbelpolierer.
Heute, Sonnabend, in Kellers Festh. Kopenstr. 29:
Grosser Wiener Masken-Ball.
Billets sind noch in den Zahlstellen sowie bei bekannten Kollegen zu
haben. Arbeitslose Kollegen haben gegen Vorzeigung ihrer Kontrollkarte
freien Eintritt. 145/17

Achtung! Böttcher.
Dienstag, den 6. März 1900, nachmittags 2 Uhr, bei Nümann,
Brannenstr. 188:
Oeffentliche Böttcher-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Der Central-Arbeitsnachweis der Ring-
brauereien. 3. Bericht des Generalschafts über den Janung. 3. Ber-
schiebenes. 39/4
Billets eines jeden Kollegen ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 6. März 1900, abends 7 Uhr,
im Lokale des Herrn Töpfer, Ober-Schönweide, Eimendstraße 5-6:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über: „Moderne Gewerkschaftsbewegung
und christliche Arbeitervereine.“ Einleitung durch den Kollegen F. Schlegel.
2. Verbandsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder und Berichtlesen.

Achtung, Rohrleger!
Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Dieke, Kefstr. 128:
Morgensprache.
In Rixdorf findet jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats
bei Dreher, Zieherstr. 69, Morgensprache statt.
Achtung, Klempner Moabits!
Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Farr, Patisstr. 10:
Morgensprache.

Achtung, Former!
Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 20:
Vertrauensmänner-Konferenz.
Jede Gheseret muß vertreten sein. 111/6
Die Ortsverwaltung.

Zum Landbau!
Gebrauchtes Kantholz, Bretter,
Latten, Weiden, Tähren, Reiser, Dach-
pappe, Zier, billig. **M. Rühle.**
Kottbuser Damm 22. 262/2

Offend-Oberhöneweide.
Restaurant Sporthaus.
Gast-Berliner, Gesellschaften in Saal
Garten, Regeld. u. Kaffee. Dohslaw

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133.

Rosenthalerstr. 27/29 und 54.

Oranienstr. 50, 51.

Knaben-Garderobe.

Passend für das Alter von ca.

	3	4	5	6	7	8	9	10 Jahren
Blusen-Anzüge	2,75	3,00	3,25	3,50	3,75	4,00	—	— Mk.
Schul-Anzüge	—	5,00	5,50	6,00	6,50	7,00	7,50	8,00 Mk.
Pyjacks	5,50	6,00	6,50	7,00	7,50	8,00	—	— Mk.

Blusen-Anzüge blau Cheviot, Kragen und Latz mit Soutache garniert.

Schul-Anzüge hochgeschlossen, mit Sattel und Falten.

Pyjacks, dunkelblauer Cheviot mit abnehmbaren Satin-Ueberkragen

Beinkleider mit Leibchen, verschied. Farben, passend für das Alter von ca. 3—8 Jahren jede Grösse 1,25 Mk.

Einsegnungs-Anzüge, Cheviot, Kammgarn, Tuch-Kammgarn, in 5 Grössen 12, 15, 18 Mk.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
34614

Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Tischzeug! Handtücher!
Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!!

Hüte * *
trotz der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verlaufe noch zu den alten Preisen. 38279

Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ede Stallgerstraße
Großes Lager in Schirmen, Mützen, Krabatten.

Möbel und **Polsterwaren.** Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 34562
Franz Totzauer, Brunnenstraße 152.

Neu eröffnet.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb
Otto Wetzels & Co., Berlin.
Haupt-Niederlage: Wilsnackerstr. 52.

Herren-Zugstiefel extra hart 3,90 Mk.
Herren-Schnürschuhe sehr haltbar 3,90 Mk.
Herren-Schnürstiefel starkes Rohleder, genagelt 7,50 Mk.
Herren-Leder-Hauschuhe mit Umlägen 2,70 Mk.
Kinderschuhe von 0,35 Mk.

Auf die **Sohlen** aufgestempelte streng feste **Preise.**



Damen-Knopfstiefel elegante Façon 5,90 Mk.
Damen-Tanzschuhe tabelloser Stiz 2,50 Mk.
Damen-Spangenschuhe schwarz u. braun, sehr chic 2,90 Mk.
Damen-Strandchuhe schwarz und braun 2,00 Mk.
Kinderstiefel von den geringsten bis zu den feinsten.

Reparaturen schnell und billig.

Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot
Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ede Fruchtstraße. 37562

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Restoration im SO. Kranthelsholder billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Hiltl Bode, Halberstr. 105 im Keller. 4107

Gutgehendes Material, Holz und Gerüstgeschäfte fruchtlos halber sofort zu verkaufen. Nachmitt. erteilt N. Reil, Barnimstraße 42. 4152

Grünrammelgeschäft, viel Möbelenzweige, Räte 45 Mark, sofort verkäuflich Brandenburgerstraße 6. 4118

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 4119

Rußbaummöbel, ganze Birnbau, auch einzeln, kostbillig. Köpenickerstraße 55, vorn II rechts. 52K

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede Königbergerstraße. 2578

Stetten, Steppdecken (spottbillig) Wandlauerstraße 6. 7118

Memorandum, Regulatoren spottbillig Wandlauerstraße 6.

Teppiche, Gardinen (spottbillig) Wandlauerstraße 6.

Teppiche mit Karbenschirmen, Fabriklager Große Frankfurterstraße 9, parterre. 4119

Uhrenauflauf spottbillig, Ede Halberstraße 126 parterre. 129

Goldwaren Ausverkauf, spottbillig Halberstraße 126 parterre. 129

Kanarienhähne und Weiden, Erdhauer, Ringbauer und Gefangene sind sehr billig. Brühl, Rammstraße 9. 4106

Fahrräder. Teilzahlung, mögliche Anzahlung, Lager, vierhundert Fahrräder, einjährige Garantie, liefern dicke Privat. Imperial-Fahrräderwerke, Diefenbachstraße 33. 4662

Fahrräder, zu kolossal billigen Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik Dranienstraße 33. 59K

Fahrrad verkauft Groß. Rüdigerstraße 12, Charlottenburg. 4787

Rahmschinken. Alle Sorten, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Paar, Postkarte. Köpenicker, Diefenbachstraße 33. 4736

Rahmschinken familiärer Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Paar, jähriger Garantie. Postkarte genügt. Köpenicker, Diefenbachstraße 33. 4736

Kanarienhähne, edle Zuchtweihen verkauft Billow, Querenstraße 20, vorn II. 4962

Schulbuch, Papier, Schreib-, Kurz-, Spielwaren Handlung, neben der Schule, verlässtlich Ober-Schulmeister, Frickestraße 17, Neustadt. 4962

Sträußchen und Umarmenden offeriert Aufbaum- und Waggons: Möbel, darunter edle touristische Kleiderstände, Vertikons, Rüscheleiderstühle 27, Säulentrucou 20/30, Hochlegant, Panel-Größen, Tisch- u. Stühle 23. Hochlegant, Hochlegant-Blücht, wenig gebraucht, Herren-Schreibstisch 30, Küchenmöbel, größte Auswahl, sowie vollständige Wohnungseinrichtung zu wirklich billigen Preisen. Stralower, Rammstraße 7a. 87K

Rußbaummöbel Kleiderständer, Bettstufen, Spiegelständer, Schrank, Vertikons, Säulentrucou, Ausziehisch, verschiedenes (spottbillig) Gartenmöbel 32a, I links. 476

Vermischte Anzeigen.

Stiefeldecken am billigsten Fabrik Werke Frankfurterstraße 9, parterre.

Fahrräder, erprobte Marken, zwei Jahre Garantie, billig Teilzahlungen gestattet. Reparatur-Verfahren, Tandems und Einfacher werden versichert. Geführteäder, gut erhalten, billig. Carl Fischer, Diefenbachstraße 9. 899

Elektrotechnik, am Montag, den 5. März, beginnt ein neuer Abendkursus. Keine Vorkenntnisse. Anerkannt vorzügliche Lehrmethode — theoretisch und praktisch. Glänzende Resultate. Bedeutende Zukunft für Herren aller Branchen. Abgangsprüfung. Jeugnis. Zeugnis. Anmeldung verfallen — umgehend, auch Sonntagvormittag. Jodlon, Alte Jakobstraße 24. 2675

Rechtsw. Anst. Brunnenstr. 159, Bestand in Gerichtsachen, Straf- sachen, Unfallachen. 2633b

Augenabad, Köpenickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 778

Uhren repariert Wilhelm Hilde Uhrmacher, Poststraße 45. 4145

Buchbinder Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Königliche Handkette bis 100, Privat-Handkette, Bücher aller Wissenschaften, Bild, Romane sowie jeden brauchbar Gegenstand, Piano belebt, laut höher wie Kontrabaß, Verghaus, Rolentstraße 11/12. 476

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Stuccateur, Verdingung verlangen H. Sander u. Sohn, Rammstraße 31. 4123

Meyerhof's Brochüren, Preisen und andere wissenschaftliche Bücher laut und leicht Antiquarier Buchstraße 56 I. 899

Mösten-Damen-Kostüm billig, Köpenicker, Frickestraße 60, Hof IV. 899

Bereinszimmer Simonstraße 23, III. 64K

Bereinszimmer empfehle hier, Alte Jakobstraße 119. 288K

Mäntelstühle, Damen, Herren, elegant, chic, billig. Neue Königsstraße 30. 998

Bereinsfähnen, gestiftet und gemalt, Vereinsfähnen, Vereins- schichten, Vereinsbänder, Vereins- abzeichen in Metall und Emaille, Vereinsstempel, Grabsteine, Gedächtnis- steine, Grabsteine liefern billig. Gefühlsreicher Bedienter, Dranienstraße Nr. 30. 2700b

Verloren am Dienstag, 27. Februar, vormittags, auf dem Wege vom Brandenburger Thor bis zur Disconto-Gesellschaft und zurück — Schätze der Kinder — eine Silberne Herren-Tasche mit Silberner Kette. Wegen 5 Mark Belohnung abgegeben Charlottenburg, Carmerstraße 1 II. 2700b

Bereinszimmer bis 50 Personen zu vergeben Köpenicker Ufer 4. 2700b

Arbeiter-Sekretär!

Die Stelle eines **Arbeiter-Sekretärs** für Frankfurt a. M. mit 2000 M. Gehalt pro Jahr ist bis 1. Mai d. J. zu besetzen. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf sind mit der Aufschrift „Arbeiter-Sekretär“ bis längstens 18. März dieses Jahres einzuliefern an **Martin Bernhard,** Schillerstraße 42, III, 38219* Frankfurt a. M.

Werkmeister gesucht (Schneiderei). Offerten an die Exped. d. Bl. unter D. 3. 38092*

Automobil. Junger Mechaniker, 20—25 Jahre, intelligent, wird zur Bedienung eines französischen Automobils gesucht. — Auch auf dauernde Stellung. — Falls Kenntnisse ungenügend, könnte eimanatlich Unterricht erhalten. — Offerten unter U. 2214 an Postamt, Berlin u. Bogler, Berlin W. 8. 10026*

Farbige u. **Versilberer** finden dauernde Beschäftigung bei 101/1* **A. Reichenbach, Stendal.**

Achtung! Bürstenmacher. Die Bürstenmacher der Firma Lüders & Michaelis, Zimmerstr. 80, haben wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. Zugang fernhalten. 156/15 Die Agitationskommission Berlin I.

Eine Antwort an die Bergarbeiter des Ruhrreviers.

Die Antwort des Bergbauvereins auf die Eingaben des Gewerkschafts-Christlicher Bergarbeiter Deutschlands und des Verbandes der deutlichen Berg- und Hüttenarbeiter liegt nunmehr in folgendem Wortlaut vor:

Wir sind im Besitz der Eingabe vom 16. v. Mts., welche eine Reihe von Forderungen zur Kenntnis des unterzeichneten Vereins bringt. Die Forderungen beziehen sich auf die nachfolgend bemerkten Punkte: 1. Möglichste Ausgleichung der Löhne. 2. Freiwilligkeit der Ueberführungen. 3. Anständige Behandlung der Arbeiter. 4. Ueberlassung guter Brandlöcher zum Selbstkostenpreise. 5. Einrichtung von Verbandshäusern, sowie vollkommene Ausbildung des Sanitätswesens auf den Gruben. 6. Säuberung der Wässhäuser und Schaffung von genügenden Krausebädern. 7. Genügend große, saubere Umkleekabinen nebst Gelegenheit, die Kleider sicher aufzubewahren. 8. Stellung von sicheren Gezähelisten. 9. Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Unterstützungsanstalten. Diese Eingabe vom 16. v. M. ist Gegenstand der Verhandlung in der heutigen Sitzung des Vorstands des unterzeichneten Vereins gewesen und wird auf Grund derselben folgendes erwidert: Wir können eine Verechterung des Titels namens der „Ruhrbergleute“, Forderungen aufzustellen, nicht anerkennen. Nichtsdestoweniger wollen wir aber unseren Standpunkt zu den einzelnen erhobenen Forderungen Ihnen nachstehend bekannt geben:

Zu 1.: Was die Lohnfrage betrifft, so wurde bereits bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Feststellung der Löhne wie die Lohnfrage überhaupt sich der Kompetenz des unterzeichneten Vereins entzieht. Die Feststellung der Löhne ist vielmehr ausschließlich Sache jeder einzelnen Grubenverwaltung, welche die Löhne mit den bei ihr in Arbeit stehenden Bergleuten vereinbart und hierbei durch den unterzeichneten Vorstand nicht beeinträchtigt werden kann. Jeder Arbeiter, welcher eine andere Bemessung seines Lohns für wünschenswert erachtet, wird sich daher zweckmäßig an diejenige Zeche, bei welcher er in Arbeit ist, zu wenden haben, und kann dabeihin, wie bisher, der wohlwollendsten Erwägung der Ansprüche verwickelt sein. Die vorstehende Eingabe giebt zu, daß in den letzten Jahren die Löhne durchschnittlich gestiegen sind, und der unterzeichnete Verein ist der Ueberzeugung, daß bei Fortdauer der demaligen günstigen Konjunktur und sofern Störungen im wirtschaftlichen Leben vermieden werden, ein weiteres Steigen der Löhne eintreten wird. Wenn dortselbst aber behauptet wird, daß bei der Bemessung der Löhne vielfach große Parteilichkeit herrsche, so vermag der unterzeichnete Verein diese Behauptung in Bezug auf ihre Richtigkeit nicht zu prüfen. Es erscheint indessen ganz unwahrscheinlich, daß Bergleute, welche eine partielle Feststellung des Lohns voranzujagen Anlaß haben sollten, dies ruhig hinnehmen und nicht vielmehr direkt vorstellig werden oder Arbeit auf einer benachbarten Zeche nehmen, was bei den heutigen Verhältnissen in jedem Fall ohne Schwierigkeiten ausführbar ist.

Zu 2.: Was die Frage der Ueberführungen betrifft, so kann der unterzeichnete Verein lediglich bestätigen, daß auch seiner Ueberzeugung nach Ueberführungen nur freiwillig zu verfahren sind, abgesehen von der durch die Arbeitsordnung und das Berggesetz festgestellten Ausnahmen.

Zu 3.: Daß die Behandlung der Arbeiter eine anständige sein soll, ist selbstverständlich auch die Ansicht des unterzeichneten Vereins. Derselbe könnte gegenteilige Vorkommnisse nicht billigen, muß aber im gegebenen Fall eine Beschwerde bei der betreffenden Grubenverwaltung anheimstellen.

Zu 4.: Soweit dem unterzeichneten Verein bekannt, werden gute Brandlöcher nach wie vor in liberaler Weise größtenteils und erheblich unter den Selbstkostenpreisen den Arbeitern überlassen.

Zu 5 bis 7.: Die geforderten sanitären Einrichtungen bestehen zum großen Teil schon auf den Zechen und bilden überdies den Inhalt einer bereits vor geraumer Frist, vor Aufstellung der vorliegenden Forderungen, im königl. Oberbergamt ausgearbeiteten Verordnung betreffend Maßregeln zum Schutze der Gesundheit der Bergleute sowie zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen. — In der Begründung dieser Verordnung heißt es unter anderem: „Es ist bekannt, daß auf einem großen Teil der Zechen des Oberbergamts-Bezirks Dortmund jetzt schon Einrichtungen bestehen, die den Forderungen dieser Bergpolizei-Verordnungen in allen Beziehungen entsprechen, ja zum Teil weit darüber hinausgehen.“ — Die jetzt im Entwurf vorliegende Bergpolizei-Verordnung wird voraussichtlich in kurzer Zeit in Kraft treten und werden demgemäß die in derselben enthaltenen Maßregeln auch bei den Zechenverwaltungen, wo es an solchen noch gebricht, in absehbarer Zeit zur Ausführung gelangen.

Zu 8.: Die Stellung von Gezähelisten, welche eine sichere Aufzeichnung von Gezähelungen ermöglicht, ist auf allen Zechen üblich. Reichlich wird es möglich sein, vollständige diebstahlsichere Gezähelisten anzuschaffen, welche vor gewaltsamer Entwendung von Arbeitsergättschen. Diebstähle fallen stets ununterbrochen in der Verleghaft zur Last, und das Bestreben auch der letzteren wird sein müssen, derartige Elemente zur Anzeige zu bringen und aus den Verleghaften zu entfernen.

Zu 9.: Die Verwaltung der Zechen-Unterstützungsanstalten vollzieht sich gegenwärtig nach den vom königlichen Oberbergamt aufgestellten Normen, und so sind auch die Verleghaften durch Vertrauensmänner bei der Mehrzahl der Zechen an der Verwaltung der Kassen beteiligt.

„Gleichauf“, Verein für die bergbaulichen Interessen.
Für das Präsidium. Gezeichnet: Zeule. — Das geschäftsführende Mitglied des Vorstands. Gezeichnet: Engel.

Die Antwort des bergbaulichen Interessenvereins ist so ausgefallen, wie sie bereits vor kurzem in den Prehergauen der Grubenverwaltungen zu lesen war. Es mag anerkannt werden, daß der Ton ruhiger gehalten ist, als es sonst bei den Meinungsäußerungen der Herren beliebt wird. Erreicht haben die Arbeiter nichts, die Herren erklären, daß alles, was die Arbeiter wünschen, schon jetzt tatlos besteht. Wenn das der Fall wäre, dann würden die Arbeiter keine Wünsche erheben, dann wären nicht so zahlreiche Uebelstände fortgesetzt Gegenstand der öffentlichen Kritik. Die Antwort besagt nichts anderes, als wir wollen eure Wünsche nicht erfüllen, höher steht uns der Profit, als gute Arbeitsverhältnisse im Bergbau.

Die Einigung der amerikanischen Sozialisten.

Man schreibt uns aus New York:
Die achte Konvention der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (Original-Praktion), welche vom 27. Januar bis zum 2. Februar in Rochester tagte, übertrug unzweifelhaft alle ihre Vorgänger an Solidität des Wissens, das dort zu Tage trat, an Würde der Verhandlungen und vor allem an Zielbewußtsein mit Bezug auf die Aufgabe, welche sie zu lösen hatte. Galt es doch, aus dem Wirral der letzten Monate einen Ausweg zu finden, den die in verschiedenen Richtungen kämpfenden, sich oft genug bekämpfenden sozialistischen Streitkräfte fortan gemeinschaftlich wandeln konnten. Und das, und noch viel mehr, ist erreicht worden, besser als selbst die Sanguiniten unter den Parteigenossen es erwarteten. Im ganzen waren 61 Delegaten aus den folgenden Staaten anwesend: Californien, Connecticut, Illinois, Michigan, Minnesota, Missouri, Massachusetts, New Jersey, New York, Ohio und Pennsylvania, hauptsächlich also, da die Südstaaten kaum in Betracht kommen, fast jeder Staat von industrieller Bedeutung von der atlantischen bis zur Pacific-Küste.

Die Verhandlungen fanden im Rathhausaal statt — sie sahen in den Sesseln der Stadtväter, bemerkt die New Yorker „Sun“ in einer ihrer Depeschen etwas verwundert —, einer prächtigen Halle, die den Sozialisten ohne Umstände zur Disposition gestellt worden war.

Der der Konvention vorgelegte Rechenschaftsbericht der neuen National-Exekutive, welcher sich mit den wichtigsten Fragen der Parteiverhältnisse beschäftigte, gab u. a. eine meisterhafte Darlegung der tieferen Ursachen, welche zu den Ereignissen der letzten Monate führten. Darüber seien aus dem Dokument, das unzweifelhaft von großer historischer Bedeutung ist, nur die nachfolgenden Stellen angeführt:

„Die kapitalistischen Parteien haben, als Parteien, keine geschäftliche Mission zu erfüllen, keinen fernliegenden Zielen zuzustreben, kein Evangelium zu predigen. Sie existieren nur zu einem Zweck — politischer Raub. Die Wahlen sind der Anfang und das Ende, der Zweck und Inhalt ihrer Existenz. Ihre Organisationsform, Regierungsgrundsätze und Aktionsmethoden sind im Hinblick auf diesen Zweck ausgebildet worden. Sie sind politische Parteien und nicht als politische Parteien. Eine sozialistische Partei ist zuerst, zuletzt und allerwegen gegründet zum Zweck der Verbreitung der Ideen des Sozialismus unter den Arbeitern und zur Organisation der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen das Kapital. Ihr festes und unveränderliches Ziel ist Ausführung der geschäftlichen Bestimmung der Arbeiterklasse, die Befreiung der Arbeiterklasse. Diesem großen Ziel gegenüber sind alle anderen Handlungen einer sozialistischen Arbeiterpartei untergeordnete Mittel, und unter solchen Mitteln nimmt die politische Aktion eine vorherrschende Stelle ein.“

„Die S. A. P. war in früheren Jahren nicht im Stande, der politischen Aktion volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zum großen Teil aus im Ausland geborenen Leuten zusammengesetzt, denen Sprache, Gewohnheiten und Institutionen unsers Landes fremd waren, wie dies in der früheren Periode ihres Bestehens war, war unsere Partei notwendigerweise im Felde politischer Thätigkeit machtlos. Als unsere Bewegung mehr eingeborne Elemente an sich gezogen und einen mehr amerikanischen Charakter angenommen hatte, entwickelte ein Teil unsrer Mitglieder, denen der Sinn für gehöriges Maßhalten fehlte, eine Tendenz nach dem entgegengesetzten Extrem und setzten die Politik über alles andre. Von dieser Anschauung waren die abgesehenen Parteimitglieder die stärksten Befürworter.“

„Indem sie in der Sozialistischen Arbeiter-Partei nichts als eine politische Partei sahen, suchten sie dieselbe nach dem Muster der alten politischen Parteien umzumodeln, die fundamentalen Unterschiede zwischen jenen Parteien und der unsren durchaus unberücksichtigt lassend.“

„Für sie waren die Wahlen nicht ein Mittel, Sozialisten zu machen, sondern Stimmgeber zu machen. Wir geben nichts um Verträge, wir wollen Stimmen.“ erklärte öffentlich einer ihrer stärksten Anhänger in der Stadt New York, und in dieser bemerkenswerten Angabe finden wir den Grundton der gesamten Politik der früheren Parteimitglieder.“

Wenn wir von allen Routine-Arbeiten, welche die Konvention während ihrer sechstägigen Dauer bewältigte, absehen, so kommen hauptsächlich folgende vier Punkte in Betracht: Die Frage einer etwaigen Vereinigung mit der „Socialdemokratischen Partei“, die Rekonstruktion der Plattform, die Desavouierung der Trade und Labor-Alliance und die Nominierungen für die Präsidentschaftswahl dieses Jahres.

Was den ersten Punkt betrifft, so gab eine Zuschrift der National-Exekutive der „Socialdemokratischen Partei“ an die Konvention den Anstoß zu den stattgehabten Verhandlungen. In dieser Zuschrift lud sie die „Sozialistische Arbeiter-Partei“ ein, „indem sie das Wünschenswerte gemeinsamen Handelns aller Hoffenbewußten Sozialisten in unsem Lande“ betone; „mit der „Socialdemokratischen Partei“ den Kampf zur Emanzipation der Menschheit von der Klassenherrschaft und kapitalistischen Sklaverei durch die Einführung der genossenschaftlichen Produktionsweise vereint zu kämpfen.“ Nach einer bemerkenswerten Debatte wurde erstens ein Verzicht gefaßt, nach welchem dem Socialdemokratischen Exekutivkomitee mit brüderlichem Gruß die Mitteilung gemacht wurde, daß eine direkte Antwort auf diese Einladung in der (anfangs März stattfindenden) Konvention der „Socialdemokratischen Partei“ gegeben werden würde; ferner aber wurde mit allen Stimmen gegen eine einzige eine Resolution angenommen, welche die Gemeinsamkeit der Prinzipien beider Parteien feststellt und eine Vereinigung empfiehlt und dazu auffordert, „angeseht dieses großen Zwecks allen Keulichen Ehrgeiz und persönliche Vorurteile abzugeben und die Einigungs-Verhandlungen in beiden Parteien nicht im Sinne zweier feindsüchtiger Feldlager zu führen, wo jeder um Frieden verhandelt mit dem Nebengedanken, die größten Vorteile für sich selbst zu erringen, sondern im Sinne ebentüchtiger Parteien, welche bisher getrennt für eine gemeinsame Sache gearbeitet haben, aber jetzt ernstlich suchen, eine passende Basis für ehrenhafte und dauernde Vereinigung zum Besten jener Sache zu finden.“

Es wurde darauf ein Komitee von neun Genossen aus allen Teilen des Landes gewählt, welches die Verhandlungen zu führen, ein Subkomitee nach der Konvention der „Socialdemokratischen Partei“ zu schicken und dann das Resultat der Partei zur Ueberstimmung vorzulegen hat. Dieses Komitee hat auch die Vollmacht, wenn das nach den Verhandlungen auf der socialdemokratischen Konvention wünschenswert erscheinen sollte, einen der in Rochester für die Präsidentschaft resp. Vicepräsidentschaft nominierten Kandidaten zurückzugeben, immer natürlich vorbehaltlich der Bestätigung durch Ueberstimmung.

Die Plattform, welche bisher von schwülstigen Phrasen strotzte und einzelne kleinbürgerliche Fänge enthielt, wurde so umgestaltet, daß sie nicht allein in der geschlossenen logischen Folge ihrer Sätze der modernen sozialistischen Erkenntnis entspricht, sondern auch agitatorischen Wert hat. Auch muß es wohl als eine Verbesserung angesehen werden, daß die „Uebergangsforderungen“ nicht mehr einen integrierenden Teil der Plattform bilden, sondern daß die letztere in einer besonderen Sentenz es der Partei zur Pflicht macht, bis zur Erreichung der sogenannten letzten Ziele für alle Forderungen einzutreten, welche, je nach den Umständen, den Arbeitern in ihren Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage für die Jetztzeit und zur Emanzipation von den Fesseln des Kapitalismus förderlich sein können. Dadurch ist der Agitation für die sogenannten Uebergangsforderungen freierer Spielraum geschaffen und die Partei zugleich von der Notwendigkeit erlöst worden, für Forderungen, welche angesichts der rapiden Entwicklung des Kapitalismus längst veraltet sind, aber traditionell auf den Plattformen mitgeschleppt werden, fernert einzutreten.

Die Frage der „Socialist Trade and Labor Alliance“ wurde in der oben angeführten Denkschrift der National-Exekutive eingehend behandelt. Wir citieren nur die folgenden Sätze:

Wir moßen uns nicht an, positiv zu erklären, ob der Zustand der Arbeiterbewegung während der letzten zehn Jahre der Bildung eines Gewerkschafts-Centralkörpers, der von sozialistischer Partei und Sozialisten geleitet würde, günstig war oder nicht. Eicherlich giebt es ein ungeheures, aber nicht vielversprechendes Feld unter unorganisierten Arbeitern. Es ist ebenfalls eine Thatsache, daß ein großer Teil der der „American Federation of Labor“ angehörenden Unions der Dummheit und Korruption ihrer Führer herzlich überdrüssig geworden sind. Aber unsere theurer erkannte Erfahrung hat uns gelehrt, daß eine solche wirklich sozialistische Arbeiterbewegung nicht durch ein paar Doktrinaire mit vorgefaßten Meinungen über die Arbeiterbewegung eingeleitet werden kann. Sie muß von der Masse der Mitglieder der Unions ausgehen und, bis zur Spitze treibend, die engen Rahmen der alten Organisationsformen sprengen und zu einer höheren Basis des Klassenkampfes der Arbeiterklasse gelangen. Sie muß aus dem Schoße der Arbeiterbewegung hervorgehen, spontan in ihrem Ursprung, proletarisch in ihrem Charakter, und wahrhaft revolutionär in ihren Erscheinungen.

Dies ist aber gerade, was bei dem verunglückten Versuch zur Organisierung eines Centralkörpers sozialistischer Gewerkschaften der „Socialist Trade and Labor Alliance“ nicht der Fall war.

Beschlossen wurde, die alte Aufforderung an die Parteigenossen, sich ihren resp. Gewerkschaften anzuschließen, zu erneuern, dagegen alle früher gefaßten Beschlüsse, in welchen irgend eine bestimmte Organisation von Arbeitern einer andern vorgezogen wird, zu widerrufen. Damit war das Verdammungsurteil über die „Alliance“, die so viel Unheil angerichtet, gesprochen.

Obgleich nun die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß gelegentlich der formellen Uebereinkunft mit der „Socialdemokratischen Partei“, deren Konvention am 6. März in Indianapolis beginnt, von dieser letztern ein Kandidat für Präsidentschaft oder Vice-Präsidentschaft beansprucht werden wird, so schritt die Konvention dennoch unter großem Enthusiasmus zur Nominierung von Kandidaten, es dem Nominations-Komitee (siehe oben) überlassen, eventuell an Stelle eines derselben einen andern zu setzen. Auch der zu adoptierende nationale Parteiname — wegen der bestehenden gesetzlichen Vorschriften über offiziell anerkannte Parteien von Wichtigkeit — wird erst nach der Indianapolis-Konvention festgesetzt werden.

Als Kandidaten für die Präsidentschaft resp. Vice-Präsidentschaft wurden Job Harriman und Max S. Hayes nominiert.

Job Harriman, eine allgemein angehende und sympathische Erscheinung und vorzüglicher Redner, ist am 15. Juni 1861 in Clinton County, Indiana, geboren und ging im Jahre 1886 nach San Francisco, wo er sich als Advokat Praxis erwarb. Im Jahre 1890 wurde er, durch Bellamys Schriften angezogen, Socialist, und Californien hatte seitdem keinen eifrigeren sozialistischen Agitator als Harriman.

Ein wesentlich anderer Typus, als Harriman, wird durch Max S. Hayes aus Cleveland, der Kandidat für die Vice-Präsidentschaft, repräsentiert. Hayes wurde am 25. Mai 1868 auf einer Farm in der Nähe des Dorfes Sabana, Huron County, Ohio, geboren. Bis zu seinem 13. Jahre besuchte Hayes die öffentlichen Volksschulen, um dann in eine Druckerei, „des armen Jungen Hochschule“, wie Horace Greeley, der unvergessliche Gründer der „N. Y. Tribune“, für welche Carl Marx seiner Zeit seine berühmten englischen Korrespondenzen schrieb, sie genannt hatte. Hayes ist heute Segler und zugleich Redacteur des Cleveland „Citizen“, des einzigen gewerkschaftlichen Blattes Americas in englischer Sprache, das voll auf dem Boden der sozialistischen Bewegung steht.

Das Resultat der Konvention ist unter den Sozialisten des ganzen Landes mit Jubel begrüßt worden. Nach all dem Genend der letzten Jahre endlich einmal wieder freie Bahn für gemeinschaftliches Schaffen aller zielbewußten Sozialisten! Der „Social Democratic Herald“, das offizielle Organ der S. D. P., verpflichtet den Delegaten der S. A. P. einen brüderlichen Empfang auf der Indianapolis Konvention. Das deutsche offizielle Blatt der S. D. P., die „St. Louis Arbeiter-Zeitung“, schreibt: „Es war dies fast fünfzehn Jahren die erste nationale Konvention der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“, welche der sozialistischen Bewegung auf amerikanischen Boden wirklich Ehre macht. Die Delegaten haben als Männer gehandelt, als Sozialisten. Freudig strecken wir ihnen die dargereichte Bruderhand entgegen zu gemeinschaftlichem Wirken für unsre große Sache — den internationalen Sozialismus.“

Und der Haverhill „Social-Democrat“, das offizielle englische Blatt für Massachusetts, ruft aus: „O, über die Verschwendung von Energie, von Talent, von Geldmitteln während der letzten Jahre! Und jetzt eine geeignete Organisation, eine vereinigte Presse, eine geeignete Schaar von Rednern und eine geschlossene Front gegenüber dem Kapitalismus! Diese Aussicht ist wohl geeignet, das Herz mit Freuden und die Seele mit neuem Eifer und neuer Hoffnung zu erfüllen.“

Und inzwischen geben die Genossen diesen Gefühlen praktischen Ausdruck, indem sie bei Gelegenheit der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in vielen Orten bereits gemeinschaftliche Kandidatenlisten aufstellen.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

Die Freitagssitzung erlebte die beiden Paragraphe, welche sich auf die „Hoftung der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten“ beziehen. In dem ersten Paragraphen handelt es sich zwar um eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit, aber um eine solche „nur“ gegen die Arbeiter. Den versicherten Arbeitern wird nämlich jeder Anspruch auf denjenigen Schadensersatz gegen den Unternehmer oder dessen Bevollmächtigten entzogen, der nach dem bürgerlichen Gesetzbuch jedem andern Menschen zusteht. Nur in dem durchaus unpraktischen Falle, daß der Unternehmer den Unfall vorzüglich herbeigeführt hat, kann der Arbeiter von dem Unternehmer eine Entschädigung auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs verlangen. Die in dem Unfallversicherungs-Gesetz vorgesehene Entschädigung ist eine viel geringere als die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. Der verunglückte Arbeiter ist also in all den Fällen, in denen der Unfall durch die Schuld des Unternehmers herbeigeführt worden ist und in denen ihm nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ein Entschädigungsanspruch zustehen würde, durch das Unfallversicherungs-Gesetz schwerer geschädigt. Die Socialdemokraten beantragen, diese durch nichts begründete Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter endlich zu beseitigen. Die bürgerliche Mehrheit ließ sich aber hierauf nicht ein, sondern lehnte den socialdemokratischen Antrag ab. Infolgedessen bemühten sich die Socialdemokraten, wenigstens eine von der Regierung vorgenommene Verschlechterung des Gesetzes zu verhindern. Der Anspruch auf die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu zahlende Entschädigung soll auch den Hinterbliebenen eines Verunglückten entzogen werden selbst dann, wenn sie nach dem Unfallversicherungs-Gesetz einen Anspruch auf Rente nicht haben. Diese Bestimmung wird profanisch in dem Fall, daß ein verheirateter Arbeiter durch einen Betriebsunfall getötet wird, der zum Unterhalt seiner Eltern verpflichtet gewesen war. Wenn nun die Witwe und Waisen des Verstorbenen zusammen bereits als Rente 60 Proz. des Arbeitsverdienstes erhalten, so steht den Eltern des Verunglückten nach dem Unfallversicherungs-Gesetz ein Anspruch auf Entschädigung nicht zu. Ohne die von der Regierung beantragte Verschlechterung können sie dann auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs eine Entschädigung von dem Unternehmer verlangen. Dies wird jetzt durch die von der Regierung beantragte Veränderung ausdrücklich ausgeschlossen. Die Socialdemokraten verlangen, wenigstens diesen Zusatz zu streichen. Aber auch das wurde abgelehnt, so daß also nicht nur die frühere Ungerechtigkeit bestehen bleibt, sondern eine neue hinzukommt.

Bei dem nächsten Paragraphen verhielten sich die bürgerlichen Vertreter ganz anders. Hier ist ja auch von der Hoftung der Unternehmer gegen die Berufsgenossenschaften die Rede. Nach dem bestehenden Gesetz haftet unter gewissen Umständen der Betriebsunternehmer oder dessen Bevollmächtigter, und zwar dann, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorzüglich oder doch fahrlässig durch Unachtsamkeit derjenigen Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes verpflichtet ist, herbeigeführt hat. Es hat dann alle Aufwendungen zu bezahlen, welche die Berufsgenossenschaft oder Krankenkasse zu machen verpflichtet ist. Gegen diese Bestimmung erhoben namentlich die Vertreter ländlicher Kreise lebhaften Einspruch. Es kommt, so behaupten sie, sehr oft Fälle vor, in denen ein Arbeiter durch eine kleine durchaus zu entschuldigende Fahrlässigkeit einen Unfall herbeiführt und dann durch den Unfall aller Aufwendungen außer sich selbst geschädigt, ja vielleicht vollständig ruiniert wird. Deshalb verlangten sie, daß das Gesetz wenigstens soweit geändert werde, damit derartige Härten in Zukunft vermieden werden. Sie behaupten, daß hierbei die Interessen der Arbeiter gar nicht berührt werden. Von den Socialdemokraten wird ihnen aber

nachgewiesen, daß dann, wenn der Unternehmer für eine etwaige Haftpflicht in der im Gesetz vorgesehenen Weise schwer herangezogen werde, dies ein Ansporn sei, für möglichst gute Schutzvorrichtungen zu sorgen. Auch die Regierung beabsichtigt, daß durch eine Abmilderung der jetzigen Haftpflicht des Unternehmers eine noch größere Vernachlässigung der Schutzvorrichtungen und dadurch Vermehrung der Unfälle veranlaßt werden könnte. Trotzdem bleiben die bürgerlichen Parteien bei ihrem Verlangen und verständigen sich schließlich auf einen Antrag, nach dem eine doppelte Abmilderung der bestehenden Bestimmung erfolgt. Erstens ist der Unternehmer der Berufsgenossenschaft nur dann ersatzpflichtig, wenn ihm eine grobe Fahrlässigkeit in seinem Verufe nachgewiesen werden kann, und zweitens ist der Berufsgenossenschafts-Versammlung anheimgestellt, auch in einem solchen Fall von dem Ertrag der Aufwendungen abzusehen.

Nächste Sitzung Dienstag.

In der Wahlprüfungs-Kommission wurde in der Donnerstagabend-Sitzung die Wahl des Abg. Volk-Saarbrücken (natl.) beanstanden und über eine ganze Reihe von Protestbehauptungen Beweiserhebung beschlossen. Es handelte sich da um die im Saarrevier üblichen Wahlbeeinflussungen und Wahlkontrollen seitens der Verbeamten, wie sie oft auch bei der Wahl des Herrn v. Stumm in benachbarten Kreise Ostweiler in so skandalvoller Weise geübt worden sein sollen, so daß auch dessen Beanstandung sicher ist.

In der Freitag-Sitzung stand die Wahl des Abg. Juid-Berlin V zur Verhandlung. Auch diese Wahl wurde vorläufig beanstandet, worüber an der Spitze des lokalen Teils näher berichtet wird.

Ferner wurde die Wahl des Abg. Müller-Rudolstadt für gültig erklärt, da die angeführten Erhebungen die Protestbehauptungen nicht genügend erwiesen.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Freitag bei der Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern folgende vom Abg. Dr. Baasche vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Verkauf der künstlichen Zuckerrüben an die Apotheker zu verweigern, da die Rüben nur auf ärztliche Anordnung verkauft werden dürfen. Abg. Müller-Judla kam dann auf die Frage der Zuckerrüben. Wenn es so weitergehe, seien die Prämien für die Landwirtschaft ohne große Bedeutung, während die Finanzen des Reichs. Staatssekretär v. Thielmann bedauert, daß eine internationale Verständigung über die Zuckerrüben nicht zu Stande gekommen sei, obwohl Deutschland mit größtem Ernst die Verhandlungen geführt habe. Der Titel Zuckerrüben wird darauf nach dem Antrag der Regierung bewilligt. Bei der Brauereier (10 165 000 M., d. h. 1 018 000 M. mehr als im vorigen Jahre) teilt Abg. Dr. Baasche mit, daß die Kommission zur Beratung des Surrogatverbot zu einem befriedigenden Resultat gelangen werde. Abg. Müller-Judla erinnert darauf, daß der Widerstand gegen das Surrogatverbot vom preussischen Finanzminister ausgehe, der Steuerpläne damit verbunden wolle. Man müsse das Surrogatverbot ganz von Steuerplänen trennen. Ein Vertreter des Reichshandels teilt mit, daß die Frage des Surrogatverbot erst dann spruchreif sei, wenn die Existenz der Kleinbetriebe dabei gesichert werde. Der preussische Finanzminister sei der Ansicht, daß sozialpolitische und wirtschaftliche Rücksichten hier obwalten. Ohne Reform des Steuergesetzes sei die Existenz der Kleinbetriebe nicht sicher zu stellen. Abg. v. Karbowitz betont, daß Verbot der Surrogate müsse jedenfalls im Interesse der Konsumenten durchgeführt werden. Die Anträge des Etats werden darauf genehmigt. — Die nächste Sitzung der Kommission ist am Dienstag anderraumt zur Beratung des Postgesetzgesetzes.

Der Senioren-Konvent hat sich gestern unter Vorsitz des Reichstags-Präsidenten über die geschäftliche Erledigung der schwebenden Verhandlungsgegenstände verständigt. Die erste Hälfte der nächsten Woche soll der Förderung der zweiten Lesung des Etats dienen. Vom 8. März an wird die Beratung des Etats unterbrochen und die Erledigung der noch nicht verabschiedeten Gesetzentwürfe in Angriff genommen. Zuerst kommt die zweite Lesung des Fleischschau-Gesetzes an die Reihe; dann folgt die zweite Lesung des Münzgesetzes, der sich die Beratung der in der dritten Lesung der Gewerbe-Ordnung zurückgestellten Paragraphen anschließt. Nach Abschluß der zweiten Lesungen beginnen die dritten Lesungen der lex Henze und der Fleischschau-, Münzgesetze, sowie der Gewerbe-Ordnungs-Novelle.

Nach Abschluß dieser Beratungen ist die Erledigung der Besätze der Wahlprüfungs-Kommission in Aussicht genommen. All diese Gegenstände betreffen sehr beschlossene Vorlagen, zu deren Erledigung ein beschlußfähiges Haus erforderlich ist, um nicht mitten in den Beratungen stehen zu bleiben.

Es soll daher darauf hingewirkt werden, daß von Mitte nächster Woche an die Abgeordneten in beschlußfähiger Anzahl anwesend sind und für längere Zeit am Platz bleiben.

Man glaubt, bis zum 17. März die bezeichneten Gesetze und Vorlagen erledigen zu können. Hierauf werden die zurückbleibenden Teile des Etats in zweiter Beratung fertiggestellt und dann die dritte Lesung des Etats in Angriff genommen. Auf diese Weise hofft man bis zum Eintritt der Osterferien das bezeichnete Arbeitspensum zu bewältigen. Nach Ostern wird die Flottenvorlage die parlamentarische Arena beherrschen, da die Absicht besteht, diese Vorlage in der Budgetkommission noch vor der Osterpause zu erledigen.

Lokales.

Den Mitgliedern der Lokalkommission in Berlin und der Umgegend die Mitteilung, daß die nächste Lokalliste am 11. März erscheint. Änderungen und Renaufnahmen sind spätestens bis zum 6. März dem Genossen Karl Scholz, Brangelstraße 110, mitzuteilen.

Flugblattverteilung in Moabit. Die Parteigenossen, welche gewillt sind, Sonntag bei der Flugblattverteilung im 44. Kommunal-Wahlbezirk zu helfen, werden gebeten, sich früh 8 Uhr bei Johann Pfarr, Pflüggstr. 10, zu melden.

Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 4. März 1900, vormittags 10 Uhr, Begehung des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15-16. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Die Wahl Juid im fünften Berliner Wahlkreis vor der Wahlprüfungs-Kommission.

Am Freitagvormittag wurde in der Wahlprüfungs-Kommission die Wahl im fünften Berliner Wahlkreis verhandelt. Referent war der Abg. Fischer-Berlin, Korreferent der Abg. Fischel. Bei der Hauptwahl fehlten unsern Genossen A. Schmidt beinahe 400 Stimmen an der absoluten Mehrheit. In der Stichwahl siegte Juid mit der relativen Mehrheit von 58 Stimmen, nämlich mit 10 957 gegen 10 889 für Schmidt abgegebene Stimmen. Nach Prüfung der Wahlakten verringert sich diese Majorität auf 47 Stimmen, weil 12 für Schmidt abgegebene Stimmen und 1 für Juid zu Unrecht für ungültig erklärt worden waren.

Von unsern Genossen wurde sowohl gegen das Ergebnis der Hauptwahl wie gegen das der Stichwahl Protest erhoben.

Bezüglich der Hauptwahl richtet sich der Protest hauptsächlich dagegen, daß in den Wahlbezirken 397, 400 und 421 von den freistimmigen Wahlvorstehern widerrechtlich von den Wählern fast durchgängig Legitimation verlangt und jeder, der nicht im Besitz einer solchen gewesen sei, von der Stimmabgabe zurückgewiesen worden sei. Vor dem 383. Wahlbezirk sei der sozialdemokratische Stimmzettel-Verteiler sogar widerrechtlich verhaftet

worden, was bei seiner späteren gerichtlichen Freisprechung ausdrücklich konstatiert worden sei. In diesen vier Bezirken haben im ganzen 622 Wähler ihr Stimmrecht nicht ausgeübt, was nach der Protestbehauptung zweifellos zum Teil jenen ungesetzlichen Maßnahmen zuzuschreiben sei, so daß ohne jene Praktiken wahrscheinlich ein anderes Stimmenergebnis sich herausgestellt hätte.

Die Wahlprüfungs-Kommission war einstimmig der Meinung, daß das Verhalten der Wahlvorsteher, wenn sich die Protestbehauptung bewahrheiten sollte, ein ungehöriges sei, das unter Umständen zur Kassierung der betreffenden Wahlakten führen würde (daß die Protestbewegung begründet war, beweist ja auch die Verfügung des Magistrats, worin für die Stichwahl die Wahlvorsteher ausdrücklich von der Erhebung solcher genereller anklagender Forderungen abgemahnt wurden); da aber die Protesterheber unterlassen hätten, anzuführen, wie viele Wähler von der Stimmabgabe zurückgewiesen worden seien, so erklärte die Mehrheit der Kommission den Protest nicht als genügend substantiiert und legte den Antrag auf Beweiserhebung ab.

Betreffs der Verhaftung des Stimmzettel-Verteilers ergab sich aus dem Urteil, daß derselbe nicht wegen Stimmzettel-Verteilens, sondern angeblich wegen unehrerwürdigen Varns (Zuruf ungehöriger Bemerkungen) inhaftiert worden sei, so daß dem Beamten ein gesetzwidriges Verfahren nicht zum Vorwurf gemacht werden könne, wenn auch seine Entlassung sich als unzutreffend erweisen habe. Daher legte die Mehrheit der Kommission diesem Beschwerdepunkte keine Bedeutung bei.

Gegen die Stichwahl richtete der Protest unserer Genossen eine Reihe von Vorwürfen gegen wesentliche Vorschriften des Wahlreglements. Im 412. Wahlbezirk war nach der Protestbehauptung die Wahlhandlung vom Wahlvorsteher nicht nach den Vorschriften des § 12 eröffnet worden. Der § 12 besagt: „Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Protokollführer und die Wähler mittels Handablag an Eidesstatt verpflichtet und so den Wahlvorstand konstituiert.“

Eine Minderheit der Kommission legte den Nachdruck darauf, daß die Protesterheber nur rügten, daß der Wahlvorsteher nicht selber die Wahlhandlung eröffnet habe; daß sei auch nicht nötig, im Fall seiner Abwesenheit oder Verhinderung könne dann eben der Stellvertreter einspringen; der Referent vertrat die Auffassung, daß die Protesterheber die Nichteröffnung nach der Vorschrift des § 12 überhaupt rügten. Da in diesem Wahlbezirk Juid 300, Schmidt nur 131 Stimmen erhielt, so siehe und falle mit diesem Punkt die ganze Wahl. Die Mehrheit der Kommission nahm diese Möglichkeit als gegeben an und beschloß die Beweiserhebung über diese Behauptung. Ebenso über die Behauptung, daß 4 eingetragene Wähler ihre Stimme abgegeben hätten, ohne das wahlfähige Alter erreicht zu haben, und endlich darüber, daß auch ein Ausländer zu Unrecht in die Wählerliste aufgenommen worden und seine Stimme abgegeben habe.

Nach diesen Beschlüssen beantragte die Kommission im Reichstag, die Wahl des Abg. Juid vorläufig zu beanstanden und die Gültigkeitserklärung bis nach Eingang der geforderten Beweiserhebung auszusetzen.

Zur Unterstützung des bürgerparteilichen Stadtvorordneten-Kandidaten wurde seitens des Moabit Wahlkreises der Bürgerpartei in einer „Mitte- und Versammlung“ aufgefördert, die am Donnerstag vom „Centralverband der Vereine selbständiger Gewerbetreibender“ nach Moabit zum gemeinsamen werden war. Die Versammlung sollte sich eigentlich nur mit brennenden Mittelstandsfragen, namentlich mit der Warenhandelsfrage, beschäftigen. Sie wurde aber mit Vorbedacht gerade im Moabit 44. Kommunalwahlbezirk abgehalten, weil der Bürgerpartei zugleich Gelegenheit gegeben werden sollte, ihren Vorkämpfer Wolf auch einmal vor einer Arena von mehr als 2-3 Tausend Menschen zu zeigen. Ein Mitglied des Wahlkreises rief in längerer Rede die Bürgerpartei im allgemeinen und Herrn Wolf im besondern. Dabei vergaß der Herr vollständig, daß er sich in einer Versammlung einer angeblich unpolitischen Vereinigung befand, und daß auch die Bürgerpartei selber eine angeblich „parteilose Bürgervereinigung“ ist. Und seinen Ausführungen mußte auch dem kurzschäftigen endlich klar werden, daß die im konservativ-antidemokratischen Fahrwasser segelnde Berliner Bürgerpartei die „Parteilosigkeit“ nur als Maske vornimmt, um möglichst weite Kreise der Bevölkerung ihren politischen Parteizwecken dienstbar machen zu können. Der Mittelstand ist es, den man in erster Linie dazu ausreizen hat, dieser reaktionären Parteigruppe von neuem Wasser auf ihre Mühle zu führen.

Ob das den Modernen jetzt im 44. Kommunal-Wahlbezirk gelingen wird? Sie erwarten es, aber auf die Versammlung haben die Empfehlung des Vorkämpfers Wolf keinen übermäßig tiefen Eindruck zu machen. Der Herr Wolf kennt, der kann ja allerdings, selbst wenn er zu den begehrtesten Anhängern der Mittelstandsbewegung gehört, kaum ermahnt der Hoffnung hingeben, daß dieser bemitleidenswerten hilflose Mann mit Erfolg als Sturmbold gegen die mittelstandsföhligen Elemente in der Berliner Kommunalverwaltung zu verwenden wäre. Die einzige Wirkung einer etwaigen Wahl Wols wäre die, daß die politisch und wirtschaftlich reaktionären Gruppen der Stadtvorordneten-Versammlung noch um einen krumm nickenden Ja-Sager vermehrt würden. Darum sollte von Rechts wegen jeder aufgeklärte Mann, welcher Bevölkerungsstand er auch angehört, diese Kandidatur nicht nur nicht unterstützen, sondern direkt bekämpfen.

Unsere Genossen in Moabit wissen, daß sie am Wahltage den Kampf allein zu führen haben werden. Die Rieterpartei soll zwar in einer nicht-öffentlichen Versammlung bereits Stimmhaltung beschlossen haben, bei der eigenartigen Zusammensetzung dieser Parteigruppe ist aber anzunehmen, daß ein Teil trotz aller Versichnungen und offiziellen Erklärungen auf die Seite der Bürgerpartei tritt. Von den Freistimmigen ist bisher noch nichts darüber verlauscht, wie sie sich zur Stichwahl stellen; einstweilen giebt sich die Bürgerpartei alle Mühe, sie zu sich herüberzuziehen. Unsere Genossen werden daher ihre ganze Kraft einsetzen müssen, wenn diesem bedeutungslossten aller Stadtvorordneten-Kandidaten, die je von der Bürgerpartei den Wählern präsentiert worden sind, am 9. März die verdiente Niederlage bereitet werden und der Arbeiterkandidat Glöde als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen soll.

Der deutsche Kaiser und die deutsche Kunst. Eine Lokal-korrespondenz weiß zu melden: „Die volkreichen Maßnahmen gegenüber den Kunsthandlungen sind auf eine Initiative des Kaisers zurückzuführen. Vor einigen Wochen war gelegentlich eines Festes im königl. Schloß neben zahlreichen Abgeordneten auch Polizeipräsident von Windheim geladen. Bei dieser Gelegenheit kam der Kaiser auf die „höchst zweifelshaften Ausstellungsprodukte“ zu sprechen, welche keineswegs geeignet seien, die Sittlichkeitsbestrebungen zu unterstützen. Der Kaiser befohl dem Polizeipräsidenten, gegen die Kunsthandlungen vorzugehen, dem hat der Monarch, dies in schonendster Form zu thun, damit die Beteiligten durch die Maßnahmen keineswegs geschädigt werden sollten. In der Potsdamer, Bülows- und Sturfsitzenstraße wurden übrigens am Donnerstag wiederum mehrere Kunst- und Zeichenmaterialien-Handlungen durch die Polizei beehrt.“

Wenn diese Mitteilung richtig ist, so kann Wilhelm II. sich sein Urteil über die angebliche Unästhetizität der Kunsthandlungen kaum aus eigener Anschauung gebildet haben. Denn soviel die Presse auch über die Thaten und Auslassungen des Kaisers auf künstlerischem Gebiet zu vermelden geruht hat, so ist doch wohl noch niemals etwas darüber mitgeteilt worden, daß der Monarch sich in Berlin in den großen Häusern derer, die zu Fische kaufen,

gemißet und vor den Schaufenstern der in Betracht kommenden Geschäfte aufhalten habe. In seinen, von der überwaltigenden Mehrheit des Volks abweichenden Anschauungen über hervorragende Erscheinungen im sozialen Leben, so wird der Kaiser sich auch bei seinem Urteil in dieser die Kunst betreffenden Frage auf die Mitteilungen Dritter, allerdings gewiß sehr frommer Personen gestützt haben.

Ein neues Ordnungsstatut für die städtischen Gemeindebeamten hat das Magistratskollegium auf Grund des § 11 der Städte-Ordnung vom 30. März 1858 in Ausführung der §§ 8 und 9 des Gesetzes, betreffend die Beschaffung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899, mit Zustimmung der Stadtvorordneten-Versammlung zu erlassen beschlossen.

Die Krausfasanen. Sowohl wegen der Krausfasanen (Uraniasphären) wie behufs Aufstellung neuer Stadeloberflächen wird der Stadtvorordneten-Versammlung eine neue Vorlage zugehen. Von den bestehenden öffentlichen 30 Hektar sollen sieben Hektar verpachtet werden, wofür dem jetzigen Unternehmer 1000 M. pro Hektar bewilligt werden sollen. Außerdem sollen 10 Normal-(Stadelober-)Hektar an noch zu bestimmenden Gegenden der Stadt Aufstellung finden.

Der Magistrat hat der Stadtvorordneten-Versammlung mitgeteilt, daß er ihren Beschluß wegen Errichtung eines mit einer bakteriologischen Abteilung zu verbindenden städtischen Untersuchungsamts für Nahrungs- und Genußmittel sowie Gebrauchsgegenstände beizutreten sei. Wegen der Auswahl eines Grundstücks und der inneren Einrichtung für diese Anstalt soll der Versammlung nach Aufstellung des Kostenanschlags und nach Beendigung der Vorarbeiten eine besondere Vorlage gemacht werden.

Der Lehrplan für die siebenklassige Gemeindeschule ist jetzt fertiggestellt. In der Berliner Lehrerschaft wird darauf gerechnet, daß ihr der Plan, bevor er zur Nachscheidung der Befähigung an die Aufsichtsbehörde geht, mitgeteilt wird, um ihre Wünsche und etwaige Bedenken zu hören.

Der Verein zur Förderung der Blumenpflege bei Gemeindeschulkindern hat im letzten Jahre an 44 Gemeindeschulen 8000 Topfpflanzen verteilt. Im Vorjahre hatten sich nur 38 Schulen mit 6000 Pflanzen an diesem Unternehmen beteiligt.

Der letzte Schneefall hat eine ganze Reihe von Unfällen und Verletzungen verursacht. Der Kaufmannslehrling Max Jüttner stürzte infolge der Glätte am Elisabethufer aus und fiel in den Luisenstädtischen Kanal. Er wurde sofort von dem Obständler Otto Wolff von einem Handlaken aus wieder herausgezogen. Außerdem verunglückten infolge der Glätte elf Personen und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die städtische Straßenreinigung hat gestern morgen 800 Hilfsarbeiter und 250 Wagen zum Fortschaffen des Schnees ans Werk gehen lassen und hofft, baldigst die gesamten Schneemassen beseitigen zu können. An Kosten hat der diesjährige Winter, der nur wenige schneefreie Tage in den Vorjahren hat, der Stadt bereits 715 306 M. verursacht, eine Summe, die noch Hinzurechnung der nunmehr neu entstandenen Kosten nur durch die des Winters 1891/95 übertroffen wird, der 1 100 701 M. erforderte. Der städtische Etat stellt für diese Kosten nur 180 000 M. ein.

Eine Zeitschriften-Expedition beabsichtigt die Berliner Palet-fahrt-Attiengesellschaft nach Einigen ihres Vorgesetzten am 1. April ins Leben zu rufen. Die Gesellschaft will die Expedition von Wochen- und Monatschriften für Berlin und die angrenzenden Bezirke übernehmen und erhebt pro Exemplar und Nummer eine Gebühr von 1/2 Pfennig. Die Gesellschaft hat an verschiedene Zeitschriften-Expeditionen die Aufgabe nach Stärke der Beteiligung gerichtet, um hiernach zu beurteilen, ob die Errichtung der geplanten Central-expedition durchführbar ist oder nicht.

Die Agitation gegen die Warenhandelssteuer nimmt in den beteiligten Kreisen erfolgreicheren Fortgang. Der Ausbruch der Warenhandelsangelegenheit hat in diesen Tagen ein Ausmaß angenommen, das sich an alle Angehörigen im Handelsgewerbe wendet, und auf eine Protestversammlung hinweist, die zur Wahrung ihrer Interessen zum Freitag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Jeen-Palast einberufen ist.

Um bei Unfällen und Verkehrshindernissen besser gerüstet zu sein, hat die Straßenbahngesellschaft auf den elektrisch betriebenen Linien einige Sammler- und Oberleitungswagen mit Handwerkszeug wie Hebevorrichtungen usw. und Reserveteilen wie Klein-Einlagen ausgestattet. Bisher mußten diese Hilfsmittel bei Entgleisungen usw. aus den nächsten Werkstätten erst herbeigeführt werden, bei der neuen Einrichtung sind sie viel früher zur Stelle. Diese so ausgerüsteten Wagen sind an einer an der hinteren Plattform aufgesetzten blauen Scheibe kenntlich.

Guter bürgerlicher Mittagstisch. Der Inhaber einer bekannten Weinhandlung in der Leipziger Straße hat dieser Tage bei der Hochzeitsfeier seiner Tochter folgendes Menü gegeben:

- Zwischweil: 1892er Oberrentier, 1895er Stuppertsberger, 1888er Chasse-Spleen.
- Kustern auf Eiskolofel. — Rost & Chandon, White Star.
- Suppe von indischen Vogelnestern.
- Hähererenteppiche.
- Schafreste, blau, mit frischer Butter und neuen Kartoffeln. — 1884er Plume des Schwarzhofberges (bestes Feder Nr. 18).
- Polka-Sterlete in Champagner & la Roscovite.
- Frager Kanadabrot & la Ramando mit Orang-Verrettig.
- Sachsentwädr Halbghumendrüden & la An do sible.
- Sesgol, Hummer & la rocher de canal. — 1884er Karco-brunnet Rabinett.
- Krautwiesenvogelpakete von Montblimar. — Anseise (Prinz Albrecht), Umfisch Umberland.
- Junge Hamburger Gans. — 1868er Chateau Lafite Schloßabzug.
- Präsieller Foularde & la perigord mit frischem Gurkenalat. — 1878er Mouton Kalkschilb Schloßabzug.
- Neuer Stangenpangel aus Argenteuil.
- Frische Champignons & la maître.
- Morcheln & la crème. — Venue Clivot „England“.
- 1888er Heidsied Mouppol vin sec.
- Verliebtes Eis in Figuren. Cateau mille feuilles & la place.
- Korb mit Früchten. — Pommerly & Grop vin sec. Louis Roederer extra dry.
- Schafhangen, Sellerie, Châtercales.
- Nachkiss. — 1884er Herber Felsler.
- Das Couvert ohne Wein kam für jede Person auf 65 M., im ganzen auf 7000 M. zu stehen. Viel kostspieliger können die Schlemmereien im kölnerischen Rom auch nicht gewesen sein. Es fehlten auf dem „Menu“ nur noch die Pommes, die bei solcher angeordneten Speisenfolge für normale Mägen unerlässlich sind.

Nachdem die in Berlin in großem Umfang angelegten Versuche mit Fernspiegel-Automaten ein günstiges Ergebnis gehabt haben, ist die Aufstellung gleichzeitiger Apparate in mehr als achtzig weiteren Städten angeordnet worden. Nach den bisher gewonnenen Erfahrungen sind die Grundzüge über die Verwendung der Automaten teilweise erweitert und geändert worden.

Die Kontinental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Rürnberg hat bei den zuständigen Behörden die Genehmigung zur Weiterführung der Straßenbahnlinie Hohen-Schönhausen-Berlin, Bahnhofsstraße, nach Westen zu durch die Elisabeth- und Kurze Straße bis zur Ecke der Landwehrstraße nachgesucht. Das Polizeipräsidium soll dem Vernehmen nach grundsätzliche Einwendungen nicht erhoben haben.

Fritz Friedmann verhaftet. Von dem bekannten früheren Rechtsanwält Fritz Friedmann, der sich zur Zeit in New York aufhält, hat man lange Zeit hindurch nichts gehört. Jetzt kommt per Kabel eine eigenartige Kunde zu uns. Danach wurde Friedmann unter der Beschuldigung der Ched-fälschung verhaftet. Als Ankläger tritt ein russischer Hochkappler Belawin, alias Graf v. Toloune, auf.

Ein Spielereck ist in der Landbergstraße wieder einmal aufgefunden worden. Der Kriminalpolizei war zur Kenntnis gekommen, daß in einer Gastwirtschaft in jener Straße wieder hoch gespielt werde, in der Regel abends, nicht selten aber auch die Nacht hindurch. Mehrere Beamte, die mit der Beobachtung des Lokals beauftragt waren, erschienen dort vorgestern abend um 6 Uhr zu gleicher Zeit und drangen unverzüglich sofort in ein kleines, hinter der Schenke stehendes Zimmer ein. Hier überraschten sie zehn Mann beim Spiel und beschlagnahmten ihnen die Karten und das Geld. Auf der Suche stellte sich heraus, daß acht der Teilnehmer gewerbmäßige und bereits vorbestrafte Spieler waren; diese wurden sämtlich in Haft genommen, die beiden andern Spieler, die noch nicht bestraft sind und eine eigene Wohnung haben, nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wieder entlassen. Ein Junge will von der Gesellschaft in einer Stunde um 85 M. gerufen worden sein und beauptet, daß falsch gespielt worden sei. Die Festgenommenen bestreiten das und leugnen auch, mit dem Jungen jemals gespielt zu haben.

Mit 300 Mark verschwunden ist der 25 Jahre alte Hausdiener Emil Stadte, der bei dem Bleichwägenfabrikanten Bergmann in der Alexanderstraße 93 beschäftigt war. Der junge Mann zog im Auftrag seines Arbeitgebers am Dienstag bei mehreren Stunden Geld ein und besam 300 M. zusammen. Bergmann wartet bis heute auf seine Rückkehr und hat die Angelegenheit der Kriminalpolizei angezeigt, die den ungetreuen Hausdiener wegen Unterschlagung verhaftet.

Theater. Berlin, nach „E.“ ist der Titel der neuen Gesangsrolle von G. Oronowski und G. Sandermann, Musik von Franz Wagner, welche während der Sommerferien im Central-Theater in Szene gehen wird. — Im Carl Welt-Theater gelangt heute das Lebensbild von „Günther zu Saxe“ zur Aufführung. — Das Gastspiel des Herrn Emil Richard im Belle-Alliance-Theater wendet sich wegen anderweitiger Verpflichtungen des Künstlers seinem Ende und findet voraussichtlich am Montag die letzte Vorstellung des so erfolgreichen Volksstücks „Die Reise nach Amerika“ statt.

Feuerbericht. Feuer in einem Stadtbahnbogen alarmierte Freitagmorgen die Wehr nach der Luisenstraße. Hier hat ein Bahnbogen Nr. 26 die Motorschienen mehrere Wagen untergebracht. Einer derselben, ein zehnjähriger Motorwagen, geriet durch Verzug in Brand, als man damit beschäftigt war, das in einem Schlangenrohr eingeflossene Wasser aufzulassen. Der Wagen, der einen Wert von fast 14000 M. hat, wurde bis auf die Eisenbleche eingestürzt. Das Gerölle des Bahnbogens blieb untaf. Kurz vorher waren Gräber Weg 118 und Reinoldendorferstraße 23 kleine Zimmerbrände abzulösen. Wegen Schornsteinbränden erfolgten Klärung nach Gütlingerstraße 54 und Landbergstraße 20. Ein Nord mit Wäsche ging an der Stadtbahn Nr. 6 in Flammen auf. Sangestraße 81 hatte die Wehr Donnerstagnachmittag längere Zeit zu thun, um einen Kleinfeldbrand zu beseitigen. Durch eine umgefallene Petroleumlampe waren Potsdammerstraße 6 in einer Kellerwohnung Kleidungsstücke in Brand geraten, der aber noch im Entstehen gedämpft werden konnte. Brennende Papierabfälle verursachten ein Aussehen des Weinmeisterstraße 4. Außerdem trat die Wehr noch kurze Zeit in Thätigkeit, um Welfstraße 13 einen Kleinfeldbrand abzulösen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die hiesige Schulkommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, für das neue Schulhaus in der Rubensstraße zunächst einen Mittelbau und eine Turnhalle zu errichten. Die Seitenflügel für weitere Klassen sollen dann später erfolgen. — Der Minister des Innern hat eine Verfügung in Erinnerung gebracht, der zufolge die Vorort-Polizeibeamten die Dienstleistung der städtischen Polizeibeamten anzunehmen haben (casuistische Fragen usw.). Veranlassung hierzu bot die Thatsache, daß die Beamten in den Vororten Berlin vielfach eine Uniform tragen, welche derjenigen der königlichen Schutzmannschaft nachgebildet ist.

Die Polizeiverordnung zur Beschränkung der Kinderarbeit, welche jetzt auch in Schöneberg erlassen werden soll, hat nunmehr die Zustimmung des Regierungspräsidenten gefunden und wird somit in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommen. Sie wird sich in ihren Einzelbestimmungen fast vollständig an die für Berlin erlassene Verordnung anschließen.

Der in Spandau verhaftete Schlosser Adolf Seefeld hat bei seinen mehrfachen Vernehmungen angegeben, daß er Anaben verschleppt habe, um sie zu fotografieren, befreit jedoch mit Gewisheit, sich in anderer Weise verdingen zu haben. Es sind ihm bis jetzt 17 Stillhaltebeschlüsse nachgewiesen worden. Ob S. bei der Ermordung des kleinen Bergmann beteiligt war, konnte nicht festgestellt werden. Die bisherigen Vernehmungen in dieser Sache sind ergebnislos verlaufen. Der Beschuldigte will den kleinen B. weder gekannt noch fotografiert haben. Als Mörder der kleinen Bahndienerin und des Schulladen Baur soll Seefeld nicht in Betracht kommen. Derselben Person, die den Mörder der Bahndienerin gesehen haben, erklären angeblich mit Bestimmtheit, daß der Schlosser mit jenem nicht identisch ist. Die Ermordung des Anaben Baur, dessen Leiche 1896 auf den Könnichen Wiesen gefunden wurde, fand zu einer Zeit statt, als Seefeld in Lübeck war. Der bestimmte Verdacht, diesen Angaben gewidmet zu haben, richtete sich gegen einen geisteskranken Mühlradwärter, der sich kurze Zeit darauf im Landwehrkanal ertränkte.

Stadtkommissionen-Veranlassung in Spandau. In die gemeinschaftliche Kommission zur Vorbereitung der Angelegenheit betreffend Gewährung einer Dienstaufwand-Ermäßigung an die Beamten der Kriminalpolizei wurde u. a. Genosse Schröder gewählt. Die Veranlassung stimmte einem Antrag des Magistrats zu, wonach bei Herstellung neuer Straßen eine Baukosten-Gebühr von 3 Prozent erhoben werden soll. Neben dem Punkt „Genehmigung der abgedruckten Friedhof-Verordnung“ entspann sich eine lebhafteste Debatte. Diese Vorlage hatte bereits eine der früheren Sitzungen beschäftigt; unsere Parteigenossen hatten damals zahlreiche Einwände, welche in Spandau allgemein geltend wurden: hinsichtlich der Verbilligung der Kosten für Bestatten und Bestattung der Grabhügel usw. Ferner wegen der Bestimmung der telephonischen Verbindung zwischen dem Rathaus und dem Friedhof durch das interessierte Publikum, sowie wegen Zulassung der Konkurrenz bei den gemeinnützigen Arbeiten auf dem Friedhof. Nur der Friedhofs-Inspektor besitzt jetzt das Recht, gemeinnützige Arbeiten auf dem städtischen Friedhof gegen Entgelt auszuführen. Damals war diese Vorlage auf Grund der sozialdemokratischen Anträge an den Magistrat zurückverwiesen worden; inzwischen hatten noch mehrere Gärtnere als Zulassung gebeten. Unser Standpunkt wurde in der Debatte von vielen Genossen Schröder vertreten. Die Kommission lehnte sämtliche Anträge unserer Genossen und der petitionierenden Gärtnere mit knapper Majorität ab und nahm die abgedruckte Friedhofsverordnung nach dem Magistratsantrag an. Interessant ist, daß der Friedhofs-Inspektor nach der Erklärung des Stadtv. Blawig trotz seines enormen, auf einer Art Privileg beruhenden Einkommens, welches er aus den gedachten gewerblichen Arbeiten hat, keine Gewerbesteuer zahlen soll!

Rück-Nummelburg. In der Durchfahrt neben dem hiesigen Bahnhofs ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr ein gefährlicher Unglücksfall. Die Durchfahrt hat auf der einen Seite eine Höhe von circa 2,80 Meter, während sie auf der andern Seite erheblich höher ist. Um die angegebene Zeit verfuhr nun ein Kutscher der Firma Gader, Mühlenstr. 75 in Berlin, von der höher gebauenen Seite aus mit einer Ladung Beschlagnahme die Durchfahrt zu passieren. Da ihm dieselbe genügend hoch erschien, blieb er oben auf der Ladung sitzen. Aufgabebefehl geriet er an der niedrigeren Stelle zwischen Durchfahrt und Ladung fest und wurde ihm der Brustkorb gedrückt

und der Kopf zerquetscht und halb abgerissen. Der Unglückliche war sofort eine Leiche. Es wäre doch wohl nötig, daß bei dieser unglücklichen Anlage die Einfahrt von so hohen Fahrzeugen von vornherein unmöglich gemacht wird. Bis dies geschehen, müssen die Kutscher wenigstens durch einen ständig postierten Wächter gewarnt werden und in der Folge müßte auch die ganze Anlage einer Veränderung erfahren.

Ein neuer Amtsgerichts-Bezirk soll, der „Potsd. Korresp.“ zufolge, für den nach Potsdam zu belegenden Teil des Kreisbezirks Teltow und Juchow-Bezirk mit dem Amtsgericht in Rawabes-Neudorf errichtet werden.

Aus Neuen wird berichtet: Eine arge Standalgeschichte macht hier viel von sich reden. Ein Schulfeld hat ein seiner Obhut anvertrautes Schulzimmer eines Gemeindefeldhauses zum nächtlichen Stehbüchsen von Personen beiderlei Geschlechts aus dem Handwerker- und Diensthofen hergegeben, wobei gegen die guten Sitten arg gesündigt worden sein soll. Was an Speise und Trank erforderlich war, brachten die Teilnehmer mit. Der Schulfeld, der auch Laternenanzünder war, setzte bei seinem Abgang durch die Stadt die Eingeweihten von den Zusammenkünften in Kenntnis. Als die Sache kürzlich ans Tageslicht kam, wurde der Schulfeld sofort seiner Stellung enthoben. Dem Vernehmen nach ist er inzwischen verhaftet worden.

Gerichts-Beitrag.

Das schwere Baumglück, welches sich am 21. Juni v. J. auf dem Gelände der Charité ereignete, beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I, vor welcher sich der Bautechniker Max Herzig wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist der verantwortliche Geschäftsführer des Maurermeisters Teich, der den Neubau ausführt. Auf dem Baugelände mußte ein Fahrstuhl-Zwinger errichtet werden, auf welchem später die schweren Baumaterialien emporgewunden werden sollten. Die Maurer waren in Ausnahme und daher beauftragt der Angeklagte den Maurerpolier Benzin, der sich einen Zimmermann zu Hilfe nahm, diese Arbeit auf Grund einer vorhandenen Zeichnung und mit einem schon beim Gefängnisbau in Regel zu gleichem Zweck benutzten Material auszuführen. Als Benzin am 21. Juni nachmittags kurz vor Feierabend damit beschäftigt war, mit Hilfe von 6 Zimmerleuten den letzten Balken auf das schon 13-14 Meter hohe Gerüst hinaufzuwinden, löste plötzlich das ganze Gerüst um und brach dem unter großen Geläch in sich selbst zusammen. Drei Arbeiter retteten sich, indem sie zur Seite sprangen, vier wurden unter den Trümmern begraben. Der Maurerpolier Benzin erlitt einen Oberschenkelbruch, ein anderer einen Arm- und Beinbruch, der dritte einen Unterschenkelbruch und der vierte eine starke Rippenquetschung. Sämtliche Verletzungen waren sehr schwer; die Verunglückten mußten mit Tragenbahnen in die Chirurgische Abteilung und den Operationsaal der Charité geschafft werden und haben viele Wochen auf dem Krankenlager zugebracht. Zum Teil sind sie noch heute nicht wiederhergestellt. Die Anlage macht den Angeklagten für das Unglück verantwortlich und legt ihm zur Last, daß er die Arbeit dem in Zimmerarbeiten nicht sachverständigen Maurerpolier übertragen und eine unzureichende Kontrolle ausgeübt habe, da er sonst hätte sehen müssen, daß das Gerüst nicht genügend verankert war. Der Angeklagte bestritt seine Schuld; die Errichtung dieses Gerüsts auf Grund der Zeichnung sei für einen erfahrenen Zimmermann, wie er hier dem Maurerpolier beigegeben worden, keine schwere Aufgabe, auch habe er sich mehrfach davon überzeugt, daß der Gerüstbau ganz sachgemäß angeführt wurde. Die Sachverständigen Sauer, Kirstein und Rathjohannmeister Meyer waren hinsichtlich der ungenügenden Verankerung nicht ganz übereinstimmender Ansicht. Die Ursache des Unglücks konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden, wahrscheinlich ist es dadurch entstanden, daß gleichzeitig mit der Aufwindung des schweren Balkens ein Wirbelwind sich in die einzelnen Abteilungen des Gerüsts abplötzlichen Vertiefungen gesetzt und das Gerüst auf diese Weise umgestürzt hat. Der Staatsanwalt hielt eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für vorliegend und beantragte 300 Mark Geldstrafe, während Rechtsanwalt Bronner ansführte, daß hier ein unbedenkbares Reiterereignis stattgefunden habe, an dem der Angeklagte unschuldig sei. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und erklärte auf Freisprechung.

Ein Prozeß, dem in den Kreisen der Musikalienhändler mit großem Interesse entgegengesprochen und der vielfach in der Fachpresse erörtert wurde, fand gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrat Plehner statt. Der Musikalienhändler Wolf Kunz war des Nachdrucks beschuldigt. Im Herbst 1895 hatte der Schauspieler Alois Antschera in Budapest das inzwischen vollständig gewordene Lied: „Weißt Du, Mutter, was träumt hab“ komponiert und durch einen Sänger auf einem dortigen Theater zum Vorzug bringen lassen. Das Lied fand beim Publikum eine so freundliche Aufnahme, daß Antschera Veranlassung nahm, 500 Exemplare für eigene Rechnung drucken zu lassen. Der Erfolg wuchs und darauf schloß Antschera mit dem Musikalienverlag von Holzmann in Budapest einen Vertrag ab, wonach er dieser Firma das ausschließliche Vertriebsrecht übertrug. Viele deutsche Firmen ließen das Lied nachdrucken, darunter auch der Angeklagte Kunz, gegen den die Budapest-Firma zuerst strafrechtlich vorging. Der Angeklagte wurde vom Rechtsanwalt Stoenapp vertreten, die Budapest-Firma, die als Rechtsfolgerin auftrat, ließ sich durch Justizrat Samter vertreten. Der Angeklagte gab an, daß er in einem Zeitraum von etwa sechs Monaten im ganzen 127000 Exemplare habe drucken lassen, die auch mit Einzeichnung von vielen Tausenden, die zu Reklamezwecken verwendet wurden, abgesetzt worden seien. Er habe sich dazu berechtigt gehalten, denn Ungarn gehöre nicht zur Berner Konvention, so daß dortige Komponisten für ihre Erzeugnisse nicht den Schutz der deutschen Gesetze genießen. Umgekehrt sei es ebenso und deshalb würden deutsche Komponisten nirgend so ausgeplündert als in Ungarn. Um sicher zu gehen, habe er vorher bei dem in Leipzig wohnenden Syndikus des „Verbands der deutschen Musikalienhändler“ angefragt, ob das Lied frei sei und eine bejahende Antwort erhalten. Demgegenüber wurde seitens der Angeklagten geltend gemacht, daß die Budapest-Firma seit dem Jahre 1896 mit der Firma Breitkopf u. Härtel in Leipzig in Geschäftverbindung stehe und jedes von der Rechtsfolgerin herausgegebene Musikstück auf dem Umschlag die Donitzlongabe „Budapest und Leipzig“ trage. Hierdurch müsse angenommen werden, daß das Lied auch in Leipzig aussetzte und daher Anspruch auf Schutz habe. Der Staatsanwalt hielt dies für ausschlaggebend, er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 1000 Mark und Beschlagnahme der vorhandenen nachgedruckten Exemplare.

Der Gerichtshof kam nicht zu der Ansicht, daß in objektiver Beziehung ein Nachdruck vorliege. Es sei erachtet, daß Antschera das Lied bereits in 500 Exemplaren der Öffentlichkeit übergeben hatte, bevor er das Vertriebsrecht abtrat. Die Komposition habe dadurch die Schutzberechtigung verloren. Der Angeklagte sei freizusprechen und die beschlagnahmten Exemplare seien freizugeben. Dem weitergehenden Antrag des Verteidigers, sämtliche Kopien der Rechtsfolgerin aufzuliegen, sei nicht stattgegeben worden.

Die Hauptverhandlung gegen das Ehepaar Göncz vor dem Schwurgericht am Landgericht I wird in den Tagen vom 3. bis 8. April stattfinden. Eintrittskarten sind nicht mehr zu haben, da Bewerbungen um Plätze im Zuschauerraum des großen Schwurgerichtssaales in übergroßer Anzahl vorliegen.

Schwere Kuppel. Ein Standalprozeß fand gestern vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I bei verschlossenen Thüren statt. Der 39jährige Rentner Julius Gasse befand sich wegen schwerer Kuppel bei der Kallagebahn. Er sollte dem unzufriedenen Verhältnis, welches zwischen seiner unehelichen Tochter und dem dem Inhaber eines Cafés in der Friedrichstraße bestand, aus

gewinnfälligen Gründen Vorhab geliebt haben. Auf der eingehenden Urteilsverhandlung ließ sich folgender Sachverhalt entnehmen: Der Gerichtshof hatte seinen Zweifel darüber gehabt, daß dem Angeklagten das Verhältnis seiner Tochter bekannt war, da er keine Wohnung zu Stundenlangem unzufriedenen Verkehr hergegeben habe. Der als Zeuge vernommene Viehhändler habe sich zweifelslos mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt. Der Gerichtshof habe aber davon Abstand genommen, dem Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung stattzugeben, müsse es vielmehr dem Staatsanwalt anheimgeben, aus eigener Machtvollkommenheit gegen den Zeugen einzuschreiten. Der Angeklagte müsse wegen schwerer Kuppel bestraft werden, bei seinem hohen Alter sei aber nicht über das niedrige Strafmaß, ein Jahr Zuchthaus und zweijährigen Ehrverlust, hinausgegangen worden. Bei der Höhe der Strafe sei der Beurteilte auch sofort in Haft zu nehmen.

Der erste Fall von Durchschereien im neuen Straßgefängnis zu Regel beschäftigte gestern die erste Strafkammer am Landgericht II. Wegen passiver Bestechung war der Hilfsarbeiter August Reylan und wegen vollendeter Bestechung der Strafgefängnisse Paul Krohm angeklagt. Reylan sollte nach der Anklage von Krohm, der in der Strampfabrik des Gefängnisses beschäftigt war, drei Duzend Strümpfe in Empfang genommen und widerrechtlich in seinen Besitz gebracht haben, dafür sollte er noch einander zwei Fellen an Krohm geliefert haben, mit denen dieser die Stäbe des Gefängnisses vor dem Fenster seiner Zelle ziemlich durchschneiden hat. Durch einen andern Strafgefängnisse, einen gewissen Weimann, dem Krohm seine Pläne erzählt hatte, kam die Sache zur Kenntnis der Gefängnisverwaltung und diese fand bei einer Revision der Zelle des Krohm, daß zwei Traktoren an dem Fenster des Krohm ziemlich glatt durchgeföhrt waren und fand auch zwei Fellen im Besitz desselben. Bei seiner Vernehmung vor dem Polizei-Inspektor des Gefängnisses gestand Krohm diesen Sachverhalt zu. Der Ausschere Reylan wurde sofort vom Dienst suspendiert und hat darauf acht Monate in Untersuchungshaft gesessen, bis er auf Betreiben seines Verteidigers ohne Kaution aus der Haft entlassen wurde. Gestern erklärte Krohm, es sei gar nicht wahr, was dem Reylan zur Last gelegt wurde. Der Zeuge Weimann habe eine Anzeige erstattet, darüber sei ein Protokoll aufgenommen worden und er sei so lange gedrängt worden, bis er das Protokoll als richtig anerkannte. Reylan habe ihm aber in keiner Weise geholfen. Der Zeuge Weimann erklärte, er wisse von der Sache nur das, was ihm Krohm erzählt habe. Die Beweis-aufnahme fiel im übrigen zu Gunsten des Reylan aus. Der Staatsanwalt beantragte zwar drei Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erklärte aber auf Freisprechung, weil den früheren und jetzt widerlegten Angaben des Hauptbetroffenen kein Glauben beizumessen sei. Der Angeklagte Krohm wurde wegen des Durchschereien der Fenstertraktoren mit dem Gefängnisstrafe des Sachbeschädigung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Sociales.

Produktionsstatistik. Nach den Erhebungen des Reichsamts des Innern betrug die Gesamtproduktion der heimischen Industrie im Jahre 1897 83112791 Doppelcentner im Werte von 247 925 570 Mark, die der Ackerbau-, Guttapercha- und Cellulose-Industrie 188 900 Doppelcentner im Werte von 79 183 000 Mark.

Eine Statistik der Arbeitelöhne beschäftigt das Statistische Amt der Stadt Dresden für die dortige Großindustrie anzulegen. Es fragte eine große Anzahl Unternehmer, ob sie geneigt wären, jährlich zweimal Angaben über die in ihren Betrieben bei den verschiedenen Beschäftigungsarten gezahlten höchsten, niedrigsten und häufigsten Stundenlöhne, die übliche Arbeitszeit und den normalen Wochenverdienst zu machen. Die große Mehrheit der Befragten hat sich dazu bereit erklärt und auch die Fragebogen bereits ausgefüllt. Eine solche Statistik kann sehr wertvoll sein; ob sie es wird, hängt von der Ausföhung ab. Man muß also abwarten. Die vom Reichsamt vorgenommene Arbeitelöhnen-Statistik hat allerdings seiner Zeit in Dresden eine sehr tendenziöse Behandlung erfahren, so daß wir auf die jetzt geplante Statistik nicht allzu große Hoffnungen setzen möchten.

Das schweizerische Arbeiter-Sekretariat hat seinen Jahresbericht für 1899 veröffentlicht. Dem Sekretariatsbericht ist ein solcher des leitenden Ausschusses des Arbeiterbundes vorausgeschickt, der sich über seine Thätigkeit kurz verbreitet. Der leitende Ausschuss selber immer am Orte des Centralkomitees des schweizerischen Arbeiterbundes und aus der Mitte des ersten gewählte, das dann auch die eventuellen Verwaltungsausschüsse befreiten mußte. Im vorigen Jahre nach Zürich verlegt worden und er besteht aus den Genossen Lang und Repler sowie dem Schriftföhler Meister als Vertreter der katholischen Organisationsparteien. Zum erstenmal wurden von den Verbänden, welche dem Arbeiterbunde angehören, Beiträge erhoben, die in der Höhe von 325 Fr. eingingen, worunter auch je 50 Fr. vom Verband der katholischen Gesellenvereine und vom Pflückerverein, sowie von den Eisenbahnen, Bibliothek und Innentor des Arbeiter-Sekretariats sind für 16 000 Fr. gegen Feuergefahr versichert. Im Bericht des Sekretariats wird betont, daß es das ganze Jahr hindurch stark beschäftigt war mit der Frage der Neutralisierung des Gewerkschaftsbundes. Diese Aufgabe erweise, daß alle Mittel der Verständigung versucht werden, um die Grundlagen einer einheitlichen und umfassenden gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter aller Berufe in der Schweiz zu schaffen. Der Bericht verbreitet sich sodann über mehrere stattgefundene Lohn- und Streikbewegungen und er erwähnt ferner, daß das Arbeiter-Sekretariat auf Einladung des Industrieministeriums zu Meinungsäußerung über die nächste Volkszählung den Vorschlag machte, mit derselben eine Arbeiterzählung vorzunehmen. Anlässlich der Verlesung des französischen Protokolls des 1897 in Jura stattgefundenen internationalen Arbeiterkongresses bemängelte sich das Bureau des ständigen Komites in Lausanne die Arzelen Frankreichs um die Förderung des Gedankens eines internationalen Amtes für Arbeitelöhne. Nach verschiedenen Mitteilungen zu schließen, schien Aussicht vorhanden, daß ein nochmaliger Versuch des schweizerischen Landesrats zur Errichtung eines solchen internationalen Amtes Erfolg haben dürfte. Nach den Mitteilungen des Bundesrats waren aber seine bezüglichen Bemühungen leider abwärts erfolglos. Das Arbeiter-Sekretariat hatte im Berichtsjahre 1193 Anträge zu erteilen. Der Abtmar Keimann in Biel berichtet eingehend über die Verhältnisse und sozialen Kämpfe in der Uhrindustrie.

Die Ausbeutung russischer Eisenbahnarbeiter. Die überwiegende Mehrzahl der russischen Eisenbahnarbeiter stammt vom Lande. In der Zeit zwischen Rejahr und dem Beginn der großen katholischen Osterferien senden die sog. Podrjadtschiki, ohne die in Russland keine Eisenbahnverwaltung arbeitet und die das nötige Arbeitermaterial zu liefern haben, eine Menge von Agenten nach allen Gegenden des Reichs aus, um Bauern zu Eisenbahnarbeiten anzuwerben; mit Vorliebe natürlich dahin, wo Hungernot herrscht und der Landmann auf jede Bedingung eingehen geneigt ist. Die Agenten zahlen keine Handlöhner und schließen mit den Angeworbenen auf eigne Faust Arbeitsverträge ab. An den Sammelorten werden die Arbeiter sodann „fortger“ und dann an die verschiedenen Bahnhöfen abgeführt. Die Arbeiter und Handwerker erhalten von den Podrjadtschiki einen Lohn von nicht mehr als 9-20 Rubel pro Monat; der Monatslohn, den die Eisenbahnverwaltung dem Podrjadtschiki für jeden ihr geschickten Arbeiter zahlt, beträgt dagegen 35-40 Rubel. Den Ueberrest föhrt der Podrjadtschiki in seine Tasche, trotzdem er noch meist am Unternehmerrgum des Landes erheblich beteiligt ist. So wird in letzter Zeit besonders, wo mehr Eisenbahnen in Russland gebaut werden, Jahr für Jahr die ländliche Bevölkerung und die Arbeiterklasse ausgebeutet und die in allen Kreisen als Ausbeuter und Ungehöriger bezeichneten Podrjadtschiki erwerben große Reichtümer. Wenn auch die ausgebeuteten Arbeiter hinter den Betrag kommen, so thut dies den Wohlthätigen der Podrjadtschiki keinen Abbruch.

dem ein großer Teil der Ausgebildeten verpflichtet sich wegen dringenden Gewerbebedürfnisses im nächsten Jahre doch wieder. Meist wenden sich überdies die Bediensteten jedes Jahr nach einer andern Gegend des Reichs, wobei sie es nicht unterlassen, solidarisch zu handeln. —

Der Staudalbedürftige Herr Rezhäuser. Unsere Kritik über die gegenwärtige Redaktion des Buchdruckerorgans „Korrespondent“ veranlaßt diesen zu einer fünf Spalten umfassenden Erwiderung, die darin gipfelt, daß er provoziert sei. Wir hätten, so meint Herr R., eine sachgemäße Darlegung der Ursachen geben sollen, die bis zu der Kritik „Erbärmlich“ geführt haben.

„Der „Vorwärts“ wird doch seinen Lesern nicht glauben machen wollen, daß diese Kritik in ihrer Schärfe dem persönlichen Staudalbedürfnisse des Redakteurs entsprungen ist?“

Es war und ist nicht unsere Absicht, mit Herrn Rezhäuser zu diskutieren; es kam uns nur darauf an, der geflissentlich genährten Ansicht entgegenzutreten, als ob man im „Korrespondent“ einen maßgebenden Vertreter der in den Kreisen der deutschen Gewerkschaften herrschenden Richtung zu sehen habe; wir wollten den Versuch nicht unversucht lassen, Herrn Rezhäuser mit der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu identifizieren. Ein Weiteres zu thun, lag für uns um so weniger Veranlassung vor, als wir der Meinung sind, daß die Kritik „Erbärmlich“, die gar nichts mit der Abwehr von Angriffen gegen die Buchdrucker zu thun hatte, allerdings dem von Herrn Rezhäuser selbst als vorhanden zugestandenen Staudalbedürfnisse desselben entsprungen ist. Deswegen erübrigt es sich auch, auf die Auseinandersetzungen des Herrn weiter einzugehen.

Versammlungen.

Eine von ca. 800 Personen besuchte Versammlung der Schneider tagte am Mittwoch in den Arminkassen. Ritter referierte in eingehender Weise die Vorschläge zu dem dreifachen Lohnsatz seitens der Organisation. In München ist derselbe durch einheitliches Zusammenhalten der Kollegen schon durchgeführt. Hauptächlich müßte mit den Unternehmern in der Friedrichstraße, die sich vom Wühlendamm aus entwickelt haben, ein erstes Wort geredet werden. Dann in zweiter Linie mit denen, die für die besten Kreise arbeiten, in der Arbeiterpresse inserieren und sonst viel Klamme machen, dieses sind die größten Preisdrücker. Die Schneider-Jungung, der die größten Geschäfte angehören, hat einen fünfstelligen Lohnsatz aufgestellt, derselbe ist für uns unannehmbar. Selbst ein Unternehmerblatt die „Mode“ erkennt die wohlberechtigten Forderungen die von uns gestellt sind an. Seide, Garn etc. ist um fast 50 Proz. im Preise gestiegen. Da der Arbeiter aber die Sachen selbst halten muß, so kann er mit dem bisher Verdienten nicht ankommen. Da nun die Konsumgüter auch um ein beträchtliches gestiegen sind, so möchten die Unternehmer gerne den Anfall ihres Verdienstes auf die Arbeiter abwälzen, der Konkurrenz wegen, wie sie behaupten. Die Arbeiter haben aber keine Veranlassung, der Konkurrenz halber billiger zu arbeiten. Wir wollen der Jungung zeigen, daß wir selbst über unsere Arbeitskraft zu bestimmen haben und nicht sie. In berechneten Worten fordert Ritter zum Anschluß an die Organisation auf.

In der Diskussion bemerkte Taterow, daß in den kaufmännischen Geschäften willkürlich bezahlt werde, wenn Betriebswerkstätten beständen, dann könnten die Unternehmer nicht so drücken, nur infolge des Wirtschaftskrisenscheitens konnte es so weit kommen. Nach längerer Diskussion wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den seitens der Organisation gefassten Beschlüssen einverstanden und erklärt nur auf dieser Grundlage die Möglichkeit einer einheitlichen Regelung der Lohnverhältnisse in der Wühlendammerei. Des weiteren beauftragt die Versammlung die mit der Ausführung dieser Beschlüsse betrauten Körperschaft, daß sie den Unternehmern die Tarife zur Kenntnisnahme und Bewilligung zustellen. Nach diesem Termin ist den Geschäftsinhabern eine von der Ortsverwaltung festzusetzende Bedenkzeit zur Klärung der Sache zu lassen. Die Kollegenchaft behält sich im Falle der Ablehnung weitere Schritte vor. Im Hinblick, daß nur eine starke Organisation in der Lage ist, Forderungen mit dem ihnen gebührenden Nachdruck zu vertreten, erachtet es die Versammlung als Ehrenpflicht jedes Kollegen, sich dem Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen als dauerndes Mitglied anzuschließen.

Unter Verschieben wurde bemerkt, daß die Arbeiter der Firma Kosterly, von denen niemand organisiert ist, die Arbeit niedergelegt haben, ohne der Ortsverwaltung davon Kenntnis zu geben.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Zahlstelle IV) hatte am 25. Februar eine Versammlung abgehalten, in der Frau Meißner über folgendes Thema sprach: „Ist die Frau verpflichtet, am wirtschaftlichen Kampf teilzunehmen?“ Die Vortragende behandelte diese Frage und wies darauf hin, wie die industrielle Entwicklung immer mehr die Frauen in die Fabriken treibe. Ihre veränderte soziale Stellung verlange auch die Befähigung am wirtschaftlichen Kampf. Die Versammlung erließ die Wahlen zur Provinzialkonferenz und betraute Wegner und Veier mit der Delegation.

Die Stenographen und Schreiner hielten am Donnerstag eine Versammlung ab, in der über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Grabsteingeschäften verhandelt wurde. Im Lauf der Diskussion wurde festgestellt, daß in verschiedenen Geschäften der bisher gültige Tarif nicht eingehalten wird, daß vielfach eine ganz ungeregelte Arbeitszeit besonders während der Saison vorbesteht und daß auch in anderer Beziehung recht große Mißstände vorhanden sind. Es wurde schließlich die Verdringung eines Jungblatts beschlossen und eine dreigliedrige Kommission gewählt, die eine neue Abtätigung zu entwerfen hat und geeignete Maßnahmen zu einer allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse treffen soll.

Die in Buchbinderei und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Dienstagabend im „Reichspalast“ eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Maurer Dähne hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz und die dem Reichstage vorliegende Novelle zu demselben. Redner hob besonders hervor, daß viele der in den Kleinbetrieben der Buchbinderei etc. beschäftigten Arbeiter infolge der ungenügenden Ausdehnung des Gesetzes auch jetzt noch nicht der winzigen Vorteile desselben teilhaftig würden. Die Diskussion bewegte sich in zunehmendem Maße und wurde in derselben besonders das Fehlen von Unfallversicherungs-Vorschriften bemängelt. Sodann gaben Brücker und Witomski den Bericht von der Gewerkschaftskommission, mit dem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Als Delegierte wurden Brücker und Sankhacker gewählt. Unter Verschiedenes wird auf die Notwendigkeit der Sammlungen zum Wählerabstand hingewiesen, da zum Herbst dieses Jahres der Tarif abläuft und möglicherweise neue Lohnforderungen gestellt werden sollen, um die vielleicht erst gelämpft werden muß.

In einer Versammlung der Defektoren am Dienstag referierte Schäfers über die deutschen Arbeiterausweise. Unter besonderer Rücksicht auf die Unfallversicherungs-Novelle empfahl Redner die Annahme einer Resolution, in welcher das Einverständnis mit einer an den Reichstag gerichteten Petition beinhalten wurde. Dem stimmte die Versammlung zu. Ueber die vor Jahresfrist verhängte Sperre über die Firma Behm & Co. (jetzt Wühlendamm) entspann sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf von Rajch und Häblich die Aufhebung derselben empfohlen wurde. Lehn trat dem entgegen und wurde nach längerer Debatte mit allen gegen 4 Stimmen die Sperre aufrechterhalten.

In dem Bericht über die Versammlung der Bauarbeiter in der ersten Beilage des „Vorwärts“ vom Dienstag, den 29. Februar, muß es nicht heißen: „Daß sich Behrendt einschleichen gegen“, sondern entschieden für die Resolution Reimhals ausgesprochen hat;

in welcher von Nachbarn der Unternehmer gar keine Rede ist. Ferner habe ich nicht unter allgemeiner Zustimmung betont, daß die meisten Unfälle durch die Nacharbeit verursacht sind (was ja auch nicht so ganz unrichtig wäre), sondern erklärte: daß die Bauarbeiter, hauptsächlich Accordarbeiter, im Winter, wenn sie vor der eigentlichen Arbeitszeit im Finstern anfangen, wie es in Berlin üblich ist, und verunglücken, gut ihren Ansprüchen auf Unfallrente abgewiesen werden, schon aus diesem einfachen Grunde müssen die Bauarbeiter die Petition des Arbeitervertreter-Vereins zu der ihrigen machen. Gustav Behrendt.

Die Textilarbeiter (Zahlstelle V) nahmen in ihrer Versammlung am 20. Februar Stellung zur Generalversammlung. Gegen dreizehn Stimmen wurde beschlossen, eine Erhöhung des Beitrags auf 20 Pf. pro Woche zu bekräftigen. Die Reise-Unterstützung will man aufgeben. Ein anderer Antrag will, daß bei Streiks die Nichtmitglieder mit den Mitgliedern in der Unterstützung gleichgestellt werden, aber nach Beendigung des Streiks für die Nichtmitglieder die Unterstützung fortfällt. Zum Delegierten für die Generalversammlung wählte man Karl Voigt.

Die Bauanschläger waren am Montag wieder versammelt, um den Bericht über die Angelegenheit Blume entgegenzunehmen. Wie schon in einer früheren Versammlung erwähnt, waren bei diesem Unternehmern eine Anzahl Bauanschläger angeblich zu Unrecht entlassen worden. Infolgedessen wurde über diese Firma die Sperre verhängt. Dieser Beschluß wurde aber von vielen Rednern angegriffen und schließlich die Angelegenheit an die gemeinschaftliche Kommission der Arbeiter und Arbeitgeber verwiesen. Keller hielt hierauf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

In der öffentlichen Versammlung der Bauarbeiter wurden nicht, wie irrtümlich im Bericht angegeben ist, 1000 M. den österreichischen Vergarbeitern überwiesen, sondern je 500 M. den österreichischen und sächsischen Vergarbeitern. Die Lohnkommission centraler Richtung.

Eine mächtig besuchte Zimmerer-Versammlung (Vertrauensmänner-Centralisation) beschäftigte sich am Montag mit dem Jahres- und Jahresbericht für 1900. Nachdem der Revisor Hoff zunächst die Abrechnung für das letzte Quartal verlesen hatte, gab Reichschläger den Jahresbericht für das ganze Jahr. Derselbe weist infolge eines Bestandes von 2617,78 M. eine Einnahme von 16912,48 M. und eine Ausgabe von 11908,80 M. auf, verbleibt ein Bestand von 5008,98 M. In der Ausgabe figurieren für Gemahregelten-Unterstützung 1255,50 M., Unterstützung für die Familien Inhabiter 891,50 M., für Unterstützung an andere Gewerkschaften 4550 M. Der Abrechnung folgte ein Bericht über die Tätigkeit der Vertrauenspersonen. Th. Fischer wies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht hin und empfahl, alle Fälle, wo die Vereinbarungen von den Unternehmern nicht gehalten werden, sofort der Kommission zu unterbreiten. Ferner machte Redner darauf aufmerksam, daß sich die Zimmerer nicht in die Listen des Arbeitsnachweises des Arbeitgeberbundes einschreiben lassen mögen, sondern die Bestrebungen der Kommission für die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu unterstützen haben. Sodann wurden als Vertreter zur Schutzwehr-Kommission für die Arbeiternehmer Müller, Th. Fischer, Heinrichsen und Grabendorf, als Ergänzungsschaffler, Glaman, Plüde und Winkel gewählt. Als Ersatzvertreter zum Berliner Gewerkschaftsverband wird Reichschläger gewählt.

Die Warenhaussteuer stand nebst andern Wünschen des Mittelstands auf der Tagesordnung einer vom Centralverband der Vereine selbständiger Gewerbetreibender einberufenen Versammlung, die am Donnerstag im Hohenzollernsaal in der Vandelstraße tagte. Redakteur Mannes, der Kopfsteher des Mittelstands, bezeichnete die Warenhaussteuer-Vorlage, obgleich sie den Wünschen der Gewerbetreibenden noch lange nicht entspricht, als eine staatsmännliche That der Regierung. Wir — sagte der Redner — hätten es lieber gesehen, wenn man die Warenhäuser einfach erdroffelt hätte. Wir würden dann gern die Kosten des Leihenbegünstigtes getragen haben. Außer der Befreiung müßten die Warenhäuser dadurch bedrängt werden, daß sie in der Form feuerpolizeilicher Maßnahmen in der Ausnutzung des Raums derart beschränkt werden, daß sich der Betrieb nicht mehr rentiere. — Obgleich für die Versammlung kräftig Klamme gemacht worden ist, waren doch nur etwa 100 Personen erschienen. Selbst die mittelstandsfreundlichen Abgeordneten, die in der Anzeige als Redner genannt waren, blieben durch Abwesenheit. Nachdem einige Diskussionen über die Hälfte der Versammelten hinausgegangen hatten, wurde eine Resolution angenommen, die das Zustandekommen des Gesetzes, die Warenhaussteuer betreffend, wünscht, mit der Maßgabe, daß die Umsatzsteuer von 2 auf 3 Proz. erhöht, dagegen die 20prozentige Ertragssteuer fallen gelassen werde.

Niederschönhäuser. Der hiesige Arbeiterverein tagte am 27. Februar in Seitelens Lokal. Das Thema des Abends bildete die bevorstehende Gemeinderatswahl. Es gelangte schließlich folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Der Arbeiterverein von Niederschönhäuser empfiehlt allen Parteigenossen Stimmenthaltung bei der hier am 3. März stattfindenden Gemeinderatswahl, da wir einen eigenen Kandidaten nicht aufgestellt haben und die Kandidaten der hiesigen Wismarspartei die Arbeiterinteressen zu vertreten nicht im Stande sind.

Steglich. Am Dienstagabend fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die sozialdemokratischen Kandidaten für die am 10. März stattfindende Gemeinderatswahl, die Genossen Kapp und Mohr, ihr Programm entwickelten. Kapp betonte denn auch die Gelegenheit, die sich zu Zeiten fürchterlich oppositionell gebenden „Unabhängigen“ im rechten Lichte zu zeigen und ihren nützigen Ratschlag anlässlich der Staatsberatung niedriger zu hängen. Auch die in untrer Gemeindeverwaltung vorhandenen Mißstände geißelte der Redner mit aller Schärfe und kam zu dem Schluß, daß nur durch die Wahl von sozialdemokratischen Gemeindevorsetzern die Möglichkeit geboten wäre, diese Mißstände in untrer Gemeinde zu beseitigen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Nach einer regen Diskussion fand die Versammlung um 10 Uhr ihren Abschluß.

Rixdorf. Der Holzarbeiter-Verband nahm in seiner Sitzung am 20. Februar den Bericht des Vorstandes entgegen. Im Anschluß hieran erfolgte die Abrechnung, die in Einnahme 4118,29 M. und in Ausgabe 3782,01 M. aufwies. In den Vorstand wählte die Versammlung Lehmann zum Bevollmächtigten und Vär zum Kassierer.

Sozialdemokratischer Kantonverein für den Reichstag. Wahlkreis Central-Brandenburg-Rügen. Sonntag, den 4. März, vorm. 10 Uhr bei Kramm, Schönhauser Allee 135, Sitzung.

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin. Sonntag, den 4. März, vorm. 8½ Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens 2, Alexanderstr. 27c, Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehele: „Die Bildung“ Götze, Damen und Herren, sehr willkommen.

Centralverein der im Adressenwesen und verwandten Branchen Beschäftigten. Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Kramm, Wallstraße 57, Versammlung.

Klempner-Verband. Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Hart, Putzstraße 10, Vorkonferenz. Ein Beitragsausweis ist anzuwenden.

Bildungsverein „Mehr Licht“. Sonntag, den 4. März, im Königshaus, Holzmarktstr. 7, Herr R. D. über: „Die Boeren im Kampfe gegen England.“

Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend. Sonntag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Lokal des Herrn Augustin in Marienfelde. Vortrag des Genossen Müller über: „Die Ziele der Sozialdemokratie.“ Jahrestlicher Bericht wird erwartet.

Öffentlicher Vortrag Sonnabend, den 3. März, abends 8½ Uhr, Professor Dr. Göttinger in Bürgerhalle des Rathhauses über: „Bibliophilie, besonders die königliche, und Bibliothekswesen.“ Eine Besprechung wird sich anschließen.

Theater.

Central-Theater. Eine herrliche Spätblüte auf dem verwahrlosten Felde der Operette ist uns im vorigen Jahre beschieden worden: Audrans „Puppe“. Das Werk des französischen Komponisten trägt zwar nichts von dem genialen Uebermut des Offenbach der sechziger Jahre in sich und wird es auch kaum zu der Popularität bringen, deren sich später noch die Operetten von Lecocq, Strauß und Sappée rühmen konnten. Dafür ist in der „Puppe“, wenn die schelmisch ins Plakate stehende Handlung auch noch hingehen möchte, die Musik viel zu prächtig. Aber das Audrans Schöpfungsdenk auf festem Boden steht, bewies die liebevolle Aufnahme, die ihr Donnerstag bei der Wiederaufführung zu teil wurde. Allerdings haben Orchester und Bühnen an dem neuen Erfolg einen redlichen Anteil. Fräulein Maria Berger, die sich hier vor einigen Jahren als Geisha so erfolgreich einführte, zeigte sich in Gesang und Spiel wie geschaffen für die brollige Rolle der Alesia. Ihr stand in Herrn Schulz ein vorzüglicher Lancelot zur Seite, während die derbkomischen Partien des Stücks von den Herren Sondermann, Albes und Ander mit der erforderlichen Ausgelassenheit gespielt wurden. Alles in allem war die Vorstellung ein neuer Erfolg für die Direktion Jereczny.

Vermischtes.

Ein neuer Unfall in der Marine wird aus Kiel gemeldet: Beim Einlaufen des Linienschiffs „Battenberg“ in die Staatswerft kollidierte dasselbe mit dem Panzerkreuzer „Fürst Bismarck“. Letzterer wurde am Heck beschädigt.

Eine Aussen erregende Verhaftung wird aus Schneidemühl gemeldet. Dort wurde der auf dem benachbarten Rittergut Radlowo auf Besuch weilende Graf von Storzewski durch den Distriktskommissar Mähring und einen britischen Genarmen verhaftet und als Untersuchungsgefangener dem Justizgefängnis in Schneidemühl zugeführt. Graf v. S. ist 43 Jahre alt und Bruder des derzeitigen Besitzers der Herrschaft Radlowo. Wie verlautet, ist gegen den Grafen eine Untersuchung aus § 175 R.-St.-G.-B. eingeleitet worden.

Durch unaufrichtige nächtliche Brandstiftungen wurden die Bewohner des Dorfs Bredow (Kreis Osthavelland) wochenlang in Angst und Schrecken versetzt. Selten verging eine Woche, in der nicht mehrere Feuersbrünste stattfanden. Trotz aller Wachsamkeit wollte es lange nicht gelingen, den Brandstifter zu entlarven. Indessen war es aufgefunden, daß einer der ersten auf der Brandstätte der Arbeiter Karl Rogge war, der sich dann durch eifrige Hilfeleistung beim Löschen hervorthat. Auf ihn fiel schließlich der Verdacht der Täterschaft, der jetzt zur Gewissheit geworden ist. Beim letzten Scheunenbrand hat ihn ein Dienstmädchen als den Urheber des Feuers an Ort und Stelle überführt. Er wurde verhaftet und hat auch bereits eingestanden, daß er in den letzten Wochen zehn Brände angelegt habe.

Arbeiterloos. Marienwerder, 2. März. Wie die „Neue Westpreussische Witterung“ meldet, wurden heute morgen in Vadersmühle bei Marienwerder drei Arbeiter in einer Kiesgrube verächtet; zwei derselben wurden getötet.

Aus Triest wird berichtet: Die ganze Nacht zum 1. März hindurch wüthete hier ein Sturm, der von einem Temperaturfall von 12 auf 0 Grad begleitet war. Bei heftiger Bora, Schneegestöber und Wetterleuchten war die See stürmisch bewegt. Die außergewöhnliche Kälte dauert an.

Deutsche Postämter im Orient. Gestern wurden in Smyrna, Beirut und Jerusalem deutsche Postämter und in Pera eine Zweigstelle eröffnet, für deren Verwaltung Beamte teils aus Berlin, teils aus Konstantinopel gelandt wurden. Der Dienst ist vorläufig ein beschränkter und besonders im Interesse der Levante-Linie eingerichtet.

Marktpreise von Berlin am 1. März 1900
nach Ermittlungen des kgl. Volkswirtschaftsministeriums

Ware	Größe	Preis	Ware	Größe	Preis	
*) Weizen	D.-Gr.	15,10	14,-	Schweinefleisch	1 kg	1,60
*) Roggen		14,10	13,80	Rohfleisch		1,70
*) Hafer-Gerste		14,00	13,-	*) Hammelfleisch		1,60
*) Hafer gut		15,-	14,20	Butter		2,60
*) mittel		14,10	13,40	Eier	60 Stück	6,-
*) gering		13,30	12,60	Karpfen	1 kg	2,20
*) Rindfleisch		4,-	3,66	*) Kalb		2,80
*) Schweinefleisch		6,80	4,20	*) Lamm		2,60
*) Hühnerfleisch		40,-	25,-	*) Gänse		2,10
*) Entenfleisch		45,-	25,-	*) Enten		1,60
*) Karpfen		70,-	30,-	*) Schmalz		2,80
*) Kartoffeln, neue		7,-	5,-	*) Bienen		1,40
*) Rindfleisch, Rente 1 kg		1,60	1,20	*) Klee	per Schock	12,-
*) do. Rente		1,20	1,-			3,-

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Reiterungsstelle — und umgerechnet vom Volkswirtschaftsministerium für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 2. März. Der Markt war außerordentlich ruhig, da von außen der seelische Anzug fehlte. England und Frankreich meldeten schwache Tendenz und die Berichte aus Nordamerika lauteten unentschieden und schwach. Am hiesigen Plage schlugen die Preise bei sehr hohem Geschäft und harter Realisationsneigung, der keine Kauflust gegenüberstand, eine weiche Richtung ein. Weizen und Roggen gaben sich erst nach dem Vor- und Nachtag gegen konstanten Preisen, sowie Va Plata-Weizen, der in einigen Zellabgaben nach hier verladen wurde. Der einheimische Konsum geht sehr gering. Das Viehgeschäft leidet unter schlechten Abgabeverhältnissen. Hafer lag still und lustlos, eher flau. Rindfleisch unter Saatenabgaben in Mecklenburg, und da die indischen Saatenofferten außer Reichweite sind.

Am Spiritusmarkt wurden 2000 Liter 70er loco mit 47,60 M. (— 0,10 M.) gehandelt. Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelmehl 10,50 M. In reine Kartoffelmehl disponibel und März 19,75 M. April-Mai 20,-20,25 M. Abfallende prima Qualitäten Stärke und Wehl disponibel 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

M. W. 1875 hat der erste Frühlingsfesttag auf den 16. Mai.

M. S. 1. 16 Millionen Mark. 2. Ihr Wunsch soll soweit als möglich berücksichtigt werden.

G. A. Ihre Frage ist so unbestimmt, daß nichts damit anfangen ist.

Reichstag. Zu 1—4 bitte Ihre Quittung als Abonnent.

Mag. Moritz. Nach dem altpreußischen Jagdpolizei-Gesetz gehört zur Ausübung des Jagdrechts der Besitz von 300 Morgen Flächenraum.

— Thom. Eine Anfrage von Ihnen liegt nicht vor. Wiederholen Sie dieselbe. — P. W. 1. Der mündliche Vertrag ist gültig. 2. Einer genügt, der Ständebesitzer kann aber bei der Anwesenheit verlangen. — J. M. W., S. N. Ja. — W. W. Ihre Schweißer ist an den Vertrag nicht gebunden; der Vertrag ist wegen Minderjährigkeit Ihrer Schweißer ungültig.

— S. T. 03. Was nicht bekannt, fragen Sie dort direkt mündlich an.

— 100. G. E. 1. Sie können den Verfallenden hier verfallen. Wenden Sie sich an irgend einen Arzt. — C. 100. Das wissen wir nicht.

Witterungsübersicht vom 2. März 1900, morgens 8 1/2 hr.

Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 0-6 hr.	Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 6-12 hr.
Wilmanns	757	SW	7	Schnee	-4	Wuppertal	766	ONO	2	Schnee	-22
Darmstadt	761	W	3	Schnee	-4	Berlin	759	NO	2	Schnee	-12
Berlin	758	SW	2	Schnee	-5	Köln	776	ONO	4	Schnee	-4
Hildesheim	764	SW	3	Schnee	-2	Hamburg	772	ONO	2	Schnee	-4
München	762	SW	4	Schnee	-9	Paris	768	ONO	1	Schnee	-8
Wien	761	SW	2	Schnee	-6						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 3. März 1900. Etwas gelinder, teils heiter, teils wolfig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.